Nr. 133. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 12. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die baltischen Barone an der Henkerarbeit.

Aus Riga wird uns geschrieben: Die blutigen Zahlen aus der Chronik der „Beruhigungsarbeit" in den Ostseeprovinzen, die die Interpellanten in der Reichsduma vorbrachten, haben auf die deutsche bürgerliche Presse — die in- und ausländische — ebenso wenig Eindruck gemacht, wie die sechs Monate andauernde Blutwirtschaft der deutschen Barone in den Ostseeprovinzen. Man vernimmt kein einziges Mißbilligungswörtchen, nicht einmal aus dem Lager der „Liberalen", gegen die Henkerwirtschaft des Zarismus und seiner adeligen Helfershelfer in den baltischen Landen! Es ist nicht übertrieben, wenn wir behaupten, daß die bürgerlichen Blätter, von der „Kreuz-Zeitung" und „Staatsbürger-Zeitung" bis zur „Frankfurter Zeitung" eingeschlossen, den wilden Hereros in Afrika mehr Teilnahme bewiesen haben, als den Kämpfern um Menschenrechte an den nördlichen Gestaden der Ostsee.

Gerade in den letzten Tagen, als die gesamte russische liberale Presse die Amnestiefrage behandelte und die Vorlage in der Reichsduma befürwortete, ist das Geheul der deutschen bürgerlichen Presse über „Greueltaten" und „Bedrückung der Deutschen" in den Ostseeprovinzen besonders stark geworden. Die deutsch-preußische Junkerpresse fabriziert aus den Depeschen der „Nowoje Wremja" und der russischen Telegraphenagentur Leitartikel, und die „Frankfurter Zeitung" läßt sich vom 8. Juni aus Riga die plumpsten Unwahrheiten schreiben. Der Korrespondent soll wiederum Fahnen mit der Inschrift: „Tod den Deutschen!" gesehen haben und die Revolutionäre, oder, was in den Augen des Korrespondenten dasselbe bedeutet, die Letten hätten sich sogar mit der Regierung versöhnt, um die Deutschen umzubringen! Die deutsche bürgerliche Presse will weder sehen noch verstehen, daß wir es in den Ostseeprovinzen nicht mit einem Nationalitätenkampf der Deutschen mit den Letten und Esten zu tun haben, sondern daß die ökonomische Unterdrückung und die politische Rechtlosigkeit es sind, die das lettische und, soweit es vertreten ist, auch das deutsche, russische und estnische Proletariat und die Bauern gegen ihre Ausbeuter in den Kampf auf Leben und Tod getrieben haben.

Wenn die baltische Junkerpresse den Kampf in den Ostseeprovinzen als einen Rassenkampf, als die Empörung der „niederen Kultur" gegen die „höhere", der Letten, die in ihrem niedrigen Kulturzustande verharren wollen, gegen die Deutschen, die „einzigen Träger der Kultur", hinzustellen versucht, so hat sie ihre guten Gründe. Sie rechnet auf die Sympathien der Sprachgenossen jenseits der russischen Grenzpfähle, auf die Sympathien des ganzen deutschen Bürgertums. Dann fließen die Beiträge den „Hülfsausschüssen für die deutschen Notleidenden", deren Mittel von Anfang an zur Unterdrückung der Revolution benutzt wurden, reichhaltiger zu. Was die Kulturarbeit der deutschen Barone in den Ostseeprovinzen betrifft, so ist sie der Bauernschaft noch aus der Zeit der Leibeigenschaft gut im Gedächtnis, und wir können mit Sicherheit behaupten, daß die schönen Erinnerungen aus den goldenen Zeiten der Frondienste es waren, die viel dazu beitrugen, daß die Bauern im vorigen Jahre so willig dem Kampfesrufe des Proletariates folgten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Verhalten der bürgerlichen Presse in Deutschland nur noch die Blutgier der baltischen Junker steigert. Als zum Beispiel im vorigen Jahre ein deutscher Baron, O. v. Schilling, in der „Düna-Zeitung" für jeden erschossenen „Ehrenpolizisten" à la Bistram die Aufknüpfung eines Dutzend Kalnings und Ofalings verlangte, da fanden sich sogar unter den Vertretern des sogenannten Edelgeschlechtes einige Stimmen, die solche Mittel für unangebracht erklärten. Jetzt wimmeln die „Düna-Zeitung" und die anderen deutschen Blätter von solchen Vorschlägen. Spaltenlange Artikel werden abgedruckt, die die Todes- und Körperstrafe verherrlichen, den Kriegszustand verteidigen und sich mit der Frage befassen, wie man der Hauptagitatoren am besten habhaft werden könnte. Täglich werden von deutscher Seite der Regierung Ratschläge erteilt, wie man von den Gefangenen Aussagen und „reuige Geständnisse" erpressen kann. Jeder, der „Mißgriffe" der Strafexpeditionen aufdeckt und gegen die Durchpeitschung unschuldiger Kinder und Greise oder gegen die Todesstrafe oder Feldgerichte schreibt, der wird „sentimentalen Humanitätsdusels" beschuldigt. Jetzt soll nicht der Tod eines jeden Ehrenpolizisten oder Dragoners mit dem Aufhängen eines Dutzend Kalnings gesühnt werden, sondern für einen jeden dem Adel gehörenden abgesägten Telephonpfosten sollen ganze Gemeinden bluten. So wurde vor einigen Wochen zum Beispiel der Gemeindeverwaltung von Mesothen (Kurland) vorgeschrieben, für einige auf dem Gute des Fürsten L. umgestürzte Telephonpfosten von jedem Gemeindemitgliede 50 Pf. beizutreiben, widrigenfalls Erschießungen angedroht wurden. Die Strafexpeditionen bleiben nicht bei diesen Drohungen, sondern verwirklichen sie auf Schritt und Tritt. Ganze Familien sind hingerichtet worden; wo man den Sohn nicht fand, da hat man den Vater hingeschlachtet oder die Schwester gezüchtigt. Wir haben Dutzende von Photographien, die die Folgen dieser bestialischen Tätigkeit veranschaulichen: dem einen fehlt die Nase, der andere kann nicht mehr aufrecht gehen, dem dritten ist das Gesicht bis zum Nichterkennen verstümmelt worden. . . . Das ist die „Kulturarbeit" des baltischen Adels! Einer der Oberhenker hat eben eine Serie der adeligen Teilnehmer seiner „Expedition" — jedenfalls nicht zur Freude dieser Bestien — veröffentlicht. Wir zählten darunter etwa fünfzehn vom Edelgeschlechte!

Seit dem Moment, wo in Petersburg die Amnestiefrage behandelt wird, sind die Rigaischen Henker ihrer Beute nicht mehr ganz sicher. Man hat deshalb in der letzten Woche den zum Tode verurteilten acht Personen nicht erlaubt, einige Tage länger zu leben, bis ein Bescheid von Petersburg kommen konnte. Die acht Unglücklichen sind teilweise schon vor der Vollstreckung des Todesurteils in fürchterlicher Weise umgebracht worden. Alle Einzelheiten dieser Katastrophe sind noch nicht bekannt. Genossen aus dem Zentralgefängnis Rigas teilen uns nur mit, daß sich Szenen im Gefängnis abgespielt haben, die sich nicht beschreiben lassen und in vielem an die Katastrophe erinnern, die sich in Kara abspielte. Die Redaktion des „Athals" hat von den Verteidigern dieser acht Unglücklichen folgendes erfahren: „Auf dem Wege zur Festung Dünamünde — hier sollten die Helden erschossen werden — haben zwei von ihnen den Verstand verloren, einer hat einen Soldaten gebissen und ist buchstäblich erschlagen worden, ein vierter hat Selbstmord begangen und ein fünfter ist im Gefängnis von der Treppe gefallen (?) und ist sofort tot gewesen." Soviel haben die Verteidiger nachträglich erfahren. Daß dieses nicht der Wahrheit entspricht, könnte man schon ohne die obigen Nachrichten schließen; jetzt wissen wir mit Bestimmtheit, daß fünf sowieso die Begnadigung nicht erlebt hätten, wenn sie auch „zeitig" angekommen wäre. — Die Verhandlungen gegen die 38 „Mitglieder der Kampfesorganisation" sind am zweiten Verhandlungstage vertagt worden, weil der Angeklagte Mark im Gerichtssaale plötzlich erkrankte und es sich herausstellte, daß ein anderer schon vor mehreren Tagen gestorben war. Nach der Annahme des Verteidigers Grusenberg droht dieses Mal 25 Personen die Todesstrafe. Unter den Angeklagten sind zwei 15jährige Schülerinnen, die Geschwister F.

Der politische Gefangene Skading wurde dieser Tage vom Wachtposten durchs Fenster seiner Zelle erschossen. Die Mitgefangenen wurden aus unbekannten Gründen aus der Zelle geholt und als sie in sie zurückkehrten, lag St. tot am Boden. Er war der Beteiligung am Ueberfalle auf den Baron Bistrom beschuldigt und seine Sache sollte am 28. Mai vor dem Bezirksgericht in Mitau verhandelt werden. Die Unschuld St.s stand fest. Die Verteidiger Grusenberg und Sokolow aus Petersburg hatten um Vertagung des Prozesses gebeten, weil es sich herausstellte, daß einige Zeugen von dem örtlichen Adel gekauft waren und daher das Vorladen neuer Zeugen nötig erschien.

So entledigt man sich bei uns jetzt seiner politischen Feinde! Wenn wir schweigen würden, so würden die Steine nach Rache schreien . . .!

Massenstreik in Sicht.

Aus Wien wird uns vom 10. Juni geschrieben:

Die optimistischen Hoffnungen auf das neue parlamentarische Kabinett sind rasch verflogen, und die Wahlreform ist in die kritischste Situation gerückt. Nicht als ob es der neuen Regierung an dem redlichen Willen fehlte, das Werk zu Ende zu führen; daran ist nach den drei Reden, die der Ministerpräsident in den zwei ersten Tagen seines parlamentarischen Wirkens zur Wahlreform hielt, nicht zu zweifeln.

Der Wille ist sicherlich vorhanden. Anders aber steht es mit dem Können der Regierung, die zwar über die Führer, nicht aber über die Parteien verfügt, welche sämtlich sehr ostentativ ihre „freie Hand" beteuern. Nun verfügen zwar die — wenn das Wort nicht zu ehrlich klingt: „prinzipiellen" Gegner (die Großgrundbesitzer, Alldeutschen und Klerikalen) im Ausschusse nur über neun Stimmen, aber ihnen gesellen sich die Feinde aus allen Parteien zu: Volkspartei, Fortschrittler, wilde Tschechen, Polen und Slovenen, kurz die abgehausten und das gleiche Wahlrecht fürchtenden Mandatsjäger aus allen Gruppen, so daß die neun ausgesprochenen Gegner selbst aus denjenigen Parteien Zuzug erhalten, deren Führer im Wahlreformministerium sitzen! Bei der entsetzlichen Verlogenheit, die den österreichischen Parteiverhältnissen nun einmal eigentümlich ist, tritt diese Feindschaft natürlich nicht offen auf, verschanzt sich vielmehr hinter „nationalen" Vorwänden und läßt überhaupt die eigentliche Verschleppungsarbeit von dem berüchtigten „Alldeutschen" Stein besorgen. (Dieser Mensch, der das Recht der Arbeiter am heftigsten befehdet, war selbst Arbeiter!)

Zwar hat der Wahlreformausschuß seit Ernennung des neuen Kabinetts erst eine Sitzung gehalten, aber schon in dieser ist es betrüblich klar geworden, daß der Regierung mit den fünf Parlamentariern die Kraft mangelt, die widerspenstigen Feinde zu meistern und die Verhandlung energisch fort- und weiter zu führen. — Der Ausschuß tagte am Freitagabend, und die ganze Sitzung wurde mit formalen, mutwillig aufgeworfenen Fragen verzettelt, ohne daß die Regierung — fünf Minister waren anwesend — ein einziges Mal eingegriffen hätte! So wurde denn Adlers Antrag, die nächste Sitzung am Montag — einem sitzungsfreien Tage — abzuhalten, abgelehnt — abgelehnt mit Stimmen der im Ministerium vertretenen Parteien. In die ohnedies schon aufs höchste gespannte Situation fiel dieser offenkundige Verschleppungsbeschluß wie der Funke ins Pulverfaß!

Worauf die Feinde spekulieren, das ist die Zeit! Die Legislaturperiode läuft nämlich am 11. Dezember ab, dem Hause stehen also nur noch sechs Monate zur Verfügung. Nun hat heute in Wien die Tagung der Delegationen begonnen, die gut einen Monat dauern wird und zur Erledigung des nächstjährigen Budgets (durch die ungarische Krise ist wieder einmal alles verspätet) noch einmal tagen muß! Obwohl es zulässig wäre, daß der Reichsrat neben der Delegation Sitzung hält, so ist daran nicht zu denken; vielmehr geht von dem Monat die Hälfte verloren, um für die Delegation Platz zu machen. Die nächste Delegation muß aber nach Budapest, das raubt also noch mehr Zeit. Wenn das Haus nun gar die sechs Monate bis zum Dezember ununterbrochen versammelt bliebe — was ja seine Schwierigkeiten hat, immerhin aber denkbar wäre — so ist es dennoch möglich, die Verhandlung eines vielparagraphischen Gesetzes und einer Wahlkreiseinteilung für 494 Mandate auch ohne deklarierte Obstruktion so in die Länge zu ziehen, daß alle Tagung vergebens bleibt und die Verhandlung irgendwo und irgendwann auf den toten Punkt gerät. Zumal in einem Parlament, das in der Woche nur vier Tage Sitzung hält und jeden Tag durch einen unvorhergesehenen „Zwischenfall" aus der Bahn geworfen werden kann!

Es ist also klar: Die Wahlreform kann nur vorwärtsgehen und ans Ziel gelangen, wenn eine entschlossene Regierung eine entschlossene Mehrheit zu sammeln vermag und die Sache in einem Zuge zu erledigen sucht. Die nach der Situation unerläßliche Kraft hierzu scheint der Regierung Beck aber trotz der unleugbaren Intelligenz ihres Chefs allzusehr zu fehlen.

In unserer Partei ist man sich darüber einig, daß es so nicht weiter geht, daß also die Energie des Proletariats einsetzen muß. Die Stimmung in der Arbeiterschaft ist zum Reißen gespannt, und die Parteivertretung erntet bereits Vorwürfe, daß sie das „Signal" nicht geben will. Der Vorstoß der Wahlreformfeinde im Ausschuß hat jetzt aber allem Ueberlegen ein Ende gemacht: Die österreichische Arbeiterschaft steht vielleicht unmittelbar vor dem Massenstreik! Die Gesamtparteivertretung erläßt heute folgenden Aufruf:

Parteigenossen, Arbeiter, Arbeiterinnen in ganz Oesterreich!

Das Werk der Wahlreform wird im Wahlreformausschuß aufgehalten **durch eine schleichende, aber nicht minder deutliche Obstruktion.** Die Wahlrechtsfeinde wollen nicht, daß der Ausschuß arbeitet. Man scheint zu glauben, daß die Arbeiter sich damit abgefunden haben, die Vereitelung der Wahlreform ruhig, geduldig und ohne Kampf über sich ergehen zu lassen. Es wird immer wahrscheinlicher, daß wir genötigt sein werden, zu beweisen, daß das Gegenteil wahr ist.

Arbeiter, ihr könnt darüber beruhigt sein, daß eure Vertrauensmänner die Augen offen haben und euch nicht den richtigen Zeitpunkt verpassen lassen werden. Leider scheint es, daß es **ohne große Opfer nicht abgehen wird.** Sie möglichst zu vermindern, ist eine unserer wichtigsten Pflichten. Darum hat die Parteivertretung beschlossen, zunächst ein Warnungssignal zu geben, nur im äußersten Notfall den allgemeinen Massenstreik anzuordnen.

Darum wird — falls die Dinge weiter gehen wie bisher — in den allernächsten Wochen eine

dreitägige Arbeitsruhe in Wien und nur in Wien

eintreten. Wien ist das Zentrum, ihm obliegt die Ehre und die Pflicht, voranzugehen.

An die Arbeiter aller Gewerbe in allen Ländern **außerhalb Wiens** ergeht hiermit die Mahnung, sich, mag in Wien was immer geschehen, **unter gar keinen Umständen in einen Massenstreik** einzulassen, bevor die kompetenten Instanzen das Zeichen gegeben haben.

Dieses erste — und letzte — Warnungssignal soll

ausschließlich von der Wiener Arbeiterschaft

besorgt werden.

Wenn die Herren im Wahlreformausschuß zu arbeiten sich weigern, um das Recht des Volkes zu vereiteln, **so werden die Arbeiter die Arbeit stehen lassen,** um das Recht des Volkes zu erobern. Wir werden sehen, wer es länger aushält.

Zeit des Wiener Streiks und alles Nähere wird rechtzeitig kundgemacht werden. Diese hastige, vorläufige Veröffentlichung soll hauptsächlich dazu dienen, den Genossen in allen Provinzen klarzumachen, daß sie sich während des Wiener Streiks **ruhig zu halten** haben und daß sie mit strengster Disziplin daran festhalten müssen, daß außerhalb Wiens **vorläufig weiter gearbeitet** werden wird.

Parteigenossen allerorts, zügelt eure Ungeduld und wartet ruhig, bis die Reihe an euch kommt! Den Arbeitern Wiens brauchen wir heute kein Wort der Ueberredung zu sagen: Sie werden freudig das Opfer ihrer halben Arbeitswoche bringen und ihre Kampfpflicht in vollem Maße erfüllen, dessen sind wir gewiß!

Die Arbeiter Oesterreichs werden sich durch schmutzige Intrigen nicht um ihr Recht betrügen lassen. Mag die Krone es dulden, daß eine kleine Bande von Junkern, Advokaten und Lumpenproletariern ihren Willen, der diesmal mit dem Willen und dem Rechte des Volkes eins ist, mißachtet, mag die Regierung zusehen, daß ihre schönen Reden und Beteuerungen verhöhnt werden, **die Arbeiter werden sich dem Privilegiengesindel nicht beugen und werden für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kämpfen, mit allen Mitteln und bis zum äußersten!**

Genossen, ihr wißt nun, was wir zunächst von euch erwarten; tut eure Pflicht!

Wien, 9. Juni.

Ferdinand Skaret Anton Remec
Ignaz Daszynski
für die Gesamtexekutive der Sozialdemokratie in Oesterreich.
Anton Hueber, Gewerkschaftssekretär.
E. Pernerstorfer,
Obmann des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Daß die dreitägige „Arbeitsruhe" — in Wahrheit der Massenstreik einer halben Woche — wenn sich die Dinge nicht rasch wenden, ungesäumt durchgeführt werden wird, unterliegt keinem Zweifel. Für Donnerstag, den 14. d. M., ist eine Konferenz der politischen und der gewerkschaftlichen Landesvertrauensmänner sowie aller Abgeordneten einberufen, die über die weiteren Maßnahmen — insbesondere in Böhmen — beschließen wird. Die Situation steht also auf des Messers Schneide!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juni.

Eine Prämie von jährlich 12 000 Mark!

Wir hatten vor kurzem die durch die Presse gehende Mitteilung wiedergegeben, daß der biedere Jesko von Puttkamer mit schlichtem Abschied für alle seine Heldentaten und Verschuldungen „bestraft" worden sei; wir hatten ein energisches Dementi der Regierung erwartet. Weit gefehlt! Im Gegenteil: die „Germania" bringt jetzt die folgende sensationelle Enthüllung:

„Herr v. Puttkamer ist nicht mit einfachem Abschied entlassen, sondern **regelrecht pensioniert** worden und zwar **mit dem vollen Ruhegehalt** eines Gouverneurs von **mehr als 12 000 Mark jährlich.**"

Man wundert sich ja zwar in Preußen-Deutschland seit langem über nichts mehr, weder über Reden, noch über Telegramme, noch über Gerichtsurteile, noch erst recht nicht über irgendwelche Kolonialereignisse, aber für Taten, wie sie Herr Jesko begangen hat, noch mit über 12 000 M. Jahresrevenue belohnt zu werden, das sollte man selbst bei uns für unmöglich halten dürfen! Das ist nichts anderes als eine Prämie auf Ungesetzlichkeiten!

Aber das Unbegreifliche wird begreiflicher und auch wieder noch toller, wenn man die in der Affäre sicher gut unterrichtete „Germania" weiter hört:

„Daß die Untersuchung der gegen Herrn v. Puttkamer erhobenen Anschuldigungen keinen Anlaß zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn ergeben habe, wurde schon in einzelnen Blättern berichtet — nicht aber die geradezu **ungeheuerliche Tatsache**, daß der **Referent** in der Angelegenheit die Unterlassung des Disziplinarverfahrens unter anderem auch damit **befürwortet** hat, daß — **Herr Puttkamer selbst** die Einleitung des Verfahrens als **nicht angebracht** bezeichnet habe! Es scheint, als sei die falsche Nachricht von der einfachen Verabschiedung Puttkamers — die es, nebenbei bemerkt, gar nicht gibt — von gewisser Seite geflissentlich verbreitet worden, und zwar deshalb, weil man die Erregung, die das Bekanntwerden des wahren Sachverhalts wecken mußte, hintanhalten wollte."

Wie der „Westfäl. Merkur" schließlich noch mitteilt, habe sich Anlaß zu disziplinarischem Einschreiten auch deshalb nicht ergeben, weil die Hauptbelastungszeugen in der (für Puttkamer) glücklichen Lage waren, sich „bei der langen Zeit" auf nichts besinnen zu können. Frau von Germar, die historische „Cousine", war zudem noch ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß sie von dem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch machen könne. Der Erbprinz zu Hohenlohe soll durchaus für ein energisches Durchgreifen gewesen sein, aber er ist gegenüber höheren Einflüssen unterlegen, weiß das zuletzt genannte Blatt zu berichten.

Nach allem wächst sich jetzt diese Puttkamer-Affäre zu einem Kolonialskandal aus, daß man sie den Fällen Peters, Leist, Wehlan getrost wird an die Seite stellen dürfen. —

Empörte Gönner!

Die Sozialdemokratie hat es mit den Herren vom Evangelisch-Sozialen Kongreß verdorben, wie die Berichte über die Jenaer Tagung gezeigt haben. Herr Harnack hat ihr auf der Jenaer Tagung die tiefste sittliche Entrüstung über ihren Lebenswandel kundgetan!

Nun wissen wir ja, daß die Sozialdemokratie bei gewissen Leuten schon durch ihre bloße Existenz „empörend" wirkt und wundern uns deshalb auch gar nicht, daß Herr Harnack über uns entrüstet ist; was ihm aber gerade in letzter Zeit an uns so schrecklich gewesen ist, daß er es sich zur besonderen Heldentat anrechnet, trotzdem noch für Sozialreform zu reden, und daß er alle deutschen Männer ohne Vorbehalt absolviert, die angesichts unserer Verderbtheit nichts mehr von Sozialreform wissen wollen, das wissen wir nicht! Empört etwa Herrn Harnack, daß die preußischen und sächsischen Arbeiter das gleiche Wahlrecht zu den Landtagen fordern? Oder empört es ihn, daß sie ihren russischen Brüdern die Freiheit und den zarischen Bluthunden den Untergang wünschen? Uns scheint, daß er dann am Dreiklassenwahlrecht und am Zarismus bessere Objekte seiner Entrüstung finden würde.

Doch das sind Dinge, über die wir uns mit einem Angehörigen der herrschenden Klasse nicht einigen werden. In einer anderen Welt als jene Herren leben die Proletarier, und reden eine andere Sprache und wissen, daß sie auf dem rechten Wege sind, wenn sich jene entrüsten. Wir erwähnen die Harnacksche Rede nicht, um eingehender nachzuweisen, wie wenig Berechtigung sie hat; das ist unnötig. Wir verzeichnen sie nur als Beweis dafür, wie verschieden die Anschauungen über die Sittlichkeit bei Herrschenden und Unterdrückten sind. Und wir verzeichnen sie zweitens, weil sie den Kongreß der Evangelisch-Sozialen fast erschöpfend charakterisiert. Wollten wir uns ethisch entrüsten wie die Kongreßler, wir könnten ihnen sagen, daß sie des Bibelwortes gedenken möchten vom Verschlucken der Kamele und Seihen der Mücken!

Als Gönner und Zensoren des Proletariats fühlen sich diese ethischen Sozialreformer. Sie wollen für die Arbeiterschaft etwas erreichen, und schmeicheln sich, daß sie etwas ausrichten, und sagen zu gleicher Zeit, daß die Arbeiter das Recht auf Reformen durch ihr empörendes Verhalten verscherzt haben und das, was sie an Reformen erhalten, als Geschenk bekommen. Die Herren können sich beruhigen! Die deutsche Arbeiterklasse hat noch keine Geschenke von der herrschenden Klasse erhalten, was sie erreichte, das eroberte sie durch politischen und gewerkschaftlichen Kampf, und das war bislang nur ein winziger Teil dessen, was sie zu fordern hat!

Aber sehen wir doch einmal zu, was diese Gönner, die uns unsittlich zensieren wollen, denn an Geschenken bringen! Einen Maximalarbeitstag? O, beileibe nicht! So revolutionär werden sie nicht sein! Den Frauen volle Gleichberechtigung? O, bewahre, wie könnten sie solchen Umsturz begehen! Nicht Halbheiten einmal sind's, was sie bieten! Und dafür soll die Arbeiterschaft auf ihr politisches Erstgeburtsrecht verzichten, damit sie solcher Wohltaten würdig werde und in den Augen der Harnack und Kollegen sittlich gereinigt dastehen! Wir danken! Mögen die Herren ihre Geschenke behalten! —

* * *

Deutsches Reich.

Grenzhetze. Wie wir der bürgerlichen Presse entnehmen, berichtet der „Gesellige", daß in Wladislawow (Neustadt) bei Schirwindt an der preußisch-russischen Grenze ein litauischer Sozialist, der in einer geheimen Versammlung revolutionäre Reden gehalten hatte und bei der Polizei denunziert worden war, als er sich vom Militär verfolgt sah, Selbstmord verübte, indem er sich mit einem Messer den Leib aufschlitzte.

Aus der Notiz geht leider und wahrscheinlich sehr absichtlich nicht hervor, wo sich der Vorfall genau abspielte und ob hier nicht wieder eines jener infamen Grenzverbrechen vorliegt, durch welche die russischen polizeilichen und militärischen Bluthunde schon so viel edles Menschenleben in den Tod getrieben haben.

Für die verrohte Gesinnung der deutschen bürgerlichen Presse den russischen Revolutionären gegenüber ist es charakteristisch, daß sie diesen grausigen Vorfall zum Teil einfach registriert als „Harakiri eines Sozialisten". —

Der Nachfolger des prämiierten Puttkamer.

Gegen die Ernennung des Dr. Seitz, Geheimen Legationsrats in der Kolonialabteilung, zum Gouverneur von Kamerun als Nachfolger Puttkamers wendet sich energisch die „Germania". Sie würde es im Interesse der Gesundung der Verhältnisse im Schutzgebiet Kamerun, welche unter dem Regime des Gouverneurs v. Puttkamer so schwer gelitten haben, sehr bedauern, wenn sich das Gerücht bewahrheiten und Dr. Seitz an die Spitze der Kolonie Kamerun gestellt würde. Die Verhandlungen im deutschen Reichstage, sowohl in der Budgetkommission wie auch im Plenum, hätten, wie das Blatt mit Recht sagt, den Nachweis erbracht, daß Dr. Seitz nicht die geeignete Person ist, in finanzieller Hinsicht Wandel zu schaffen und Ordnung zu halten. Schon bei einer früheren Gelegenheit, als Dr. Seitz als Nachfolger Puttkamers genannt wurde, sei sein Verhalten den Eingeborenen gegenüber gekennzeichnet worden und ein Blatt habe damals von einer Aeußerung der Duala-Eingeborenen berichtet: „Lieber zehn Puttkamer als einen Dr. Seitz." Wie Dr. Seitz in seiner Eigenschaft als stellvertretender Gouverneur in Duala und Buea gewirkt hat, darüber könnten Kolonialbeamte schwerwiegende Aussagen machen. —

Zur Strecke gebracht.

„Die Gerechtigkeit in den deutschen Landen ist nicht überall gleich vorhanden —" singt in einem seiner saftigsten Gedichte der Peter Schlemihl des „Simplizissimus". Die Wahrheit seiner tiefsinnigen Betrachtung wird auffällig bestätigt durch den Ausgang, den der sogenannte **Siegeslümmelprozeß** am letzten Donnerstag vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Kottbus genommen hat.

Seit November 1904 ist die „Märkische Volksstimme" wegen der „Siegeslümmel"notiz von Staats- und Reichsanwälten mit wechselndem Glücke verfolgt worden. Zuerst kam der Prozeß im März 1905 vor die Strafkammer zu Sorau, wo unser Forster Parteiorgan seinen Gerichtsstand hat. Hier machte der angeklagte verantwortliche Redakteur, Genosse Perner, geltend, daß erstens die Notiz von den Strafantragstellern und dem Staatsanwalt ganz falsch aufgefaßt werde. Die Notiz, welche nur wenige Zeilen umfaßte, stellte das echt menschliche Empfinden der Japaner beim Empfang von Siegesnachrichten in Vergleich zu den aller „Christlichkeit" Hohn sprechenden Ausschreitungen der deutschen Sieger (hier war der inkriminierte Ausdruck gebracht) bei Sedanfeiern. Wenn aber die Anklage behaupte, daß durch die Notiz alle Teilnehmer an Sedanfeiern als „Siegeslümmel" beschimpft worden seien, so sei zweitens auch der Strafantrag nicht als berechtigt anzusehen, denn der Kreis der „Sedanfestteilnehmer" sei so umfassend und unbegrenzt, daß die zum Begriff der Beleidigung nötige abgeschlossene Personenmehrheit darunter nicht verstanden werden könne. Das Sorauer Gericht schloß sich dieser letzteren Auffassung des Angeklagten an und erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Der Staatsanwalt legte Revision ein und erzielte die Aufhebung des freisprechenden Urteils. Das Reichsgericht stellte fest, daß nicht die Zahl der beleidigten Personen für den Begriff der strafbaren Beleidigung entscheidend sei, sondern der Umstand, ob die beleidigte Personenmehrheit genügend erkenntlich gemacht sei, und das sei hier durch den Ausdruck „Sedanfeiernde" der Fall. Der Prozeß kam zur erneuten Verhandlung im Juli 1905 ans Landgericht Guben.

Wenn dieses auch durchaus der Entscheidung des Reichsgerichts folgte, so gelangte es doch abermals zu einem Freispruch, und zwar, weil jetzt der Verfasser der Notiz, Genosse Wittrisch, als Zeuge auftrat und glaubhaft angab, daß er die Notiz ohne Perners Wissen und Willen ins Blatt gebracht habe. Das Gericht sah damit die Nichttäterschaft Perners als erwiesen an, zumal dieser selbst und ein anderer Zeuge Wittrischs Angaben bestätigten. Gegen Wittrisch konnte nicht mehr vorgegangen werden, denn gegen ihn war Verjährung eingetreten.

Der Staatsanwalt in Guben aber ließ nicht locker. Er legte nochmals Revision ein und erreichte wiederum die Aufhebung des Urteils, weil das Gubener Gericht die Frage, ob Perner etwa fahrlässig gehandelt, nicht genügend geprüft hatte.

Nun kam der Prozeß vor die Kottbuser Strafkammer.

Obgleich diesmal die Beweisaufnahme noch überzeugender als in der vorigen Verhandlung die hohe Wahrscheinlichkeit dafür ergab, daß Perner von der Aufnahme der Notiz nichts gewußt hat, obwohl der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine-Berlin, die staatsanwaltschaftliche Auslegung der Notiz wie auch den Verdacht eines hinterlistigen Komplotts zwischen Angeklagten und Entlastungszeugen meisterhaft zerpflückte, obwohl der Angeklagte selbst sich entschieden gegen die Anzweifelung seiner Glaubwürdigkeit verwahrte, indem er auf sein stets offenherziges Auftreten vor Gericht hinwies, fand das Richterkollegium, dessen Vorsitzender Buchholz und dessen einflußreichster Beisitzer Meyer heißt, doch die zur Verurteilung erforderlichen Gründe. Es erklärte einfach, der Angeklagte und die Entlastungszeugen seien **unglaubwürdig**, weil es menschlich begreiflich sei, sich und andere vor Gericht herauszulügen. Damit wolle das Gericht aber keineswegs der Ehrenhaftigkeit des Zeugen Wittrisch und des Angeklagten Perner zu nahe treten. (!!) Nebenbei scheint auch der zarte Wink des Staatsanwalts, man müsse den Angeklagten mit für den gesamten Ton der sozialdemokratischen Presse büßen lassen, bei den Richtern Verständnis gefunden zu haben, denn das Urteil fiel noch härter aus, als es selbst die erfahrenen Kenner dieser Strafkammer erwartet hatten. Drei Monate Gefängnis wurden über Genossen Perner verhängt wegen eines Wortes, das vor nahezu zwei Jahren eine künstlich gemachte Entrüstung in derselben Kriegervereinspresse hervorgerufen hatte, die jahraus, jahrein uns Sozialdemokraten mit den unflätigsten Beschimpfungen überhäuft. Außerdem soll nun der zweimal Freigesprochene und schließlich doch noch Verurteilte die gesamten Kosten tragen, also für die angeblichen Rechtsirrtümer der freisprechenden Instanzen mit aufkommen. Die „Gerechtigkeit" in den deutschen Landen treibt wunderliche Blüten! —

Ein Erfolg des Kaiserbesuches in Wien. Dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Tschirschky und Boegendorff ist der Kronenorden I. Klasse verliehen worden. —

Das Spiel mit dem Bergmannsleben.

Seit Pfingsten schon brennen auf der Zeche „Hansa" zu Huckarde bei Dortmund die Flötze B und C. Obschon die größten Anstrengungen gemacht wurden, gelang es bisher nicht, den Feuerherd abzudämmen, weil das Hangende zum großen Teil eingestürzt und außerdem die stark auftretenden stickigen Brandgase das Vordringen erschweren. Das Befremdliche an der Sache ist nur, daß trotz des Grubenbrandes der Betrieb nicht eingestellt ist, sondern die Belegschaft wie bisher anfährt und an der Kohlenproduktion beschäftigt wird. In der bürgerlichen Presse wird ausgeführt, man lasse die Belegschaft weiterarbeiten, weil die brennenden Flötze von den Hauptbetriebspunkten isoliert lägen. Aber was will das heißen? Sobald es in der Grube brennt, ist Gefahr vorhanden, und der Betrieb sollte ruhen, bis es gelungen, des Feuers Herr zu werden. Hat man denn an den Katastrophen von „Borussia", „Werne", „Courrières" usw. noch nicht warnende Lehren genug? Man muß wirklich die Zuversicht und Sorglosigkeit der Behörden bewundern, mit der sie das Weiterarbeiten gestatten. Es muß ganz energisch verlangt werden, daß die Bergbehörde die Kohlenproduktion und damit das Anfahren der Belegschaft untersagt, bis der Brand gelöscht ist.

Soeben wird bekannt, daß gegen den Betriebsführer Rüter von Zeche „Borussia" wegen des großen Massenunglücks Strafverfolgung eintreten wird. Die Anklage lautet auf fahrlässige Körperverletzung und Uebertretung einiger Bergpolizeiverordnungen. Wirklich eine merkwürdige Körperverletzung, die 40 Menschen das Leben kostete! Bei dieser Anklage kann Herrn Rüter wirklich nichts Schlimmes passieren. Wir glauben kaum, daß sie ihm mehr wie drei Monate Gefängnis eintragen wird, wenn überhaupt eine Verurteilung erfolgt. Unter solchen Umständen kann an eine Besserung der Verhältnisse nicht gedacht werden. Der neue Grubenbrand von Zeche „Hansa" ist ein sprechender Beweis dafür. Müssen wir wirklich erst ein Courrières haben, ehe es besser wird? —

Ein Flugblatt des „Simplicissimus" über die Breslauer Polizeischlacht, das vor einigen Tagen erschien, ist von der Breslauer Polizei beschlagnahmt worden.

Die „Festnahme" eines solchen Flugblattes ist freilich eine weit leichtere und bequemere Sache, als beispielsweise eine Polizeibestie festnehmen, die einem friedlichen Bürger die Hand abhackt! —

Zur Nachwahl in Beuthen-Tarnowitz wird uns aus dem Wahlkreise geschrieben: Dienstag, den 12. Juni, soll sich entscheiden, ob das Zentrum für den Rest der Legislaturperiode den Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz, den es seit einem Vierteljahrhundert besessen hat, behält oder ob es ihn an seine früheren Freunde und jetzigen erbitterten Feinde, die Polen, abgeben muß. Denn diese, nicht die Sozialdemokraten, werden vorläufig die Erben des sterbenden oberschlesischen Zentrums werden, wahrscheinlich schon jetzt, sicher bei den nächsten allgemeinen Wahlen, wo sie nicht nur den Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz, sondern auch noch 3—4 andere oberschlesische Wahlkreise dem Zentrum abnehmen werden. Das Zentrum wehrt sich allerdings verzweifelt, aber alle bisher so wirksamen Mittel verfangen nicht mehr, die Arbeiterschaft will vom Zentrum nichts mehr wissen. Das hat besonders deutlich der Verlauf einiger Wählerversammlungen des Zentrums in unserem Wahlkreise gezeigt. Keiner der früher so einflußreichen Geistlichen konnte dem Lärmen, den Protesten und Schimpfworten standhalten, mit denen die zahlreich erschienenen polnischen Arbeiter die Redeversuche der Herren Pfarrer wie des Zentrumskandidaten Muschallik beantworteten. In höchster Wut schleuderte daraufhin in einer dieser Versammlungen ein Zentrumsgeistlicher, der Abgeordnete Glowacki, den Versammelten das Wort „Hacharen" entgegen, eine Bezeichnung, die man in Oberschlesien sonst nur den verkommensten Vagabunden und Wegelagerern widmet. Der darauf ausbrechende Entrüstungssturm fegte die Versammlung auseinander, die polnische Presse aber verkündet jetzt Tag für Tag, daß vom Zentrum die polnischen Wähler als „Hacharen" beschimpft werden. Nicht nur in den Orten mit großer Arbeiterbevölkerung, sondern selbst in den ländlichen Orten des Kreises Tarnowitz machte sich in den Versammlungen lebhafte Opposition gegen das Zentrum geltend.

Auch von anderer Seite ist dem Zentrum gefährliche Gegnerschaft erwachsen. Ist es nämlich den Polen nicht polenfreundlich genug, so ist es den Hakatisten immer noch viel zu polenfreundlich, zu wenig deutsch-patriotisch. Die Hakatisten, zu denen die meisten der großen Gruben- und Hüttenbarone gehören, wollten das Zentrum nur dann unterstützen, wenn es einen ganz einwandfreien, keiner Hinneigung zu den verhaßten Polen verdächtigen Kandidaten aufstelle. Man hatte dabei den Amtsgerichtsrat Anteß-Tarnowitz im Auge, der schon 1903 der Kandidat des „deutschen Zentrumsflügels" war und als solcher fast 8000 Stimmen erhielt, meistens von der sog. „Grubenpartei". Die Wahlkreisleitung der Zentrumspartei lehnte aber diese Zumutung in der Furcht vor dem völligen Abfall der polnischen Zentrumswähler ab und veranlaßte damit die Hakatistengruppe zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten in der Person des Generaldirektors der Zinkhütten „Silesia" in Lipine, Bergrat Remy. Der Herr nennt sich nationalliberal, ist tatsächlich aber stramm konservativ, was die oberschlesischen „Freisinnigen" nicht abhält, mit „Begeisterung" für den „liberalen deutschen Kandidaten" einzutreten.

Während Zentrum und Hakatisten ihre Agitation mit Flugblättern und in Versammlungen führen, müssen Polen und Sozialdemokraten von der mündlichen Agitation mangels Versammlungslokalen ganz absehen. Den Sozialdemokraten steht in dem ganzen, in zahlreichen größeren und kleineren Orten fast eine halbe Million Einwohner zählenden Wahlkreise nur ein einziges, etwa 200 Personen fassendes Versammlungslokal in einem bei Beuthen liegenden Industriedorf zur Verfügung. Während aber die Polen mehrere in vielen tausend Exemplaren gelesene Zeitungen im Kreise haben, ist die sozialdemokratische Presse, polnische wie deutsche, nur in einigen hundert Exemplaren verbreitet. Unsere Agitation kann also nur durch Verbreitung von Flugblättern ausgeübt werden, und dieser Verbreitung wissen Polizisten, Pfaffen und Werksbeamte die allergrößten Schwierigkeiten zu bereiten. Ungesetzliche Beschlagnahme der Flugblätter, Verhaftung der Verbreiter sind sehr häufig, ebenso unternehmen es Steiger und andere Beamte durch Drohungen, und wenn diese nicht helfen, durch körperliche Angriffe auf die Verbreiter diese von den zu den Gruben und Hütten führenden Wegen zu verjagen und so die Verteilung an die Arbeiter zu vereiteln. Der Kampf wird natürlich trotzdem von der kleinen tapferen Schar Genossen unentmutigt weiter geführt und wir dürfen hoffen, daß der 12. Juni trotz aller Hindernisse und Gefahren, trotz der gegen uns wirkenden nationalen Hochspannung doch einen Erfolg für die Sozialdemokratie bringen wird. —

Neue schwere Südwestafrika-Opfer. Amtlich wird gemeldet:

Major v. Freyhold war am 28. Mai vom Fischfluß her in Haib eingetroffen und hatte durch Patrouillen festgestellt, daß die Hottentotten in Stärke von etwa 250 Gewehren die Pad Haib—Warmbad nach Süden zu gekreuzt hatten. Am 30. Mai erhielt die Patrouille des Leutnants v. Abendroth in der Gegend westlich Norschab Feuer. Major v. Freyhold setzt den Vormarsch auf der feindlichen Spur fort und erreichte am 3. Juni abends den Gegner westlich Gaobis. Noch am Abend wurde der Feind von den nächsten Höhen vertrieben. Am folgenden Tage wurde der Angriff fortgesetzt. Nach heftigem Feuergefechte gingen die Hottentotten im Laufe des Nachmittags zurück, und am Abend des 4. Juni befanden sich unsere Truppen im Besitze der bisher vom Feinde besetzten Wasserstelle. Dieser floh in westlicher und südwestlicher Richtung. Noch in der Nacht vom 4. bis 5. Juni marschierte Major v. Freyhold nach dem Orange. Oberstleutnant v. Estorff traf mit der Abteilung des Majors Sieberg am 5. Juni früh von Warmbad her auf dem Gefechtsfeld ein und wird die Verfolgung fortsetzen. In diesen Gefechten sind gefallen: ein Oberleutnant, ein Leutnant und 8 Reiter. Es wurden 3 Reiter schwer, 7 Reiter leicht verwundet.

Zehn Tote — ob dieser Verlustziffer ein, wenigstens nach bürgerlichen Begriffen, entsprechender Erfolg gegenübersteht, werden ausführlichere Meldungen erst ausweisen müssen. —

Auf der Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft zu Königsberg, über die wir schon berichtet haben, rief im Laufe der weiteren Verhandlungen ein Antrag der Abteilung Darmstadt, den Reichskanzler zu ersuchen, der Frage der Deportation von Strafgefangenen nach geeigneten Punkten der Kolonien näher zu treten, eine lebhafte Erörterung hervor, in der die meisten Redner einen ablehnenden Standpunkt vertraten. Schließlich wurde der Antrag, da die Frage noch nicht genügend geklärt erscheine, vorläufig zurückgezogen. Zur einstimmigen Annahme gelangte ein Antrag Dessau, den Angehörigen der Schutztruppe in Südwestafrika und Ostafrika den Dank der Kolonialgesellschaft zu übermitteln.

Damit schlossen die Beratungen. —

Sand in die Augen.

Der preußische Handelsminister Herr Delbrück hat bekanntlich am 30. Mai im Herrenhaus eine Rede gegen den christlichen Bergarbeiterverband losgelassen. Darin teilte er unter anderem mit, daß er wegen der „Agitationsweise" genötigt (!) gewesen sei, eine Anzahl von Arbeitern (im Saarrevier) zu entlassen. Er schloß dann mit der Floskel:

„Ich werde ihnen (den christlichen Gewerkvereinen) nicht einen Stein in den Weg legen, aber ich muß verlangen, daß ihre Agitation, ihre Art zu arbeiten, ihre Art zu fordern, sich auf einem Boden bewegt, der sich mit den Grundsätzen des preußischen Staates verträgt."

Also der Herr Minister will allergnädigst eine „staatserhaltende" Agitation gestatten; sobald aber die von Ihm allerhöchst festgesetzten „Grundsätze des preußischen Staates" verletzt werden, d. h. auf gut deutsch: sobald die Agitation sich über leeres Gerede erhebt und wirklich etwas für die Arbeiter fordert, kommt die Hungerpeitsche zur Anwendung. Wie die „Germania" mitteilt, hat der christliche Bergarbeiterverband, Bezirk Saarrevier, eine Antwort auf diese Ministerrede veröffentlicht. Die Antwort ist echt „christlich". Anstatt sich jede Bevormundung in Sachen der Agitationsweise zu verbitten und den Minister zu fragen, ob er den Inhalt der Forderungen als berechtigt anerkennt oder nicht, beeilt sich der Bezirksvorstand, seine vollständige Artigkeit zu beteuern und bittet zum Schluß den Minister, seine Versammlungen — — **durch Grubenbeamte überwachen zu lassen!!** Da werde er sehen, wie lammfromm der Verband sei. Und so etwas nennt sich Gewerkschaft!

Die „Germania" aber übertrumpft noch diese Selbstentmannung. Sie läßt sich von anderer Seite dazu schreiben:

„Uebrigens vermissen wir sehr, daß die Bezirksleitung in ihrer Erklärung die Worte des Ministers zugunsten der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht erwähnt. Der Minister sagte zum Schlusse, er „sei bereit, die christlichen Gewerkschaften — soweit es möglich sei, zu fördern", er „werde ihnen nicht einen Stein in den Weg legen." Das ist unseres Wissens die erste Auslassung von der höchsten, für die Saarbergleute in Betracht kommenden Stelle, durch die die christliche Organisation anerkannt wird. Die Saarbergleute wissen jetzt, woran sie sind. Gegenüber dieser grundsätzlichen Erklärung des Ministers fallen die tadelnden Bemerkungen über einzelne Gewerkvereinsversammlungen wenig ins Gewicht."

Wie oben gezeigt, handelt es sich bei den „tadelnden Bemerkungen" um keine Kleinigkeiten noch auch um leere Drohungen. Eine Anzahl Arbeiter ist bereits entlassen worden! Auch der gesamte Inhalt von Herrn Delbrücks Rede läuft auf den Satz hinaus: Die christlichen Gewerkvereine dürfen vorhanden sein, aber sie dürfen nichts fordern. Und das alles soll „wenig ins Gewicht fallen", weil der Minister wie zum Hohn die Redeblüte angeführt hat, er werde den Gewerkvereinen keinen Stein in den Weg legen. Uebrigens auch nur dann, wenn sie das tun, was er will.

Die „Germania" beweist so wieder einmal, daß die Zentrumspresse wie die Zentrumsgewerkschaften nur den einen Daseinszweck haben: dem Volke Sand in die Augen zu streuen. —

Wegen Beleidigung des Kronprinzen wurde der Arbeiter Franz Wistuba aus Zülz von der Strafkammer zu Neustadt i. Oberschles. zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. —

Ausland.

Oesterreich.

Antisemitische Radauhelden.

Als am Sonntag nachmittag die ungarische Delegation im ungarischen Ministerpalais zu Wien Sitzung hielt, erschienen Teilnehmer einer im Rathause veranstalteten christlichsozialen Volksversammlung, in der Ehren-Lueger die Anwesenden „christlichsozial" fanatisiert hatte, vor dem Gebäude. Sie warfen sämtliche Fenster mit Steinen ein. Durch ein offenstehendes Fenster wurde ein offenes Messer geschleudert, das dicht am Kopfe des Chefs des ungarischen Preßbureaus, Ministerialrats Abranyi, vorbeiflog. Auf der Straße wurden Reden gehalten. Man hängte eine Puppe im ungarischen Nationalkostüm und mit der Aufschrift „Kossuth" an einen Laternenpfahl!

Der österreichische Ministerpräsident, Freiherr v. Beck, hat dem ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle sofort sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. —

Ungarn.

Der politische Massenstreik im Interesse des allgemeinen Wahlrechts.

Solange die Koalition als Opposition galt, nahm sie den Wahlkampf mit lauter populären Forderungen auf. Jetzt aber, wo die Koalition die Macht in Händen hat und sich auf eine überwiegende Majorität im Parlament stützen kann, liegt ihr weniger daran, ihre Versprechungen zu erfüllen, als vielmehr die einst so sehr gehaßte Korruption des früheren libernalen Regimes unter dem Deckmantel „nationale Demokratie" auch weiterhin aufrechtzuerhalten.

Das korrupte politische Gebaren der Koalition überrascht wahrlich niemand, denn Prinzipien von dieser grundreaktionären Sippschaft zu fordern, das wäre doch zu naiv, insbesondere jetzt, wo sie es eben ihrer Gesinnungslosigkeit verdankt, daß sie die Zügel der Macht in die Hand bekam. Was steht jetzt dem ungarischen Volke bevor? Die Lasten des ausgebeuteten Landes werden sich weiter mehren; denn der Moloch des Militarismus fordert das. Sehr teuer wird das ungarische Volk den vom deutschen Kaiser an Wekerle verliehenen hohen Orden bezahlen müssen. Die Koalitionspresse allerdings wetteifert im Jubeln; dieselbe Presse, die noch vor kurzem die tollsten Angriffe gegen Deutschland geschleudert hat. Aber auch das allerneueste ungarische Regime hat keine großen Chancen, denn solange das unverfälschte allgemeine Wahlrecht nicht Gesetz wird, hat die Regierung in Ungarn keinen festen Boden. Ob die reaktionäre Sippschaft noch zeitig genug zur Besinnung gelangen wird, das ist die Frage. Doch eines steht fest: Unsere ungarischen Genossen werden jeden Angriff auf ihr elementarstes Recht ebenso tapfer zurückschlagen wie die österreichischen Brüder. Der politische Massenstreik im Interesse des allgemeinen Wahlrechtes wurde als letztes Mittel vom diesjährigen Parteitag, der Pfingsten stattfand, einstimmig beschlossen, und es ist nunmehr Sache der Regierung, ob dieser Beschluß zur Ausführung gelangen muß oder nicht.

Schweiz.

Bern, 11. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Unsere Befürchtung ist eingetroffen. Das eidgenössische Lebensmittelgesetz wurde in der gestrigen Sonntagsabstimmung mit etwa 238 000 gegen 145 000 Stimmen, also mit einer Mehrheit von ungefähr 93 000 Stimmen, angenommen. Von den 22 Kantonen haben $17\frac{1}{2}$ für, $4\frac{1}{2}$ gegen das Gesetz gestimmt. Die freihändlerisch gesinnten großen Städte stimmten gegen das Gesetz. Nur Bern gab 3326 „Ja" und 1948 „Nein" ab. Biel 947 „Ja", 1429 „Nein". Zürich 7972 „Ja", 9308 „Nein" usw. —

Italien.

Die Stichwahl.

Rom, 11. Juni. (Privattelegramm unseres römischen Korrespondenten.) Bei der Stichwahl ist Rigola unterlegen, Tasca gewählt. Die Niederlage des einzigen Arbeiters im italienischen Parlament ist ein schwerer Schlag für die Partei. —

Spanien.

Madrid, 10. Juni. **Das neue Kabinett** ist folgendermaßen zusammengesetzt: Präsidium Moret, Inneres Quiroga Ballesteros, Aeußeres Herzog von Almodovar, Finanzen Salvador, Krieg General de Lugue, Marine Admiral Concas, Unterricht Sammartin, Justiz Cellerualo, Handel und öffentliche Arbeiten Gasset. —

England.

Militärische Einschränkung.

London, 11. Juni. (W. T. B.) „Daily Telegraph" zufolge hat die englische Regierung die Absicht, vom Bau des einen im diesjährigen Flottenprogramm vorgesehenen Panzers vom Dreadnought-Typus **Abstand zu nehmen.** „Standard" teilt mit, der Kriegsminister Haldane habe sich entschlossen, **die Infanterie um 10 000 Mann und die Artillerie um 48 Batterien zu verringern.** Die irreguläre Artillerie soll dagegen verstärkt werden.

Nach einer anderen Meldung sollen außer den oben erwähnten noch folgende Abstriche gemacht werden: 20 Trainkompagnien, eine Abteilung Belagerungsartillerie. Die Ersparnis würde sich auf viele Millionen pro Jahr belaufen.

Auch aus Frankreich verlautet: Marineminister Thomson plane Einschränkungen in den Flottenausgaben. Diese Meldung tritt so bestimmt auf, daß die französischen Sozialisten bereits den Entschluß gefaßt haben, im Laufe der nächsten Interpellationsdebatte über die allgemeine Politik des Kabinetts auch die **Abrüstungsfrage** in nachdrücklicher Weise zur Sprache zu bringen.

In deutschen Regierungskreisen zerbricht man sich den Kopf, wie die nächsten Mehrforderungen für Heer, Flotte und Kolonien unter Dach und Fach zu bringen sind. —

Finnland.

Die neue Volksvertretung.

Nachdem in der vergangenen Woche die vier Stände des Landtages die Vorschläge zur Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen und den Ersatz der Ständevertretung durch das Einkammersystem unverändert angenommen haben, ist es Tatsache geworden, daß Finnland ein Parlament erhalten wird, das auf einer mehr demokratischen Grundlage beruht als das der meisten anderen Parlamente Europas. Das Wahlrecht ist zwar an die Bezahlung einer persönlichen Steuer gebunden, jedoch kommt dies wenig in Betracht, da sie pro Jahr nur zwei finnische Mark für Männer und nur 1 Mark (88 Pf.) für Frauen beträgt. Gewählt wird nach einem Proportionalsystem. Das Land wird in 16 Wahlbezirke eingeteilt, die im ganzen 200 Abgeordnete wählen. Die erste Wahl nach dem neuen Gesetz soll Juli 1907 stattfinden. Nach der Stärke, die die sozialdemokratische Partei Finnlands gegenwärtig schon erreicht hat, rechnen unsere Genossen auf ungefähr 50 Mandate im neuen Landtage. —

Australien.

Sydney, 11. Juni. (W. T. B.) Der Premierminister von Neuseeland, Seddon, ist hier gestern an Bord des Dampfers, auf dem er von Australien nach Neuseeland zurückkehren wollte, gestorben. —

Aus der Partei.

Die Frage des Reichstagskandidaten hat im Wahlkreise Sorau-Forst zu bedauerlichen Zwistigkeiten geführt. In einer am Freitag abgehaltenen Vereinsversammlung zu Forst wurde die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Die Kommission erklärte, daß sie der Kreiskonferenz den Genossen Koblenzer vorschlagen werde. Die meisten Redner aus der Versammlung aber forderten die Aufstellung des Genossen Redakteurs Marckwald.

Genosse Koblenzer erklärte in der Diskussion:

Nach dem Eindruck, den er von der bisherigen Diskussion gewonnen, halte er es für zweckmäßig, daß sich die Versammlung erst über die Kandidatur Marckwalds einige, und erst für den Fall, daß dessen Kandidatur abgelehnt werde, kämen andere Personen in Frage.

Genosse Marckwald führte unter anderem aus: Da ihm außer den Beschlüssen der zwar kleinen Vereine von Eulo und Sacro von vielen Seiten, von zahlreichen Forster Parteigenossen mitgeteilt worden ist, die zweifellose Mehrheit wünsche seine Kandidatur, habe er aus diesem Grunde nicht von vornherein verzichtet. Denn wenn es wahr sei, was freilich noch festzustellen wäre, daß wirklich die große Mehrheit seine Kandidatur wünsche, habe er sich auf den Platz zu stellen, auf den die Parteigenossen in ihrer Mehrheit ihn stellen wollen. Er wies die ihm im Bezirksverein I gemachte Unterstellung zurück, als würde er im Falle seiner Wahl die „Märkische Volksstimme" finanziell schädigen, und wies auf Abmachungen hin, die mit der Preßkommission zu vereinbaren wären.

Genosse Redakteur Perner trat seinem Kollegen entgegen. Als Perner nochmals das Wort ergriff, um gegen Marckwalds Kandidatur die Geschäftslage der „Märkischen Volksstimme" geltend zu machen, entstand großer Lärm, der den Redner am Weitersprechen verhinderte. Auf Zurufe schloß Perner: „Nun, wenn das Mandat käuflich ist, habe ich nichts mehr zu sagen!" Zum Schluß zeigte sich Abspannung und Erregung, die ihren Höhepunkt erreichte, als der als Gast anwesende Redakteur Genosse Wittrisch sich zum Wort meldete. Da viele Teilnehmer die verspätete Versammlung schon verlassen hatten, wurde sie ohne Abstimmung geschlossen.

* * *

Die Sonnabendnummer der „Märkischen Volksstimme" enthält anschließend an den Versammlungsbericht zwei Erklärungen. Die erste lautet:

Mit Ende dieser Woche stellt der Unterzeichnete wegen der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen ihm und dem Genossen Marckwald in der gestrigen Versammlung ergeben haben, bis auf weiteres seine Tätigkeit an der „Märkischen Volkstimme" ein.

R. Perner.

Die zweite, deren erster Teil von minderer Wichtigkeit ist, schließt also:

Im übrigen werde ich dem Parteivorstand und, da die Redaktionsführung jetzt erschwert ist, dem Vorsitzenden der Preßkommission sofort meinen Standpunkt klarlegen. Soweit es an mir liegt, werde ich mich bemühen, so lange ich verpflichtet bin, in Forst als Parteigenosse und Redakteur tätig zu sein, meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen zu tun. Jedem Rat, der einen für unsere Partei befriedigenden Ausweg aus der durch die ergebnislos verlaufene Parteiversammlung geschaffenen Situation zeigt, werde ich bereitwilligst folgen.

H. Marckwald.

Erklärung.

In Nr. 130 des „Vorwärts" polemisiert Genosse Otto Geithner gegen den Artikel des Genossen Alexander Kosiol, der in Nr. 28 der „Neuen Zeit" veröffentlicht war. Diese Polemik benutzt Geithner zu einem absolut ungerechtfertigten Ausfall auf die Lese- und Diskutierklubs.

Die unterzeichneten, dem „Bunde der sozialdemokratischen Lese- und Diskutierklubs" angeschlossenen Klubs protestieren auf das allerentschiedenste gegen diesen Angriff. Will Genosse Geithner sich über den pädagogischen Wert der Diskutierklubs aussprechen, so mag er dies tun. Weiter darf er aber nicht gehen, denn er hat bisher noch durch nichts bewiesen, daß er die geeignete Person ist, die die Resultate der erzieherischen Tätigkeit einer parteigenössischen Organisation als eingebildete Vielwisserei und Gedankenlosigkeit bezeichnen kann. Aus seinem Artikel ist ohne weiteres zu ersehen, daß sein Artikel von sehr wenig Sachkenntnis beeinflußt ist. Wir verzichten deshalb auf eine sachliche Diskussion mit ihm und möchten ihn nur bitten, das Urteilen kompetenteren Stellen zu überlassen.

Vollkommen sinnlos ist auch der Vorwurf der Cliquenbildung, den er uns macht. Geithner kennt kaum einen einzigen der unterzeichneten Klubs, kann infolgedessen ein sachliches Urteil in solcher Allgemeinheit nicht abgeben, ohne Beweis für jeden Klub beizubringen. Für jeden Einsichtigen ist es klar, daß es dem Genossen Geithner in seinem Artikel nicht um eine sachliche Einschätzung der Diskutierklubs zu tun war. Sonst könnte er nicht schreiben (3. Absatz seines Artikels, 1. Satz ff.): „Der betreffende Artikel (Kosiol) zeigt, daß die Gefahren (Cliquenbildung und eingebildete Vielwisserei) wirklich vorhanden sind." Den Kosiolschen Artikel als Beweis für die Cliquenbildung der Diskutierklubs auszugeben, ist schon nicht mehr „Gedankenlosigkeit", das ist entweder Gedankenverwirrung oder aber Borniertheit.

Wir raten dem Genossen Geithner, wenn er gegen Kosiolsche Ansichten polemisiert, uns aus dem Spiele zu lassen.

Der Bund der sozialdemokratischen Lese- und Diskutierklubs.
„Wilhelm Liebknecht", „Moabit", „Süd-Ost", „Demosthenes", „Emil Rosenow", „Mehr Licht", „Wedding", „Eintracht", „Vorwärts", „Johann Jakoby", „Freie Zusammenkunft", „Karl Marx", „Heinrich Heine", „Motteler".

J. A.: Adolf Buhl.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Nach dem Verbot des Streiks — Verbot einer Kritik.

Aus Zwickau wird uns geschrieben:

In Nr. 130 des „Vorwärts" wurde berichtet, daß die Polizeibehörde von Zwickau den dortigen Maurerstreik einfach für beendet erklärte, das Streikkomitee auflöste und dem Wirt des dortigen Parteilokals „Belvedere" verbot, den Streikenden in seinem Lokale Unterschlupf zu gewähren.

Als Antwort auf diesen schweren Angriff gegen das Koalitionsrecht durch die Polizei hatte das Zwickauer Gewerkschaftskartell für Sonnabend eine große öffentliche Protestversammlung nach dem „Belvedere" einberufen. Diese Versammlung wurde von der Polizei verboten; da das Verbot erst in letzter Stunde erging, war es nicht mehr möglich, eine dahingehende Bekanntmachung an die Versammlungsbesucher zu erlassen.

Gegen 9 Uhr abends strömte eine für Zwickauer Verhältnisse riesige Anzahl nach dem Versammlungslokal.

Die Polizei von Zwickau hatte alle nur verfügbaren Kräfte in Uniform und Zivil aufgeboten. Dem anwesenden Polizeibeamten wurde in bestimmter Weise erklärt: „Wollen Sie den Saal öffnen lassen oder nicht? Wir lehnen jede Verantwortung ab, für das was eventuell entstehen kann!" Darauf wurde der Saal geöffnet: 1200 Versammlungsbesucher nahmen im Saale Platz.

Das von der Polizei erlassene Versammlungsverbot zeugt von der geradezu bodenlosen Ungeniertheit, welche auf der Zwickauer Polizeiwachtstube herrscht. Es heißt in dem behördlichen Schreibebrief u. a.:

„Der Zwickauer Maurerstreik ist nach den stattgehabten behördlichen Ermittelungen als beendet zu erachten gewesen und deshalb die Streikleitung aufgelöst worden, um der willkürlichen Agitation einer geringen Anzahl Maurer, welche notorisch die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, um die Agitation fortsetzen zu können, ein Ziel zu setzen.

Gegen diese Entscheidung der Behörde stand dem bisherigen Streikleiter der Weg des Rekurses zu und er ist von dieser Seite beschritten worden. Die oberbehördliche Entscheidung steht noch aus.

Diesen gesetzlich vorgeschriebenen und gewährleisteten Rechtsweg hat auch die Allgemeinheit zu beschreiten. **Nicht aber kann es zugelassen werden, daß in Versammlungen die Maßnahmen der Behörde kritisiert, verächtlich gemacht werden und zum Widerstand gegen dieselben aufgefordert werde,** wie dies in der am 7. d. M. im „Belvedere" stattgefundenen Versammlung geschah."

Die Polizei irrt sehr, wenn sie annimmt, eine Kritik ihrer Maßnahmen könnte diese verächtlich machen. Die Maßnahmen wirken ohne Kritik. Die schärfste Kritik der Maßnahmen selbst liegt in dem Verbot der Kritik, da ja danach die polizeilichen Anordnungen nach polizeilicher Ansicht unter Kritik sein sollen.

Dieser „aufgelöste" Maurerstreik, das Verbot der Protestversammlung und der Kritik haben eine geradezu immense agitatorische Wirkung ausgeübt. Die Ernte davon werden die organisierten Arbeiter in Zwickau einheimsen.

Wir wollen noch besonders bemerken, daß der Maurerstreik in Zwickau fortdauert und geradezu glänzend steht. Streikbrecher sind so gut wie nicht vorhanden.

Der übergroße Teil der Streikenden ist abgereist. Die Polizeiukase haben die Reihen der Streikenden um so fester zusammengeschlossen.

Landarbeiterkongreß in Böhmen.

An den beiden Pfingstfeiertagen fand in Prag der zweite Kongreß der landwirtschaftlichen Arbeiter Böhmens statt. Die Bewegung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist noch sehr jung. Der erste Kongreß war im vorigen Jahre in Pilsen. In diesem einen Jahre hat die Bewegung ganz kolossale Fortschritte gemacht. Damals gab es 30 Organisationsorte mit 338 Mitgliedern, heute sind es bereits 98 Organisationsorte mit nahezu 3000 Mitgliedern. Auf dem Kongreß sind 84 Delegierte anwesend, die 59 Orte vertreten.

Die Berichte der Delegierten gaben ein Bild von der Not, in der die Landarbeiter leben. Die Arbeitszeit beträgt vierzehn bis achtzehn Stunden, selten bloß zehn bis zwölf Stunden. Der Lohn übersteigt nahezu nie eine Krone täglich, meist ist er noch niedriger. Nur in der Hochsaison erreicht er zwei Kronen. Ganz besonders beklagt sich der Delegierte aus Schüttenhofen, wo die Güter der Grafen Taaffe und Chotek, der Barone Heneberg und Pelikan, des Fürsten Lambert und des Abgeordneten Schreiner sind. Hier werden Löhne von 16 Kreuzern bis höchstens 35 Kreuzer gezahlt. Arg ist auch die Ausbeutung auf den Gütern des Fürsten Schwarzenberg und auf den kirchlichen Gütern. Etwas besser sind die Verhältnisse bloß in der nächsten Umgebung von Prag, in Laun, Rakonitz und Schlan. Die Delegierten führten ganz besonders Klagen über die brutale Behandlung durch die Schaffer. So erzählte der Delegierte aus Kruschowitz einen Fall, wo der Schaffer des Fürsten Fürstenberg einen Arbeiter an die Gurgel faßte und würgte. Die Wohnungen der Dienstboten sind skandalös. So erzählte der Delegierte aus Cunetitz, daß dort ein Arbeiter die längste Zeit im Schweinestall wohnte und ein anderer in einer Hütte, deren Decke zur Hälfte eingestürzt war. Der Organisation werden überall die größten Hindernisse bereitet. So wurde beim Fürsten Schwarzenberg einmal Sonnabend abends nicht ausgezahlt, weil am Sonntag in dem Dorfe eine Versammlung stattfand. Die Landarbeiter sollten auf diese Weise verhindert werden, in das Gasthaus zu gehen.

Es wurde beschlossen, die Gründung eines eigenen Landarbeiterblattes anzustreben, vorläufig aber dafür zu wirken, daß das Kreuzerblatt der Partei „Zak" eine Beilage für die Landarbeiter herausgebe.

Ein Resolution verlangt Einführung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung für die Landarbeiter sowie die Abschaffung der Dienstbotenordnungen.

Ferner wurde beschlossen, überall Distriktsagitationskomitees zu schaffen, denen die Leitung der Agitation obliegen soll. Der Organisationsbeitrag soll von 60 auf 80 Heller monatlich erhöht werden, wovon 10 Heller dem Dispositionsfonds zufallen. Schließlich wurde noch beschlossen, sich mit der Parteivertretung der slovakischen Sozialdemokratie in Preßburg ins Einvernehmen zu

setzen, damit die slovakischen Landarbeiter nicht als Lohndrücker nach Böhmen kommen.

Die Landarbeiterorganisation macht demnach recht erfreuliche Fortschritte in Böhmen. In Oesterreich wie in Deutschland schreitet die Aufklärung auf dem Lande rüstig vorwärts. Der Pfingstkongreß der böhmischen Landarbeiter möge eine gute Vorbedeutung für den von uns ausführlich berichteten Plan einer Organisation der Landarbeiter in Deutschland unter Zusammengehen der gewerkschaftlichen und politischen Richtung sein.

Gewerkschaftliches.

Sächsische Textilbarone an der Arbeit.

Wir sind in der Lage, über eine Vorstandssitzung der sächsischen Textilindustriellen berichten zu können, die am 25. Mai in Chemnitz stattgefunden hat. Anwesend waren die Herren Kommerzienrat Stark-Chemnitz, Direktor Hertle-Leipzig, Moritz Burmann von der Firma Solbrig Söhne-Chemnitz, Kommerzienrat Wenzel-Leipzig und Lucas Schmidt-Crimmitschau. Herr Kommerzienrat Stark berührte die Veröffentlichungen des Berichts der diesjährigen Hauptversammlung und intimer Aeußerungen des Herrn Geheimrat Vogel am 26. Februar im „Textilarbeiter" und in der „Volksstimme". Es wird beschlossen, in Zukunft einen Saal für die Versammlungen zu wählen, der fremden Hörern keine Gelegenheit zum Stenographieren bietet. Herr Kommerzienrat Stark hat in Sachen der Streikunterstützungsfrage eine Zusammenkunft mit den Herren Bueck, Regierungsrat Leidig, Dr. Tänzler, Dr. Lehmann, Dr. Stresemann am Sonntag, den 20. Mai, in Berlin gehabt. Es ist dabei in Aussicht genommen worden, daß die Verbände, welche zu Aachen gehören, einzeln in den Streikabwehrverband der Hauptstelle eintreten sollen, um einen Anfang zu machen. Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien und der Fabrikantenverein in Forst haben sich noch ausgeschlossen, da ihnen die Beiträge zu hoch sind. Die Juteindustriellen bleiben als wirtschaftlicher Verband unter sich, werden aber in Zukunft sich den Ortsgruppen des Verbandes von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie anschließen und nur an den Verwaltungskosten dieser Ortsgruppen partizipieren. Herr Kommerzienrat Stark legt die Satzungen des Verbandes Sächsischer Industrieller für Streikversicherung vor, der darin erklärt, daß er die Streikversicherung der Textilindustriellen in Sachsen dem Verband von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie überläßt. Herr Kommerzienrat Stark verliest ein Telegramm des Herrn Dr. Stresemann, der im Zentralverband deutscher Industrieller in Berlin den Antrag stellen wird, die Vereinigung des Vereins der Arbeitgeberverbände mit der Hauptstelle in der Streikunterstützungsfrage zu beschließen. Herr Kommerzienrat Stark berichtete über die Korrespondenz mit der Kammgarnspinnerei Weise jr. u. Co., Langensalza. Die Firma soll geschützt werden, wenn die Arbeiter trotz der unter Zustimmung des Verbandes gemachten Zugeständnisse in den Streik treten, vorausgesetzt, daß der einzusetzende Streikausschuß die Nichtberechtigung des Streikes ausspricht. Herr Lucas Schmidt berichtete über die Stimmung unter den Werdauer Textilindustriellen bezüglich einer Reduktion der Arbeitszeit, wie sie Crimmitschau seit 19. April d. J. eingeführt hat. Der Vorstand nimmt Kenntnis von der Verkürzung der Arbeitszeit in Crimmitschau auf 10½ Stunden unter Ausgleichung der Löhne. Von der Baumwollweberei Mittweida ist die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages gemeldet. Der Vorstand begrüßt den Mittweida gegebenen Rat, von der Freigabe des Sonnabendnachmittags abzusehen, mit Freuden, da diese nur zur Herabdrückung der Arbeitszeit unter 60 Stunden, beziehungsweise bei Einführung des Zehnstundentages auf 55 Stunden führen müsse. Den Mittweidaer Webereien soll die Beobachtung dieses Punktes nochmals vorstandsseitig empfohlen werden. Herr Kommerzienrat Stark berichtete über den gegenwärtigen Stand der Streikklausel. Herr Kommerzienrat Wenzel wird, sobald der Wortlaut der Bedingungen seines Verbandes feststeht, diesen einsenden. Herr Kommerzienrat Stark wird den Text gleichzeitig mit dem im Zentralverband deutscher Industrieller beschlossenen unter den Vorstandsmitgliedern zirkulieren lassen. Trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung waren von dem Gesamtvorstand nur 4 Herren Mitglieder desselben erschienen, was von diesen mit Bedauern bemerkt wurde.

Die sächsischen Arbeiter wissen also, was sie von den Herren Scharfmachern des sächsischen Textilindustriellenverbandes zu erwarten haben. Ein koalliertes Unternehmertum steht ihnen gegenüber, das seine wirtschaftliche Macht und auch die der Vereinigung rücksichtslos den Forderungen der Textilarbeiterschaft, und mögen sie noch so bescheiden und berechtigt sein, entgegenstellt. Besonders ist es die von der Arbeiterschaft verlangte Verkürzung der Arbeitszeit, die diese Herren so lange als nur irgend möglich hintanhalten wollen. Und wie die Textilprotzen in Sachsen, so sind auch die im Reiche drauf und dran, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeiterschaft so lange als nur irgend möglich ins Joch zu spannen, sich keine Minute Arbeitszeitverkürzung abtrotzen zu lassen. Da muß auch dem blödesten Arbeiter klar werden, daß durch eine starke, schlagfertige Organisation die gerade in der Textilindustrie herrschende lange Arbeitszeit und andere Uebelstände beseitigt werden müssen. Darum: Hinein in den Textilarbeiterverband!

Berlin und Umgegend.

Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes sendet uns folgende Zuschrift zur Veröffentlichung:

An unsere Mitglieder in Berlin!

Erklärung.

In einer am Mittwoch, den 30. Mai 1906, abgehaltenen Versammlung eines Teils der Rohrleger und Helfer von Berlin, in der am Schlusse die offenbar langerhand vorbereitete Gründung eines neuen deutschen Metallarbeiterverbandes formell genehmigt wurde, wurde unter anderem auch, vom Referenten wie verschiedenen Diskussionsrednern, dem unterzeichneten Vorstand der Vorwurf gemacht, daß er die Situation mitverschuldet habe. Da aus den Berichten der Presse nicht hervorgeht, inwieweit dies geschehen sei, andererseits aber dem Unterzeichneten nur eine Beschwerde der Rohrleger vorlag, stellen wir hiermit fest, daß diese Beschwerde von uns aus rein statutarischen Gründen abgewiesen werden mußte. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die Agitationskommission der Rohrleger und Helfer Berlins, die sich neuerdings als „ausgeschaltete" Agitationskommission bezeichnet, hatte an die Ortsverwaltung Berlin einen Antrag eingereicht, gegen die Mitglieder Cohen, Horn und Wücke das Ausschlußverfahren auf Grund des § 27 des Verbandsstatuts einzuleiten. Begründet wurde der Antrag damit, daß Cohen wiederholt in Zusammenkünften der Mitglieder die Unwahrheit gesagt und damit die Verbandsinteressen geschädigt haben sollte. Horn und Wücke sollten durch ihr Betragen in einer Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin gegen die Verbandsinteressen verstoßen haben. Die Einleitung des Ausschlußverfahrens wurde von der Ortsverwaltung Berlin wegen mangelhafter Begründung abgelehnt, weil das Statut ausdrücklich vorschreibt, daß einem angeschuldigten Mitgliede durch vorherige Mitteilung der Ausschlußgründe Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben ist und daß der Beschuldigte unter Mitteilung der Ausschlußgründe in gedrängter Zusammenfassung vermittelst Einschreibebrief mindestens acht Tage vor Stattfinden des Termins vor eine Untersuchungskommission zu laden ist. Die deswegen an den Vorstand gerichtete Beschwerde der „ausgeschalteten" Agitationskommission gegen die Ortsverwaltung konnte von uns aber nicht berücksichtigt, sondern mußte abgewiesen werden. In unserem Antwortschreiben vom 13. Dezember wurde besonders auf die statutarischen Bestimmungen hingewiesen, diese zitiert, und auch darauf aufmerksam gemacht, daß selbst vor den ordentlichen Gerichten der Angeklagte, ehe er zum Termin erscheint, in der Anklageschrift die zu seiner etwaigen Verurteilung führenden Gründe kennen lernt. Es wurde weiterhin am Schlusse des Schreibens nochmals wiederholt, daß ein Antrag auf Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen ein Mitglied nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn er genügend begründet ist. Die Form unserer Antwort vom 13. Dezember ließ ohne jeden Zweifel erkennen, daß der Vorstand der Einleitung eines Ausschlußverfahrens nichts in den Weg legen würde, wenn der Antrag statutengemäß ausreichend begründet ist. In einer anderen Sache wurden von derselben Kommission, wie sie in ihrem Schreiben ausdrücklich erklärte, dem Unterzeichneten keine Beschwerde, sondern bestimmte Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Diese Fragen wurden von einer vom Vorstand eingesetzten Kommission geprüft und sachgemäß beantwortet. Da aber diese Kommission feststellte, daß bei der ganzen Sache das Verhalten der „ausgeschalteten" Agitationskommission der Rohrleger nicht korrekt war, wurde das vom Vorstand gerügt. Die „ausgeschaltete" Agitationskommission der Rohrleger hat zwar die Rüge und die Abweisung ihrer Beschwerde durch Beschwerde beim Ausschuß angegriffen, aber nicht einmal deren Entscheidung abgewartet. Dies der Sachverhalt.

Wir halten uns zur Klarstellung unseren Mitgliedern in Berlin gegenüber verpflichtet und bemerken dazu, daß wir auch heute, ebensowenig wie damals, irgend welche Veranlassung noch die Absicht haben, der Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen irgend ein Mitglied, es sei wer es sei, auf einen ausreichend begründeten Antrag hin entgegenzutreten.

Stuttgart, im Juni 1906.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Erfolgreiche Werkstattstreiks sind gegenwärtig von den Holzarbeitern in der Möbelfabrik von Brandt, der Bautischlerei von Leibe und der Korbmöbelfabrik von Franke beendet worden. Bei den beiden erstgenannten Betrieben, die nicht Vertragsfirmen sind, wurde eine Erhöhung des Lohntarifs durchgesetzt, und in der Korbmöbelfabrik erfolgte eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um fünf Stunden, außerdem wurde eine siebenprozentige Lohnerhöhung errungen.

Die Arbeit niedergelegt haben am Sonnabend auf dem Neubau der Firma Jandorf am Wittenbergplatz 60 Hülfsarbeiter der Firma Thyssen u. Co., von welcher die Eisenkonstruktion an jenem Bau ausgeführt wird. Die Ursache der Differenz liegt in der plötzlichen Entlassung einiger Arbeitskollegen, darunter eines Vertrauensmannes vom Transportarbeiterverbande. Eine Verständigung konnte mit der Firma bisher noch nicht erzielt werden.

Der Streik in der Englischen Gasmesserfabrik zu Mariendorf, der eine Folge der in diesem Werke vorgenommenen Maiaussperrung war, ist beendet. Ein Erfolg konnte nicht mehr erzielt werden, da sowohl durch den katholischen Arbeitsnachweis in der Kaiserstraße, als auch sonst Arbeitswillige in genügender Zahl gestellt wurden. Der Direktion war es dadurch möglich geworden, die ursprünglich geplante Aussiebung von 73 Arbeitern noch zu erweitern, so daß die Zahl der endgültig wegen Teilnahme an der Maifeier Entlassenen jetzt 140 beträgt. An der Aussiebung beteiligte sich als Ratgeber der Direktion besonders der Arbeiter Paul Schenck aus Rixdorf, der bisher dem Metallarbeiterverband wie auch dem Rixdorfer Wahlverein angehörte. Für diese „treuen" Dienste ist er von der Direktion denn auch prompt in eine Aufsichtsstellung befördert worden. Uebrigens gewährt die Direktion allen ihren Arbeitern, die am 1. Mai nicht mitgefeiert haben, zur Belohnung für ihre „Treue" jetzt besondere Extravergünstigungen. So erhält jeder dieser Braven eine außerordentliche Gratifikation von 25 M. und 14 Tage Sommerurlaub, während früher nur denjenigen Arbeitern ein achttägiger Urlaub gewährt wurde, die über 5 Jahre im Betriebe beschäftigt waren. Nun, die Direktion des Werks mag diesmal dank der Indifferenz so vieler Arbeiter noch über die Maifeiernden triumphieren. Vielleicht wird sie schon im nächsten Jahre zur Freigabe des 1. Mai gezwungen.

Die Asphalteure hatten kürzlich den Unternehmern Tarifforderungen eingesandt und um Rückäußerung ersucht. Die den Unternehmern gestellte Frist ist nun abgelaufen, sie haben jedoch, bis auf eine Firma, gar keine Antwort auf die Forderungen erteilt. Eine am Sonntag abgehaltene Versammlung der Asphalteure und Pappdachdecker beschloß mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage, einstweilen keine weiteren Schritte in der Lohnbewegung zu tun, sondern dieselbe bis zum Eintritt der Hochkonjunktur im August aufzuschieben. Die Leitung der Organisation soll den Versuch machen, mit den Unternehmern persönlich zu verhandeln.

Achtung, Arbeiter! Die organisierten Arbeiter der Aktienbrauerei vormals Gebr. Schönbeck, Neuruppin, legten die Arbeit nieder, weil von Ihnen verlangt wurde, aus dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter auszutreten. Eine am Sonnabend, den 9. Juni cr., in Neuruppin stattgefundene öffentliche Versammlung erklärte sich mit den Brauereiarbeitern solidarisch und verhängte den Boykott über das Bier der vorm. Schönbeckschen Brauerei. Genannte Brauerei hat in Berlin NW., Stephanstr. 15, eine Niederlage unter der Firma Aktiengesellschaft zum Betriebe von Brauereien.

Zum Konflikt in der Lederfabrik Emanuel Meyer. Am 5. Juni fand vor dem Einigungsamt eine Verhandlung statt, in der festgestellt wurde, daß Herr Meyer durch eine vorgenommene Maßregelung kontraktbrüchig geworden ist. Die Arbeiter waren deshalb von der Beachtung des Kontrakts entbunden. Weiter wurde erwiesen, daß die Arbeiter außerordentlich langmütig gewesen sind. Herr Meyer hatte u. a. die Leiter der Organisation als „dumme Jungen" bezeichnet. Die Lederarbeiter haben auf Grund des ihnen zuerkannten Rechts die Arbeit wieder aufgenommen. Da die eigentliche Differenz erst in dem vom Einigungsamt für den 18. Juni angesetzten Termin seine Erledigung findet, ist vorläufig Zuzug von Lederarbeitern nach Berlin noch fern zu halten.

Zum Kampf im Barbiergewerbe. Der Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perückenmachergehülfen macht darauf aufmerksam, daß seitens der Gehülfenschaft fliegende Barbierstuben nicht eingerichtet sind. Wo sich solche zeigen, handelt es sich um Privatunternehmen, die die augenblickliche Bewegung zur Erzielung von Sondervorteilen ausnutzen wollen. Eine fliegende Barbierstube, mit der die kämpfenden Gehülfen nichts zu tun haben, ist z. B. in Rixdorf, Albertstraße, Ecke Weisestraße, im Restaurant „Aller-Burg" errichtet worden. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß nur diejenigen Geschäfte als „frei" zu betrachten sind, in denen die roten Plakate mit weißem Querstrich aushängen und die Gehülfen die weißen Karten mit der Unterschrift „Baumgart" vorzeigen können.

Deutsches Reich.

Zuspitzung des Konfliktes im Saarrevier. Von verschiedenen Seiten war gemeldet worden, infolge der Vermittelung des Abg. Bolz sei der Ausstand beendet. Das ist nicht richtig. Wohl waren die Arbeiter geneigt, auf Grund der gepflogenen Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen, aber nicht sich jeder Bedingung zu unterwerfen. Die Direktion glaubte aber wohl gewonnenes Spiel zu haben. Sie forderte von den Arbeitern, daß diese neue Annahmescheine unterschreiben und sich von den Aerzten neu untersuchen lassen sollten. Man hoffte wohl, auf diese Weise etwas „sieben" zu können. 500 Arbeiter kommen hierbei in Frage. Nur ein kleiner Teil fügte sich den Bedingungen, die meisten gingen nach Hause.

Der Dachdeckerstreik in Dortmund wurde am Sonnabend beendigt. Die Gehülfen erzielten einen vollen Erfolg; u. a. erhalten sie für dies Jahr eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. und nächstes Jahr eine abermalige Erhöhung um 3 Pf. Auch sonst enthält der Tarif noch eine ganze Anzahl günstiger Bestimmungen. In der Hauptsache verdanken die Gehülfen den Erfolg ihrer straffen Organisation. In Dortmund sind 99 Proz. der Gehülfen organisiert. Eine christliche Streikbrecherorganisation, die den Meistern hätte zu Hülfe kommen können, ist am Orte nicht vorhanden.

In Pritzwalk (Ostprignitz) befinden sich die Tischler im Streik. Von den Meistern wurde zwar die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 resp. 10½ Stunden auf 10 Stunden bewilligt, die geforderte Lohnerhöhung von 5 Proz. sowie der Akkordaufschlag von 8 Proz. jedoch abgelehnt. Darauf legten die Tischler die Arbeit nieder.

Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei. Die in der Water-Spinnerei genannter Fabrik beschäftigten Arbeiterinnen hatten sich nach erfolgloser Rücksprache mit dem Obermeister am Mittwochnachmittag zu einer Besprechung zusammengefunden. Das fortwährende Sinken des Arbeitslohnes, die übermäßig lange Arbeitszeit, sowie sonstige Mißstände im Betriebe hatten die Arbeiterinnen derart erbittert, daß eine Katastrophe zu befürchten war. Auf Anraten der Vertreter des Verbandes deutscher Textilarbeiter nahmen die Arbeiterinnen die Arbeit heute morgen, nachdem ihre Wünsche der Direktion schriftlich übermittelt waren, wieder auf. Nach bekannter Manier maßregelte die Direktion die „Haupträdelsführerin". Darauf stellte die Organisation im Auftrage der Spinner und Spinnerinnen folgende Forderungen an die Direktion: 1. Wiedereinstellen der gemaßregelten Arbeiterin. 2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. 3. 15 Proz. Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen. 4. Hinzuziehung des Spinners beim Abwiegen des abgelieferten Arbeitsquantums. 5. Feststellen der Tara der Körbe und Kisten bei jedesmaligem Abliefern des Garnes. 6. Bezahlen des sogenannten Abfalles mit 50 Proz. des eigentlichen Lohnbetrages. 7. Stellen eines Aufsteckers für jeden Selfaktor. 8. Bezahlen der Weblöhne nach Metern. Die Direktion hat sich nicht gemüßigt gesehen, auch nur zu antworten. Die lang aufgespeicherte Erbitterung kam in der am Freitag, den 8. Juni abgehaltenen Versammlung zum Durchbruch. Einmütig beschlossen die versammelten Spinner und Spinnerinnen, am Sonnabend noch einen Versuch zwecks gütlicher Beilegung der schwebenden Differenzen zu machen und wenn der Erfolg ausbleibe, die Kündigung einzureichen. Seitens der Verbandsleitung auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht, kam einmütig die Antwort: lieber wochenlang entbehren, als unter diesen jammervollen Arbeitsbedingungen weiterarbeiten. Die gewählte Kommission wurde vorstellig, die Direktion zeigte nicht das geringste Entgegenkommen. Sämtliche Spinner und Spinnerinnen reichten darauf die Kündigung ein. Da die Fabrikleitung versuchen wird, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, werden die arbeiterfreundlichen Blätter gebeten, auf die Differenzen hinzuweisen.

Ausland.

Die amerikanischen Buchdrucker stehen seit September 1905 im Kampfe um den Achtstundentag und schreiten seit dem 1. Januar 1906 siegreich vor. Es handelt sich nur um die Akzidenzdruckereien, denn bei den Zeitungen ist längst die Forderung bewilligt. Bei einer Gesamtzahl von 50 000 Mitgliedern des Verbandes stehen noch 4500 Mann auf der Streikliste, die ausreichend unterstützt werden. Mit einer überwältigenden Majorität, die einer Einstimmigkeit nahe kam, beschlossen die Verbandsmitglieder, den zehnten Teil ihres wöchentlichen Arbeitslohnes in die Streikkasse zu zahlen, so daß es an Munition für den Kampf nicht fehlt. Ueber 700 000 Dollar wurden bereits seitens der Setzer verausgabt, um die alte Forderung diesmal auf der ganzen Linie durchzusetzen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein neuer Aufstand.

Berlin, 11. Juni. Nach einem Telegramm des kaiserlichen Gouvernements von Deutsch-Ostafrika meldete die Station Moschi am Kilimandscharo, **daß in der Landschaft Iraku Unruhen ausgebrochen sind.** Ein treuer Häuptling wurde verjagt und **der Meru-Ansiedler Uffert von 500 bis 1000 Aufständischen aufgehalten und bedroht.** Der Stationschef Abel rückte am 5. Juni von Moschi ab mit 2 Europäern, 40 Askari, 1 Maschinengewehr und 100 Massai. Es wurden konzentrisch gegen Iraku vorgeschoben Abteilungen von Mpwapwa aus über Irangi, von Kilimatinde über Mlalama, sowie die in Tabora stationierte fünfte Kompagnie.

Ein wenig mehr Preßfreiheit.

Hamburg, 11. Juni. (W. T. B.) Bei den heutigen Verhandlungen des Delegiertentages des Verbandes deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine wurden folgende von Rechtsanwalt Armer-Breslau aufgestellten Leitsätze angenommen: Es soll dahin gewirkt werden 1. daß die **Zuständigkeit der Schwurgerichte ausgedehnt wird auf Vergehen, die durch den Inhalt einer im Inlande erscheinenden periodischen Druckschrift begangen werden;** 2. daß § 7 der Strafprozeßordnung dahin abgeändert wird, daß auch bei Verfolgung im Wege der Privatklage **der Erscheinungsort der Druckschrift als alleiniger Gerichtsstand anzusehen** ist und der fliegende Gerichtsstand der Verbreitung beseitigt wird; 3. daß das Privatklageverfahren ausgedehnt wird auf die Verfolgung wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung. Mit letzterem Leitsatze wurde ein Antrag des Korreferenten Giesen-Frankfurt a. M. angenommen, in dem namentlich gefordert wird, **daß die Aufnahme von Berichtigungen, deren Unwahrheit nachzuweisen ist, zurückgewiesen werden kann** und in dem die Forderung der Einführung einer Verjährungsfrist für den Berichtigungszwang erhoben wird.

Vergiftung durch Fleisch.

Hannover, 11. Juni. (B. H.) Nach Genuß von rohem Fleisch erkrankte die Familie des bei den Egesdorfer Salzwerken beschäftigten Kutschers Kraimaier. **Eine Tochter ist bereits gestorben. Kraimaier und die anderen Kinder liegen schwerkrank danieder.**

Schade um den Baum.

Innsbruck, 11. Juni. (W. T. B.) Wagen Nr. 146 der Herkomer-Konkurrenz fuhr in der Nähe von Sillian im Pustertal einen Baum an. **Die Insassen flogen aus dem Wagen. Der Lenker wurde am Kopfe verletzt.**

Revolutionäre Offiziere.

Petersburg, 11. Juni. (B. H.) In den letzten Tagen wurden wegen Teilnahme an einem geheimen militärischen Verbande **acht Offiziere der hiesigen Garnison verhaftet.**

Franz Josef ist entrüstet.

Budapest, 11. Juni. (Meldung des Ungarischen Korrespondenzbureaus.) Kaiser Franz Josef hat heute in Wien den ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle in Audienz empfangen und seiner Entrüstung über die **gestrige Demonstration vor dem ungarischen Ministerpalais** Ausdruck gegeben. Der Kaiser sagte: **so etwas darf nicht vorkommen.**

Massenstreik in Ungarn.

Budapest, 11. Juni. (B. H.) Die sozialdemokratischen Arbeiter Ungarns beschlossen, falls die Regierung **den Verband der landwirtschaftlichen Arbeiter Ungarns auflösen** und ihre Vereins- und Versammlungsrechte weiterhin einschränken sollte, **mit einem politischen Massenstreik zu antworten.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die Revolution in Rußland.

Aus der Duma.

Petersburg, 11. Juni. Zu Anfang der Sitzung ereignete sich ein kleiner Zwischenfall. Der Deputierte Vozovik nahm das Wort zur Tagesordnung und beantragte, daß die Duma ihre Sitzungen nicht schließen solle, bevor sie nicht ein Agrargesetz, ein Gesetz über die bürgerliche Gleichberechtigung, die Freiheit des Wortes und die Abschaffung der Todesstrafe angenommen habe. Der Präsident erklärt, dieser Antrag könne auf dem von der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Wege eingebracht werden, aber nicht zur gegenwärtigen Tagesordnung. Der Redner verläßt hierauf, ohne seine Rede zu beenden, die Tribüne, und das Haus geht, ohne eine Entscheidung zu treffen, zur Fortsetzung der Wahlprüfungen über.

In einer Debatte über das Reglement der Duma erhebt Graf Heyden Einspruch gegen die Ausführungen des konstitutionellen Demokraten Professor Schtschepkin, der darzutun versucht habe, daß die Parlamentsmehrheit stets das Recht habe, die Minderheit zu unterdrücken. Graf Heyden sagt, die Mehrheit sei veränderlich; er verspreche, wenn seine Partei stärker sei, humaner gegen Schtschepkin sein zu wollen. Er erinnere an die römische Geschichte. Es sei immer jemand aufgetreten, der den Triumphator getadelt habe, damit er sich nicht zu sehr brüsten konnte. Verschiedene konstitutionelle Demokraten erklären namens ihrer Partei, sie würden niemals die Minderheit zu unterdrücken versuchen, sondern deren Rechte achten. —

Die „Freiheiten“ der Duma.

1. Da seit dem Beginn der Agrardebatten in der Reichsduma zwischen den Reichsdumaabgeordneten und ihren Wählern ein gesteigerter Depeschenverkehr in ziemlich freier Sprache stattfindet, so erließ der russische Minister des Innern an alle Chefs der Telegraphenämter ein Geheimzirkular, „revolutionäre“ Depeschen an Reichsdumamitglieder nicht anzunehmen und umgekehrt solche an die Bauern zurückzuhalten!! —

2. Auf Anordnung des Ministers Stolypin werden die 14 Reichsdumamitglieder der Arbeiterpartei, die kürzlich den bekannten Aufruf erlassen haben, scharf überwacht. —

Die Agrarfrage und die Sozialdemokratie.

Die Agrarfrage in Rußland ist vorwiegend die Frage des Bodenmangels der Bauern. Ihr Ursprung datiert noch vom Jahre 1861, dem Jahre der „großen Reform“, die den Bauer zwar persönlich befreite, aber seinen Bodenbesitz um mehr als ein Fünftel reduzierte. Seit der Zeit aber hat sich die bäuerliche Bevölkerung mehr als verdoppelt, und so kommt es, daß der größte Teil der Bauern nicht einmal genug Boden zur bloßen Ernährung hat und es als Glück preisen muß, wenn ein benachbarter Gutsbesitzer zu einem horrenden Pachtzins ein Stückchen Boden zur Verfügung stellt. Drückende Steuerabgaben, hoher Pachtzins, äußerst niedriges Niveau landwirtschaftlicher Technik, Viehmangel, hohe Parzellierung usw. lassen das Hauptübel — den Bodenmangel — noch schärfer hervortreten, und so wird er die Quelle des Hungers und der Verelendung von $^3/_4$ der Bevölkerung.

Demgemäß nimmt die Agrarfrage in den Programmen aller politischen Parteien — von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken — einen hervorragenden Platz ein. Auch die Sozialdemokratie beschäftigt sich längst eingehend mit dieser Frage, und auf dem kürzlich abgehaltenen sogenannten „Vereinigungsparteitag“ war die Agrarfrage der Gegenstand lebhafter Diskussionen. Das aus ihnen hervorgegangene Agrarprogramm zerfällt seinem Inhalte nach in drei Teile: Der erste Teil betrachtet die soziale und die politische Lage des russischen Bauern und verlangt die Abschaffung aller jener halbfeudalen Zustände, die den Bauer dem Gutsbesitzer gegenüber zum halben Hörigen machen und es verschulden, daß der Bauer unter den rechtlosen russischen Untertanen der rechtloseste und am brutalsten niedergedrückte ist. Der zweite und dritte Teil, die das eigentliche Agrarproblem behandeln, stellen sozusagen Maximal- und Minimalforderungen auf. Als Maximalforderung gilt die Uebergabe aller Kron-, Fiskus-, Kirchen- und Klösterländereien in die Hände der auf demokratischer Basis gewählten Selbstverwaltungsorgane. Die Durchführung dieser Forderung ist an die Bedingung einer durchgreifenden Demokratisierung des Staates geknüpft, mit anderen Worten: an den Sieg der Revolution. Die Minimalforderung verlangt Aufteilung zwischen den Bauern, und zwar Aufteilung desjenigen Teiles des Privatbesitzes, der jetzt schon de facto von ihnen bebaut wird.

Dieses hier in kurzen Worten wiedergegebene Programm hat nun nicht ungeteilte Zustimmung in allen Kreisen der Sozialdemokratie Rußlands gefunden. Der Rahmen unseres Blattes gestattet es nicht, alles wiederzugeben, was in dieser wichtigen Frage für und wider vorgebracht wird. Wir beschränken uns darauf, diejenigen Gründe anzudeuten, die am häufigsten gegen die Munizipalisation als solche ins Feld geführt werden. Deren Gegner betonen vor allem: die Munizipalisation des Bodens werde der Bourgeoisie, die in den neugeschaffenen Selbstverwaltungen zweifellos das Uebergewicht haben werde, eine neue mächtige Stütze in ihrem Kampfe gegen das Bauerntum und das Proletariat verleihen, was eine Gefahr für den Demokratismus bedeute. Ferner könne das Verpachten des munizipalisierten Bodens das Vordringen des landwirtschaftlichen Kapitalismus nicht verhindern, und der kleine Parzellenbauer würde gezwungen sein, um mit dem wirtschaftlich stärkeren Kapitalisten konkurrieren zu können, den an die Munizipien zu entrichtenden Pachtzins bis an die äußersten Grenzen seiner eigenen Leistungsfähigkeit hinaufzuschrauben. Auf diese Weise würde er bei der ganzen Bodenreform nichts gewinnen, da es ihm ja schließlich gleichgültig sein könne, wem er den hohen Pachtzins zu bezahlen habe: dem Gutsbesitzer oder den Munizipien.

Wenn man auch von diesen und anderen theoretischen Bedenken absieht, so ist doch noch sehr fraglich, ob das Prinzip der Munizipalisation unter der Bauernschaft festen Fuß fassen wird. Derjenige Teil, der das Privateigentum verficht, wird dafür nicht zu haben sein; diejenigen aber, die den Grundsatz: „Die Erde gehört niemandem“ vertreten, sprechen sich einstimmig für das einfachere, leichter faßliche Prinzip der Nationalisation aus.

Hat die russische Sozialdemokratie auch noch keine ganz unverrückbare Richtschnur für ihr Verhalten gegenüber der Agrarfrage finden können, so darf man doch sagen: Die vorwärtsschreitende ökonomische Entwickelung Rußlands wird ihr dazu verhelfen, die bei einem so schwierigen und komplizierten Problem — wie die Agrarfrage in Rußland — geradezu unvermeidlichen Unklarheiten und Inkonsequenzen zu beseitigen und ihre richtige Lösung herbeizuführen.

Unruhen allenthalben.

Bei den Warschauer Unruhen am Sonnabend wurden 6 Personen getötet und 18 verwundet. Das Kriegsgericht verurteilte 4 politische Gefangene zum Tode.

In Bjalystok wurde der Polizeimeister auf der Straße erschossen, in Siedlec wurden der Bürgermeister und der Vorsteher der Kanzlei des Gouverneurs lebensgefährlich verwundet. In beiden Fällen sind die Täter entl[illegible]

Riga, 10. Juni. (B. H.) Der Baron Pinne wurde in der Nähe von Bunske von Revolutionären ermordet. Die intellektuellen Bevölkerungskreise Kurlands haben die Absicht, eine Depesche an den Zaren zu senden, welcher gebeten werden soll, die Behörden anzuweisen, nunmehr rücksichtslos gegen die Revolutionäre vorzugehen.

„Nekrolog.“

Man schreibt uns: Zu den unbekannten „Größen“ des „Gottesländchens“ gehört unzweifelhaft der am 3. d. M. in Windau auf offener Straße neben dem Polizeipräsidium von einem Unbekannten erschossene Kreischef Braun. Sein tragisches Ende wird jedem Menschenfreunde einen tiefen Seufzer — der Erleichterung entlocken und dürfte den zahlreichen überlebenden scharfmachenden „echt russischen Patrioten“ von baltischem blauen Blute ein lautes warnendes memento mori zurufen.

Treu den Weisungen der Ritterschaft bekämpfte der Verstorbene in seinem umfangreichen Dienstbezirk mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln die freiheitliche Bewegung, in welcher er eine Untergrabung der feudalen Privilegien der Freiherren erblickte. Dank seiner unmenschlichen Strenge wurden von der entfesselten Soldateska in diesem sonst blühenden und ruhigen Kreise im Laufe weniger Wochen auf Befehl der Barone und der sogenannten „Feldgerichte“ mehr als 200 unserer Genossen ermordet und zirka 280 Personen (darunter schwangere Frauen und Kinder!) bis zur Besinnungslosigkeit von den Kosaken geprügelt. Diesem Manne unheilvollen Andenkens haben es die durch Steuern und Kontributionen verarmten Bauern des Dondangenschen Kirchspiels zu verdanken, daß 60 ihrer besten Höfe von den Ulanen ihrer Majestät unter Führung des scheußlichen Barons Siebers durch Artilleriefeuer dem Erdboden gleich gemacht wurden. Man muß gestehen, solche „Heldentaten“ sind nicht vielen unserer Generale im letzten Kriege gelungen. Nicht umsonst rieben sich die blutdürstigen Barone vergnügt die Hände und sangen spaltenlange Hymnen dem schneidigen rücksichtslosen Vorgehen des Herrn Braun in ihrem berüchtigten Leiborgane, der sauberen „Düna-Zeitung“.

Man braucht wirklich kein verblendeter Anarchist zu sein, um die baltische „Kampfesorganisation“ zu diesem voll gelungenen Akt zu beglückwünschen. Jeder Einsichtige wird eben einsehen, daß es sich hier durchaus nicht um einen bloßen Racheakt für begangene Verbrechen gegen das Volk handelt, sondern lediglich um einen notwendigen Schritt der Notwehr und des Selbstschutzes in einer Zeit, wo jeder andere Schutz gegen Beamtenwillkür versagt und Leute von dem Schlage des Gerichteten mit dem Leben der armen Bevölkerung nach Belieben spielen können. Nicht die Freiheitskämpfer sind es, sondern die Regierung ist es, die das Land terrorisiert und jeden Begriff von Recht und Gesetz illusorisch gemacht hat. Als die Staatsregierung die Peiniger der Spiridonowa trotz der Proteste der Gesellschaft nicht nur nicht bestrafte, sondern noch auszeichnete, mußten die Freiheitskämpfer die Funktionen der strafenden Nemesis übernehmen und die Gewalttäter beseitigen. Dieselbe Mission hat im Falle Braun die Kampfesorganisation vollführt zum Segen des schwer geprüften Windauschen Kreises.

Möge dieser Akt den Machthabern Kurlands zur Warnung dienen!

Die Bestialität der Reaktion

wird in neue grelle Beleuchtung gerückt durch einen [illegible], den die Moskauer Rote Kreuz-Gesellschaft an die am 11. Juni zu Genf zusammentretende internationale Konferenz der Vertreter vom Roten Kreuz richtet.

In diesem Appell, der sich speziell auf die Moskauer Vorgänge bezieht, wird eine ganze Reihe von Tatsachen aufgeführt, wie das Rote Kreuzzeichen seitens der russischen Truppen und Administrativpersonen nicht nur nicht respektiert, sondern im Gegenteil stets mit besonderer Erbitterung beschossen wurde. Die Abteilungen vom Roten Kreuz, die sich der Verwundeten auf den Straßen annahmen, waren immer besonders die Zielscheibe für Gewehr- und Artilleriefeuer, und die Mitglieder der Roten Kreuz-Gesellschaft wurden bei ihrem Samariterwerk von der Polizei und Gendarmerie verhaftet. Ueberhaupt wurde jeder Versuch der freiwilligen Roten Kreuz-Organisation, auf dem Felde des revolutionären Kampfes beiden Parteien Hülfe zu leisten, gänzlich paralysiert, während die Vertreter der offiziellen Roten Kreuz-Gesellschaft nur den Militär- und Administrativpersonen halfen. Dadurch kam es, daß nicht nur Leichen, sondern auch schwerverwundete Revolutionäre wie unschuldige Passanten, die verwundet waren, mehrere Tage auf den Straßen liegen blieben. Um solche Mißstände in Zukunft zu vermeiden, wird die internationale Konferenz aufgefordert, die Tätigkeit der freiwilligen Abteilungen vom Roten Kreuz während der inneren Konflikte im Lande zu regulieren.

Alltägliches.

Wir entnehmen der „Nascha Schisn“ einige alltägliche Bilder aus dem russischen Leben während der „Konstitution“.

In Lodz durchzieht die Nikolaistraße ein Trupp Soldaten mit einem Musikorchester. Wie in aller Welt, läuft auch hier ein großer Haufe von Knaben mit und ist in hellem Entzücken von dem kostenlosen Schauspiel. Plötzlich — eine Salve! Es entsteht eine Panik, ein Entsetzen, ein Rennen. Einige fallen sofort. Unter ihnen Kinder. Es erwies sich, daß eine Kosakenpatrouille mit einem Schutzmann an der Spitze in die Menge geschossen hat. Er dachte, daß er eine Demonstration vor sich hätte, und verfügte ohne weiteres, in den Haufen zu schießen.

* * *

In dem Dorfe Passin des Witebsker Gouvernements überfielen Dragoner eine jüdische Synagoge beim Beginn des Gottesdienstes, da sie diese Versammlung für ein revolutionäres Meeting annahmen. Ein Teil der Dragoner umringte die Synagoge, der andere drang in sie hinein und begann ein wüstes Treiben, schlug mit den Säbeln nach allen Seiten um sich usw. Die Frauen sprangen von ihrer oberen Abteilung nach unten. Wie der „Narodni Westnik“ berichtet, gab es eine Menge Schwerverwundeter und Verstümmelter.

* * *

Im Flecken Jagotina versammelten sich in ihrer Bibliothek friedliche Zionisten. Das Gebäude der Bibliothek wurde sofort von einem Revieraufseher und von Kosaken umringt; sie begannen die Versammelten zwecks Aussagungen herauszurufen und stellten einen Kosaken als Posten an die Tür.

Als erste wurde die Tochter des Kaufmanns Manilowitsch gerufen. Sie wurde von einer Nagaika begrüßt. Auf Befehl des Revieraufsehers schlug ein Kosak ihr dreimal mit derselben auf den Kopf. Die anderen beschlossen deshalb, nicht hinauszugehen.

Der Revieraufseher schrie: „Ich werde zu schießen befehlen.“ Die Antwort war: „Entfernen Sie den Kosaken und wir verlassen die Bibliothek.“ Der Revieraufseher wiederholte noch einmal seinen Ausruf und gab dann den Befehl zu schießen. Die Kosaken erfüllten sofort den Befehl. Das Resultat ist nach den Nachrichten des „Kolokol“: 2 Tote, 4 Schwerverwundete und 4 Leichtverwundete.

* * *

In Saratow gingen auf der Nikolaistraße um 10 Uhr abends zwei junge Mädchen. An der Ecke der Sawodskistraße sitzt ein Wächter und ein Schutzmann. Als die Mädchen vorbeigehen wollen, fragt der Schutzmann den Wächter:

„Soll man sie anschießen?“

„Los damit!“

Der Schutzmann erhob sich und gab einen Schuß ab. Die Kugel durchdrang den Aermel der Bluse und verwundete die Hand.

Das Schicksal der Matrosen des „Potemkin“.

Wie wir der „Nascha Schisn“ entnehmen, erhält sie folgende Auskünfte über die Matrosen, die im vorigen Jahre in Odessa auf dem Panzerschiffe „Fürst Potemkin-Tawritscheski“ meuterten: 60 von den Matrosen kehrten zu verschiedenen Zeiten nach Rußland zurück und wurden dem Gericht als Meuterer überliefert; gegen 800 Matrosen sind auf englischen und rumänischen Handelsschiffen in Dienst getreten, ein Teil der Matrosen übersiedelte nach Amerika, einige gingen nach der Schweiz, zwei Matrosen dienen beim englischen Konsul in Galatz und die übrigen, 300 an der Zahl, arbeiten auf dem Lande, in Fabriken und großen Werkstätten. Zurzeit wird von den Matrosen des „Potemkin“ eine genossenschaftliche Kasse gegründet, die alle arbeitslosen Matrosen unterstützen soll.

Verdächtiges Dementi.

Mit verdächtiger Geschäftigkeit werden die Meldungen über die geplante Aufnahme einer neuen russischen Auslandsanleihe dementiert. Mit ebenso verdächtiger Geschäftigkeit wird offiziell abgeleugnet, daß der russische Staatskredit von ausländischen Bankiers abfällig beurteilt werde.

Man weiß, was man von solchen „Dementis“ zu halten hat.

Ein internationaler Arbeiterkongreß.

London, 9. Juni. (Eig. Ber.) Am dritten Kongreßtage präsidierte Sachse, am vierten der Amerikaner White. Im Namen des britischen Verbandes stellte Onions folgenden Antrag: „Der Kongreß ist der Ansicht, daß das Prinzip eines Minimallohnes von allen Ländern angenommen werden soll.“ In England bestehe bereits seit 1893 ein Minimallohn, und seit den letzten Jahren auch in Schottland und Wales. Die Bedeutung des Minimallohnes zeige sich besonders in Zeiten der Depression. Früher konkurierten die Unternehmer in Zeiten des Geschäftsniederganges auf Kosten der Arbeiter, deren Lohn reduziert wurde. Heute sei diese Konkurrenz unmöglich. Durch die Festsetzung und Aufrechterhaltung eines Minimallohnes werde den Bergleuten jährlich eine Lohnsumme von 6 Millionen Pfund Sterling gerettet.

In England beträgt der Minimallohn der Bergleute 6,50 M., in Schottland 5,50 M.

Der deutsche Delegierte Krause brachte einen ähnlichen Antrag ein und erklärte, der Durchschnittslohn der deutschen Bergleute sei 3,75 M.; es gebe auch Distrikte, wo der Wochenlohn zwischen 12 und 16 M. schwanke. Dazu komme die Erhöhung der Lebensmittelzölle, die die Existenz der Arbeiter noch erschwere.

Die Franzosen hatten einen ähnlichen Antrag gestellt, nur wollten sie den Minimallohn gesetzlich festlegen, während die Deutschen und Briten ihn durch Uebereinkommen zwischen Arbeitern und Unternehmern festlegen wollten. Die Franzosen ließen sich nach einiger Diskussion herbei, das Wort gesetzlich zu streichen, worauf alle drei Resolutionen angenommen wurden.

Der amerikanische Delegierte stellte den Antrag auf Einführung von Einheitskarten, so daß es den Mitgliedern möglich wird, bei Auswanderung nach einem fremden Lande sich da ohne weiteres der Gewerkschaft anzuschließen. Diese Einheitskarten sollen denjenigen Mitgliedern ausgestellt werden, die entweder auf den zwei letzten internationalen Bergarbeiterkongressen vertreten waren oder für mindestens ein volles Jahr Beiträge gezahlt haben.

Gegen diesen Antrag sprach Effert, der Delegierte der Christlichen, da die Annahme dieses Antrages seinen Gewerkverein auf zwei Jahre hinaus entrechten werde. Das Auftreten Efferts gab gleichzeitig dem Kongresse Gelegenheit, sich über das Wesen des christlichen Gewerkvereins zu informieren, wobei es sich zeigte, daß ihr Abgesandter, der nach Courrières geschickt war, um die Bergleute zu unterstützen, dort mit den „gelben“ Gewerkvereinen in Verbindung getreten ist. Efferts erklärte sodann, daß der Abgesandte gegen die Instruktionen gehandelt habe, die ausdrücklich lauteten, die „Gelben“ zu meiden. Schließlich wurde der Antrag der Amerikaner gegen die Stimmen der Christlichen angenommen.

Die französische Delegation stellte den Antrag auf Einführung von Alterspensionen. In den französischen Departements des Nordens und des Pas-de-Calais bestehen Alterspensionen seit dem Jahre 1903; ein Bergmann, der dort 30 Jahre arbeite und 55 Jahre alt werde, erhalte eine Pension von 440 M. jährlich; in den anderen Teilen Frankreichs sei die Pension geringer, so daß der Staat 800 000 M. Zuschuß leiste. Die Resolution wurde angenommen.

Der belgische Delegierte Maroille stellte den Antrag auf Verstaatlichung der Minen. Der deutsche Delegierte Schlosser unterstützte den Antrag und fügte hinzu, daß die Verstaatlichung allein nicht genüge; es müsse die Demokratisierung der staatlichen Einrichtungen hinzukommen, um den Arbeitern die Wohltaten der Verstaatlichung zukommen zu lassen. Der christliche Delegierte Effert erklärte, der von ihm vertretene christliche Gewerkverein sei in bezug auf diese Frage nicht einig. Die Behandlung, die den 70 000 staatlichen Bergleuten zu teil werde, wirke nicht ermutigend auf den Gedanken der Verstaatlichung. Deshalb werde seine Delegation sich der Abstimmung enthalten. Ebenso enthielt sich die amerikanische Delegation, da sie keine Instruktion hat. Die übrigen Delegierten stimmten für die Resolution.

Der deutsche Delegierte Hoffeld stellte den Antrag auf Ausdehnung der Versicherungsgesetze, um jedem in seinem Berufe invalid gewordenen Arbeiter eine genügende Pension zu gewähren. Der Antrag wurde angenommen.

Die Schlußsitzung am Freitagnachmittag war geheim. Sie beschäftigte sich mit der Regulierung der Kohlenausbeute, besonders mit den ausländischen Kohlenlieferungen nach einem Lande, wo die Bergleute sich im Streik befinden. Es wurde ein Antrag angenommen, daß es die Pflicht der Bergleute sei, alles zu unterlassen, was einen Streik brechen könnte.

Die Einladung der österreichischen Delegation, den nächsten Kongreß in Salzburg abzuhalten, wurde angenommen.

Elfte Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Nürnberg, 11. Juni.

Im Bürgersaale zu Nürnberg traten heute, am 11. Juni, die Delegierten des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands zu den Verhandlungen der elften ordentlichen Generalversammlung zusammen. Angemeldet sind 76 Delegierte; der Vorstand ist vertreten durch den ersten Vorsitzenden Simon und den Hauptkassierer Reuß (der Sekretär Kölle ist kurz vor der Generalversammlung aus dem Bureau ausgetreten), der Ausschuß durch Haupt-Magdeburg, das Fachblatt durch Bock-Gotha.

Der Generalversammlung liegt ein ausführlicher Bericht des Vorstandes und der Gauverwaltungen gedruckt vor.

Bezüglich der Lohnbewegungen und Streiks wird bemerkt, daß, von einer zweitägigen Aussperrung in Dresden abgesehen, der Verband in den zwei Berichtsjahren von Aussperrungen verschont geblieben ist.

Lohn- und Streikbewegungen fanden an 239 Orten in 1137 Betrieben statt, an denen 14 547 Personen beteiligt waren. 155 Bewegungen mit 7725 Beteiligten wurden durch Verhandlungen ohne Streik erledigt, während es in 84 Orten mit 6824 Beteiligten, die sich auf 552 Betriebe verteilten, zum Streik kam. Bei diesen Streiks wurden 268 247 M. Streikunterstützung ausgegeben. Erreicht wurden für 2318 Personen 12 474 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 3551 Personen 6191 M. Lohnerhöhung pro Woche, das ergibt pro Jahr, das Jahr zu 50 Wochen gerechnet, 623 700 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 309 550 M. Lohnerhöhung. Jeder der Beteiligten hat somit im Durchschnitt pro Jahr 269 Stunden

Arbeitszeitverkürzung und 87 M. 17 Pf. Lohnerhöhung mit Hülfe seiner Organisation erzielt, ein Beweis, daß die Opfer für dieselbe nicht umsonst gebracht werden.

Die Entwickelung des Verbandes hat sich sehr günstig gestaltet. Am Schlusse des letzten Quartals 1903 waren in 259 Zahlstellen 26 926 Mitglieder vorhanden, am Schlusse des Jahres 1905 in 271 Zahlstellen 28 546 Mitglieder. Infolge der Beitragserhöhung schieden aus oder wurden ausgeschlossen 2760, der reine Zuwachs beträgt aber trotzdem gegen Ende 1903 2250 Mitglieder. Von den Mitgliedern sind 25 065 männliche und 3481 weibliche. Erstere haben sich in der Berichtsperiode um 1758 (7,49 Proz.), die weiblichen um 13,12 Proz. vermehrt. Uebertritte aus anderen Organisationen erfolgten 606.

Für die verschiedenen Unterstützungseinrichtungen wurden 857 140,71 M. ausgegeben, gegen die vorherige Berichtsperiode ein Mehr von 170 441,37 M. Auf Streiks allein entfällt eine Mehrausgabe von 111 737,51 M. In Befolgung eines Auftrages der letzten Generalversammlung hat der Vorstand eine Statistik über den Umfang des Fourniturenwuchers herausgegeben, die in Broschürenform veröffentlicht und auch dem Reichstag als Petition übersendet wurde. Die Statistik erstreckt sich auf 331 Fabriken in 99 Orten. Festgestellt wurde, daß die Fabrikanten sich in einzelnen Fällen bis zu 100 Proz. und mehr höhere Preise, als die Selbstkostenpreise sind, bezahlen lassen.

Ferner wurde eine Statistik über die Zahl der in den einzelnen Orten beschäftigten und organisierten Kollegen aufgenommen. Diese Statistik wurde auch noch ausgedehnt auf die Zahl der fabrik- und handwerksmäßigen Betriebe. In den Orten, wo Zahlstellen existieren, sind 1190 Schuh- und Schäftefabriken mit 37 011 Arbeitern und 16 741 Arbeiterinnen vorhanden. Außerdem waren für diese Betriebe noch 3708 Arbeiter und 4372 Arbeiterinnen auf Heimarbeit tätig. Hierzu werden noch für Berlin 900 männliche und 1100 weibliche Heimarbeiter hinzuzurechnen sein, so daß in diesen 1199 Fabriken insgesamt 63 832 Personen beschäftigt sind, wovon 18 009 (28,21 Prozent) der Organisation angehören. Kleinmeister wurden 38 271 festgestellt, wovon aber nur 11 588 Gehülfen beschäftigen. Schnellsohlereien mit Maschinenbetrieb wurden 368 gezählt, die 897 Gehülfen beschäftigen. Wenn man die in Schnellsohlereien beschäftigten Arbeiter den Schoßarbeitern zuzählt, und die Einzelmitglieder nicht in Betracht zieht, so setzt sich die Organisation aus etwa 7000 Schoßarbeitern und 21 500 Fabrikarbeitern zusammen.

Der Kassenbericht der Hauptkasse verzeichnet eine Einnahme von 750 761,23 M. inklusive Kassenvortrag von 150 855,07 M. und eine Ausgabe von 435 616,14 M., das Verbandsvermögen beträgt 315 145,09 M.

Der Hochverrat gegen Rußland wiederum vor deutschen Richtern.

(Telegraphischer Bericht.)

Sorau, 11. Juni.

Unter den Preßprozessen gegen sozialdemokratische Redakteure, die an die Demonstrationen des roten Sonntags anknüpfen, ragt durch den Untergrund der Anklage und durch den eigenartigen Verlauf des bisherigen Verfahrens der gegen den Redakteur der „Märkischen Volksstimme" Richard Perner in Forst weit hinaus.

Untersuchungshaft und Zeugniszwang

haben in diesem Strafverfahren eine eigentümliche Rolle gespielt.

Am 21. Januar erschien in der „Märkischen Volksstimme" ein Aufruf zu den Massendemonstrationsversammlungen unter der Ueberschrift:

„Eine Grenze hat Tyrannenmacht."

Er erinnert zunächst an Ursprung und Erfolge der russischen Revolution. „Die Gewalt zeugte Gewalt und durch Massenstreiks und Aufstände vernichtete das revolutionäre Proletariat den Absolutismus." „Der Diener des russischen Zaren, der russisch-deutsche Reichskanzler" habe im Königsberger Prozeß ein Urteil des höchsten deutschen Gerichtshofes provoziert, nach dem es in Deutschland erlaubt sei, den gewaltsamen Kampf gegen das Zarat vorzubereiten und zu unterstützen.

„Darum auf zum Hochverrat gegen Rußland."

„Um Eure Sache handelt es sich hier. Wir müssen Waffen schmieden, damit sich einst auf den Trümmern des moskowitischen Kaisertums das demokratische Rußland erhebt."

Der Artikel geht dann zum preußischen Dreiklassenwahlsystem über. „Mit Hülfe seines gesetzlichen Rechtes könne das preußische Volk erzwingen, daß es künftig nicht mehr so schamlos und grausam, so frivol und infam wie jetzt durch die

verbrecherische Dreiklassenschmach"

mißhandelt werde, die eine Handvoll Pfaffen, Schnapsjunker und Schlotbarone zu Alleinherrschern in Preußen mache. Mit Gewalt, mit dem Polizeisäbel und Bluturteilen habe man den Willen des Volkes zu ersticken gesucht. Aber **„mit gesetzlichen Mitteln"** könne eine unwiderstehliche Volksbewegung zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts entfesselt werden.

Wegen dieses Aufrufs wurde Perner am 24. Januar d. J. verhaftet mit der Begründung, daß eine hohe Strafe zu erwarten sei und somit Fluchtverdacht vorliege. Das Landgericht Guben hielt den Haftbefehl trotz Angebots einer Kaution in beliebiger Höhe aufrecht und erst am 8. Februar ordnete das Kammergericht die Haftentlassung Perners gegen eine Kaution von 5000 M. an. Am 16. Februar wurden sodann der Metteur und drei Setzer der „Märkischen Volksstimme" in **Zeugniszwangshaft** genommen und erst nach Verlauf von 17 Tagen auf erhobene Beschwerde in Freiheit gesetzt.

Heute hat sich nun Genosse Perner, der eben wegen des Siegeslümmelprozesses zu 3 Monaten Gefängnis Verurteilte, wegen dieses Aufrufes vor der dem Sorauer Amtsgericht beigegebenen Strafkammer zu verantworten.

Die Verhandlung, die auf 9 Uhr vormittags angesetzt war, begann erst nach 11½ Uhr im alten Tanzsaale des königlichen Schlosses. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsrat Brienigk, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Häberlin, die Verteidigung liegt in den Händen des Genossen Rechtsanwalt Wolfgang Heine-Berlin.

Zunächst wird der inkriminierte Artikel verlesen, durch den der Angeklagte zum Klassenhaß aufgereizt haben soll. — Vors.: Sind Sie bereit, den Verfasser zu nennen? — Angekl.: Nein. — Vors.: Ist es wahr, daß sich die Auflage der „Märkischen Volksstimme" in der letzten Zeit auf 10 000 gehoben hat? — Angekl.: Diese Zahl ist bereits überschritten. — Vors.: Mit der Nummer vom 21. Januar hat es eine besondere Bewandtnis? — Angekl.: Die Zusammenlegung der Erinnerungsfeier an den blutigen Sonntag in Petersburg und der Demonstration für das gleiche, geheime Wahlrecht entsprang Zweckmäßigkeitsgründen und der Uebereinstimmung der Ziele, nicht der Mittel. — Vors.: Es wird in dem Artikel wiederholt von den gesetzlichen Mitteln gesprochen, aber zwischen den Zeilen läßt sich doch das Gegenteil herauslesen. — Angekl.: Wenn ich nur entfernt an die Möglichkeit gedacht hätte, daß der Artikel von irgend jemand als Aufforderung zur Gewalttätigkeit hätte aufgefaßt werden können, dann hätte ich ihn sofort geändert. — Vors.: Die Ausdrücke: eine Handvoll Pfaffen, Schnapsjunker und Schlotbarone" beweisen doch ein **Maß von Gehässigkeit, das beinahe an Verblendung grenzt. Eine tollere bewußte Unwahrheit kann doch gar nicht in die Massen hineingetragen werden.** — Angekl.: Es ist doch aber Tatsache, daß kein einziger Vertreter der Arbeiterschaft in den preußischen Landtag hat gewählt werden können. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Es handelt sich doch um alltägliche Ausdrücke der politischen Agitation. Schnappsjunker bedeutet konservativ, Pfaffen Zentrum und Schlotbarone nationalliberal. **Das ist doch eben so wenig eine Aufforderung zum Klassenhaß, wie wenn man uns eine Rotte Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, oder rote Hetzer nennt.** — Vors.: Der Vergleich mit den russischen Zuständen legt doch nahe, daß der Eindruck erweckt werden soll, unsere Zustände seien ebenso traurig und erforderten dieselben Mittel. — Angekl.: Nur vom preußischen Landtagswahlrecht ist gesagt, daß es **noch schlechter sei als das Wahlrecht zur Duma.** Es ist aber dabei gesagt, daß wir in Preußen **gesetzliche Mittel** hätten, es zu verbessern. — Vors.: Es heißt dann auch in dem Artikel: Deutschland könnte durch friedlichen Klassenkampf gefördert werden, wenn nicht die breiten Massen des Volkes entrechtet wären. **Damit ist doch der friedliche Klassenkampf einfach negiert.** — Angekl.: **Nein, nur der Kulturfortschritt in Preußen.**

Zeuge Weber Bothe bestätigt, daß der Angeklagte am Schluß der Demonstrationsversammlung zu **ruhigem Auseinandergehen** ermahnt habe. — Staatsanwalt: Ist denn das üblich? — Zeuge: Nein, aber es war soviel in den Zeitungen geschrieben worden. — Staatsanwalt: Ach so, wohl nach dem Aufruf in der „Volksstimme"? — Verteidiger Heine: Oder vielleicht nach den Artikeln in der bürgerlichen Presse? — Zeuge: Das wohl eher. — Zeuge Polizeiinspektor Off: Die Bevölkerung war vor dem 21. Januar in großer Erregung. **Wiederholt sind zum Beispiel Inhaber von Geldinstituten zu mir gekommen und haben gefragt, ob wir das Nötige vorbereitet hätten. Ein Gummihändler in Sorau hat in diesen Tagen 20 Gummischläuche verkauft.** (Heiterkeit.) — Staatsanwalt: Und zwar an welche Klassen? — Zeuge: **Zweifellos an die bürgerlichen Klassen,** die sich und ihre Angehörigen schützen wollten. Nach Erscheinen dieses Artikels sprach man in bürgerlichen Kreisen noch mehr als vorher von der Möglichkeit von Straßenkrawallen. — Vert.: So daß die Gummischläuche wahrscheinlich alle zwischen Sonnabend und Sonntag verkauft wurden. (Heiterkeit.) Fürchteten Sie selbst Straßenkrawalle? — Zeuge: Ich hatte die Information erhalten, daß plötzlich die alten Versammlungsleiter zurückgetreten seien, weil sie die Verantwortung nicht tragen wollten. Zugleich stellten die Textilarbeiter Lohnforderungen. Abgesehen davon, habe ich nicht ernstlich an Straßenkundgebungen gedacht. Immerhin mußte die Polizei ihre Gegenmaßregeln treffen. — Vert.: Welche? — Zeuge: Darüber kann ich keine Auskunft geben.

Entgegen dem Zeugen Bothe glaubt der Zeuge bestimmt versichern zu können, daß Perner die in der Versammlung Anwesenden nicht ermahnt habe, ruhig nach Hause zu gehen. — Zeuge Arbeitersekretär Kunkel-Forst: Die Versammlung wurde von denselben Genossen geleitet, von denen sie immer geleitet waren. Die Lohnforderungen der Textilarbeiter lagen schon mehr als acht Tage zurück. — Verteidiger Heine hält dem Polizeiinspektor Off vor, daß er bei der polizeilichen Anmeldung der Versammlung selbst gesagt habe, er **befürchte keine Ausschreitungen, dazu kenne er die Arbeiterschaft zu genau.** Die Aufregung sei nur durch **die bürgerlichen Blätter** in die Bevölkerung hineingetragen. — Zeuge Off bestreitet diese Aeußerung. — Verteidiger Heine beantragt daher, Zeugen zu laden, durch die die Glaubwürdigkeit des Polizeiinspektors ins rechte Licht gesetzt werden soll. — Nach längerer Beratung beschließt das Gericht, die von der Verteidigung behaupteten Tatsachen ohne weitere Beweisaufnahme als wahr zu unterstellen.

Damit ist die Beweisaufnahme beendet.

Staatsanwalt Häberlin führt in seinem **Plaidoyer** aus: Es handelt sich hier weder um Parteipolitik noch um Klassenjustiz, sondern einfach um die Frage, ob der Angeklagte das Strafgesetzbuch verletzt hat. Wer von dieser Verhandlung etwas Besonderes erwartet hat, wird nicht auf seine Rechnung kommen: Bei der Beurteilung des Artikels darf man sich nicht an die einzelnen Buchstaben halten. Die **Parallele mit Rußland** beweist die **Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und zur Revolution;** das geht aus den mit Fettdruck in den Vordergrund gestellten Worten hervor: **„Um Eure Sache handelt es sich."** Den Leser möchte ich sehen, der nicht meint, es gelte danach für hier dasselbe wie für Rußland. Das „Hochverrat gegen Rußland" soll als **Hochverrat gegen Deutschland** gelesen werden. Aus dem Satze: „Wenn nicht das Dreiklassenwahlrecht das Volk entrechtete, könnte die Kultur auf friedlichem Wege gefördert werden", muß logisch der **Appell an die Gewalt** deduziert werden. Gewalt erzeugt Gewalt, heißt es mit Bezug auf Rußland. Dann werden die angeblichen Gewalttätigkeiten der deutschen Regierungen aufgezählt. So wird mit blutigem Finger immer wieder auf die Revolution hingewiesen und die Revolution nicht nur verherrlicht, sondern propagiert. Wohl mag auch schon durch Artikel der bürgerlichen Presse, besonders der „Täglichen Rundschau", in die Bevölkerung Unruhe getragen sein, aber gerade durch diesen Artikel der „Märkischen Volksstimme" ist in ihrem Verbreitungsbezirk die Aufregung noch gewachsen. **Wer in einer solchen Zeit hetzt, ist auch mit besonderem Maße zu messen.** Das ist nicht **Klassenjustiz,** sondern trifft jeden, der sich in gleicher Weise vergeht. **Ich beantrage eine Gefängnisstrafe von einem Jahre.**

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Der Prozeß ist nach meiner Auffassung durchaus sensationell und hat **gar kein anderes Interesse als ein politisches.** Ich weiß jedenfalls, daß **hohe Herren** verschiedentlich aufgefordert haben, **den Reichstag durch einen Gewaltstreich wegzujagen,** ohne daß gegen sie § 130 des Strafgesetzbuches in Anwendung gebracht worden wäre. Das zur Entstehung des Begriffes „Aufreizung zum Klassenhaß". Für die scharfen Worte dürfen Sie nicht den Angeklagten verantwortlich machen; machen Sie lieber dafür die gehässigen kleinlichen Verfolgungen verantwortlich, denen seine Partei fortwährend ausgesetzt ist. Aus diesen scharfen Ausdrücken eine Aufreizung zum Klassenhaß deduzieren zu wollen, ist ganz künstlich. Wäre wirklich zu gewaltsamem Umsturz aufgefordert, so läge nicht Aufreizung zum Klassenhaß, sondern Hochverrat vor, und der gehört zur Zuständigkeit eines anderen Gerichts. Der Aufruf richtet sich an alle **Entrechteten des preußischen Wahlrechts. Das sind wir alle hier im Saale mit samt dem Grafen Posadowsky.** Es ist also gar keine Klasse da, die hätte aufgereizt werden können. Der Staatsanwalt sagt, der Artikel zeige eine Kunst in der Verschleierung. Mit dieser Art der Beweisführung brachte man in den **Glaubensprozessen des Mittelalters die Ketzer auf den Scheiterhaufen und bringt man heute noch die politischen Gegner in den Kerker.** Der Vergleich mit Rußland soll alle möglichen schlechten Absichten beweisen. Aber auch Bayern und andere Länder, die nicht gerade als ultrarevolutionär gelten, sind angezogen. Von dem ersten Satz der ersten Spalte und dem letzten Satz der letzten Spalte hat der Staatsanwalt das Wort „Gewalt" zusammengesucht und daraus dem **Angeklagten einen Strick gedreht. So können deutsche Richter unmöglich urteilen.** Aus dem Artikel und den begleitenden Umständen folgt ganz klar, daß an nichts anderes gedacht worden ist als an den **gesetzlichen Kampf für das gleiche Wahlrecht.** Glauben Sie wirklich, daß der Angeklagte morgen die soziale Revolution beginnen wird, während die **ganze sozialdemokratische Partei stets auf dem Standpunkt der unbedingten Feindseligkeit gegen die Gewaltpolitik gestanden hat?** An der Aufregung des 21. Januar trägt ausschließlich der Teil der bürgerlichen Presse Schuld, der die Behörden aufzuhetzen suchte. Wenn einige gute Forster Bürger sich geängstigt haben, so tut das meinem Klienten furchtbar leid, aber es ist nicht seine Schuld. Ein **gewaltsamer Kampf** konnte unter den heutigen Zeitumständen nur **zu einer fürchterlichen, grausamen Niederlage der Sozialdemokratie führen.** Weder die Sozialdemokratie noch der Angeklagte sind so hirnverbrannt, das eigene Verderben zu wollen. Deshalb beantrage ich prinzipiell Freisprechung. **Bei dem vom Staatsanwalt beantragten Strafmaß steht mir der Verstand still.** Selbst wenn es zu einer Verurteilung kommen sollte, würde **eine Geldstrafe eine genügende Sühne sein.**

In seiner Replik führt Staatsanwalt Häberlin aus: Ganz neu sei die Behauptung der Verteidigung, die Sozialdemokratie sehe z. B. auch die Gelehrten als durch das Landtagswahlrecht entrechtet an. Das sollte man einmal öffentlich den Arbeitern sagen. Er wolle sich nicht auf längere Erörterungen über das Wesen der Sozialdemokratie einlassen, damit nicht seine Ausführungen wieder **wie die des Oberstaatsanwalts Böhme durch die ganze sozialdemokratische Presse gezerrt würden.** Aber wer bürge denn dafür, daß der wirkliche Verfasser des Artikels, den er genau zu kennen glaube, nicht auf eigene Faust ehrgeizige Politik treibe?

Der Angeklagte, Redakteur Perner, bemerkt in seinem Schlußwort: Der Staatsanwalt habe ein Jahr aus seinem Leben streichen wollen, damit er Zeit habe, darüber nachzudenken, wie man eine Arbeiterzeitung redigiere. Er wüßte aber nicht, worüber er sonst nachdenken solle, als darüber, **wie man die Arbeiter über ihre Rechte aufkläre oder ihnen die Rechte verschaffe, die einen gewaltsamen Kampf überflüssig machten.**

Nach halbstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende, Landgerichtsrat Brienigk folgendes Urteil:

In der Schuldfrage habe der Gerichtshof sich ganz den Ausführungen des Staatsanwalts angeschlossen. Der Artikel sei in seiner **Gesamtheit,** wie schon die Ueberschrift: „Eine Grenze hat Tyrannenmacht" beweise, **ein Aufreizungsmittel.** Was das Strafmaß angehe, so sei zwar der Inhalt des Artikels sehr kräftig, aber **im Ton doch reservierter als die warscheinlich dahinter steckenden Gedanken.** Daher **sei eine Geldstrafe von 400 M. eventuell 100 Tage Gefängnis als angemessen erschienen.**

Aus Industrie und Handel.

Wandlungen in der Eisenindustrie.

Die schwierige Lage, in welcher sich viele „reinen" Walzwerke schon seit längerer Zeit wegen der hohen Halbzeugpreise befinden, hat das Bestreben gezeitigt, diese Werke mehr und mehr in „gemischte" umzuwandeln. Eine solche Wandlung hat jetzt auch das Baroper Walzwerk vollzogen; es hat ein Siemens-Martin-Stahlwerk errichtet, in welchem in etwa 3 bis 4 Wochen die Stahlproduktion aufgenommen wird. Vorläufig sind zwei Martinöfen errichtet, ein dritter soll folgen. Auch sonst wird eine völlige Modernisierung des Werkes vorgenommen, um jeglicher Konkurrenz begegnen zu können. Die vorhandenen völlig veralteten Kesselanlagen und Betriebsmaschinen sollen beseitigt und es soll nur noch elektrische Antriebskraft benutzt werden. Den ursprünglichen Plan eines eigenen Elektrizitätswerkes hat man aber fallen lassen, nachdem das Rh.-Westf. Elektrizitätswerk (Stinnes) ein günstiges Angebot gemacht hat. Es wurde ein Lieferungsvertrag auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Die Vollendung der umfangreichen Umbauten wird sich wohl bis Ende dieses Jahres hinziehen. Es hat längerer Zeit bedurft, um die Schwierigkeiten, welche der Konzessionserteilung zum Um- resp. Neubau entgegenstanden, zu beseitigen. Bei Nichtkonzessionierung wäre die Absicht, das Werk zu verlegen, wohl zur Ausführung gelangt. Für die beteiligten Gemeinden war das ein schwerwiegender Punkt umsomehr, als sie schon durch die Zechenlegerei empfindlich gelitten haben.

Nachträgliche Information. Bei der Frage der Verstaatlichung der „Hercynia" hat die Regierung ihre Vorlage mit politischen und wirtschaftlichen Gründen verteidigt, und nun unternimmt der Minister für Handel und Gewerbe eine Informationsreise, um sich über die Verhältnisse in der Kaliindustrie und im Kalisyndikat zu unterrichten. Sind dem Minister in den wenigen Wochen die gründlichen Kenntnisse der Verhältnisse wieder abhanden gekommen, oder . . .?

Ein Schnelligkeitsrekord in der Produktion. In den Pullmann-Eisenbahnwerken bei Chicago wurde kürzlich in der Herstellung von Güterwagen ein Rekord erzielt, der alle früheren Leistungen in den Schatten stellt. Für die Nickel Plate Bahn wurden 1500 Güterwagen in 12 Arbeitstagen hergestellt. Damit wurde die höchste bisherige Leistung um 300 Wagen für dieselbe Zeit übertroffen. Zur Feier des Ereignisses wurde die Arbeit vorübergehend eingestellt, und die Gesellschaft teilte von dem gewonnenen Profit auch den Arbeitern etwas mit, indem — Zigarren zur Verteilung gelangten. — Noblesse oblige!

Vom rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat.

Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug im April 4 911 516 Tonnen (gegen das Vorjahr pro Arbeitstag mehr 14 778 Tonnen), d. i. 84,14 Proz. der Beteiligung (gegen 78,71 Proz. im Vorjahr). Der Gesamtabsatz betrug 5 788 772 Tonnen, (pro Arbeitstag gegenüber dem vorigen Monat 1,96 Proz. weniger, gegen das Vorjahr 6,69 Proz. mehr). Die Gesamtförderung betrug 5 741 358 Tonnen (gegenüber dem Vormonat pro Arbeitstag 3,55 Proz. weniger, gegen den April des Vorjahres 6,21 Proz. mehr.) Der arbeitstägliche Versand an Kohlen, Koks und Briketts betrug vom Januar bis April 235 238 Tonnen, davon für Syndikatsrechnung 200 086 Tonnen. Der arbeitstägliche Gesamtversand ist gegenüber den ersten vier Monaten von 1904 in Kohlen um 10,56 Proz., in Koks um 37,77 Proz., in Briketts um 30,30 Proz. gestiegen. Der Vorstand weist hin auf den Rückgang des Kohlenabsatzes bei anhaltender Nachfrage, was in der Hauptsache auf die geringere Leistung der Zechen zurückzuführen ist. Die hierdurch entstandene Schwierigkeit in der Abwickelung der übernommenen Lieferungsverpflichtungen wird noch verschärft durch die weitere Steigerung der Kokserzeugung und durch größere Lieferungen der Hüttenzechen an eigene Werke. Diese Schwierigkeiten blieben auch im Mai bestehen, da die Nachfrage stark blieb und die Förderung nicht wesentlich zunahm, sodaß das Syndikat auf die Lagerbestände zurückgriff und die Auslandslieferungen teilweise durch Einschiebung englischer Kohle ablöste. Die Eisenbahnabfuhr war im April und Mai fast andauernd durch Wagenmangel beeinträchtigt, namentlich litt der Koksversand.

Die Zechenbesitzerversammlung des Kohlensyndikats setzte die Beteiligungsanteile für das 3. Quartal für Kohlen auf 95 Proz., für Koks auf 95 Proz. und für Briketts auf 90 Proz. fest.

Die Arbeitsgelegenheit in San Francisco ist nicht so groß, wie viele Arbeiter glauben. Wenn aus Europa Trupps von Arbeitern nach San Francisco gehen in der Hoffnung, dort mit Leichtigkeit hochbezahlte Beschäftigung zu bekommen, so dürften sie eine bittere Enttäuschung erfahren. Der Staatskommissar für das Arbeitsamt in Kalifornien hat Ende Mai bekannt gemacht, daß in San Francisco mehr Arbeitswillige (in gutem Sinne gemeint) vorhanden sind als Stellungen, die mit ihnen besetzt werden könnten. Es waren 20 000 Mann an der Arbeit, deren Zahl natürlich stetig steigen wird, je mehr die Aufräumungsarbeiten fortschreiten, aber ebenso stetig ist der Zustrom von Arbeitern, und dann sind es hauptsächlich die Baugewerbe, die nach Arbeitskräften verlangen. Im Baugewerbe ist der Lohn ziemlich hoch; so hat z. B. eine Unternehmervereinigung sich einverstanden erklärt, den Lohn der Maurer auf 7 Dollar pro Tag bei achtstündiger Arbeitszeit festzusetzen und auch 4 Dollar für Handlanger zu bezahlen. Das sind die von den Gewerkschaften geforderten Löhne, die schon vor dem Erdbeben gezahlt wurden und jetzt formell anerkannt werden. Das klingt verführerisch hoch für den ausländischen Arbeiter, aber die Chancen, solche Löhne zu erlangen, sind nur gering. Er muß den gesteigerten Ansprüchen und veränderten Arbeitsmethoden genügen können und wird meist zusehen müssen, wie die Bauunternehmer den eingeübten amerikanischen Arbeitern den Vorzug geben, die in Massen aus anderen Städten kommen und den augenblicklichen Vorteil wahrzunehmen wissen. Da nun die Auszahlung der Versicherungssummen nicht so glatt von statten geht, wie man zunächst angenommen hat, schwächen die Hoffnungen auf eine intensive Bautätigkeit stark ab und damit die Aussichten auf günstige Arbeitsgelegenheit, auf welche sich in den Vereinigten Staaten selbst große Arbeiterscharen eingerichtet haben.

Die Fleischtrustaffäre. Aus Chicago und New York werden Vergiftungen infolge des Genusses von Trustfleisch gemeldet. In der ersteren Stadt sollen 10 Studentinnen schwer erkrankt sein, in New York sind sogar, wie berichtet wird, mehrere Personen gestorben. Es herrscht die Meinung vor, daß trotz des Feldzuges, den die Fleischmagnaten gegen Roosevelt inszeniert haben, der Kongreß sich zu energischen Maßregeln gegen den Trust aufschwingen wird.

Aus der Frauenbewegung.

Die Dienstbotenfrage liegt bekanntlich den „Herrschaften" schwer am Herzen und manche „gnädige Frau" hat schon viel geseufzt und gejammert über die große Dienstbotennot. **„Die Mädchen wollen**

nicht mehr dienen", heißt es voll Entrüstung, „sie wollen nicht mehr untertan sein einer Herrschaft, die Gewalt über sie hat; sie streben nach Selbständigkeit!" — Das ist eine internationale Klage, sie tönt durch die ganze Welt. In Australien und in Amerika wird dasselbe Lied angestimmt: „Es gibt keine guten Dienstboten mehr!" Vom Auslande aus versucht man es manchmal, durch allerlei Lockungen Dienstboten heranzuziehen; dabei werden die gutmütigen deutschen Mädchen vorgezogen. So ging kürzlich durch Zeitungen in Oesterreich folgende Notiz: „Die amerikanischen Blätter beschäftigen sich eifrig mit der Frage, wie es in Amerika werden soll, wenn dort die massenhafte Einwanderung unverheirateter junger Männer in demselben Verhältnis wie bisher andauert. Neulich brachte zum Beispiel ein französisches Schiff 150 männliche Auswanderer und keine einzige Frau nach New York. Es wimmelt nun in allen größeren amerikanischen Städten von Heiratsagenturen, die zu festen Tarifen ihren Kunden Bräute nachweisen. Man reißt sich geradezu um gut aussehende fremde Mädchen."

Die „New Yorker Volkszeitung" bemerkt dazu:

„Unseren europäischen Parteiblättern zur Nachricht, daß die obigen Behauptungen auf Lügen und Schwindel beruhen. Es ist hier in Amerika kein Mangel an heiratslustigen Mädchen und die Männer „reißen" sich hier wirklich nicht darum, eine Frau zu bekommen. Die Zeiten sind längst vorbei, in denen im Osten Amerikas die Zahl der Männer größer war als die der Frauen. Das Gegenteil ist jetzt der Fall: Viele Frauen können nicht heiraten, weil weniger Männer als Frauen vorhanden sind, und die Heiratslust der Männer ist auch hier nicht größer als drüben.

Der Zweck der obigen Notiz ist: weibliche Arbeitskraft von Europa nach Amerika zu ziehen. Man braucht Dienstboten hier, nicht Ehefrauen, und darum veranlaßt man jene Schwindelanzeigen, wie die oben angeführte eine ist."

Die Dienstbotenfrage macht auch unseren Genossinnen viel Kopfschmerzen, aber in einem anderen Sinne, nämlich wie eine gute Organisation, welche die Interessen der Dienstboten gegenüber den „Herrschaften" vertritt, herzustellen sei. Die Dienstboten sind schwer zu gewinnen für eine solche Organisation; sie stehen unter fortwährender Aufsicht ihrer Arbeitgeber, und sie haben über wenig freie Zeit zu verfügen. Aber den wiederholten Anstrengungen unserer Genossinnen muß es endlich gelingen, auch die Dienstboten zur Erkenntnis ihrer Klassenlage zu bringen.

Das ist schwer aus dem Grunde, weil die meisten vom Lande hereinkommenden Dienstboten in einem Milieu groß geworden sind, aus dem man die bestehenden Verhältnisse als eine ewige, unabänderliche Ordnung zu betrachten gelernt hat. Man ist in der Anschauung, in dem Glauben erzogen worden, jedes Streben nach Aenderung der Verhältnisse sei ein Teil des mit ewiger Verdammnis bedrohten Antichristentums, und gar die Sozialdemokratie stellt man sich vor als eine Gesellschaft ausgemachter Teufel und Teufelinnen. Das Leben der Großstadt zerstört solchen Glauben nicht ohne weiteres, aber die Dienstboten merken doch bald, daß sie z. B. als Arbeiterinnen nicht nur größere Freiheit genießen, sondern auch an den seichten, von ihnen allerdings hoch geschätzten Vergnügungen mehr Anteil haben können. Ihre Anspruchslosigkeit und Rückständigkeit hält sie dann in diesem Milieu leicht gefangen, manche geht darin unter. Die Aufgaben, die da zu lösen sind, sind doppelter Natur. Einmal gilt es den Kampf aufzunehmen gegen die vielfach brutal patriarchalischen Verhältnisse; die Dienstboten müssen wirtschaftlich und rechtlich mit dem gewerblichen Arbeiter gleichgestellt werden. Dann aber auch ist erbitterter Kampf zu führen gegen die Rückständigkeit in kultureller Beziehung. Nach beiden Richtungen steht der Sozialdemokratie die herrschende Gesellschaft feindlich entgegen, sie hat ja ein lebhaftes Interesse daran, die Kinder des Proletariats in Bedürfnislosigkeit und Dummheit — „zufriedene Selbstbescheidung" sagt die „Arbeitgeberztg." — zu erhalten.

Zur Beachtung!

Von jetzt ab werden die Versammlungen der Frauen- und Mädchen-Bildungsvereine nur noch allwöchentlich in der Dienstag- und Freitag-Nummer unter nachstehender Uebersicht bekanntgegeben.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Mariendorf. Dienstag, 12. Juni, abends 8½ Uhr, bei Reichardt, Chausseestr. 16. Vortrag: Die Volksschule.

Steglitz. Mittwoch, 13. Juni, abends 8½ Uhr, bei Wahrendorf, Schloßstr. 117. Vortrag, Referent Dr. Schütte.

Pankow. Sonnabend, 16. Juni. Unterhaltungsabend. Mitwirkende: Herr Walkotte und Frau. Entree 20 Pf.

Soziales.

Die Massenkündigung im kaiserlichen Statistischen Amt.

Die Pfingstüberraschung, die nach unserer Mitteilung vom 6. d. Mts. 58 Hülfsarbeitern des Statistischen Amts in Form einer Entlassung zu teil geworden ist, ist für den antisozialen Geist, der das Reichsamt des Innern und besonders das Statistische Amt durchweht, charakteristisch. Das geht aus den jetzt veröffentlichten amtlichen Schreiben klar hervor. Es sind noch mehrere Wochen nach Ostern eine Anzahl Hülfskräfte unter der ausdrücklichen Betonung angestellt, daß sie auf länger, schließlich zu etatsmäßiger Anstellung führender Anstellung zu rechnen haben. Es heißt in dem Anstellungsschreiben:

„Es bietet sich Gelegenheit, Sie in das kaiserlich Statistische Amt als Hülfsarbeiter zu einer Probedienstleistung von sechsmonatiger Dauer einzuberufen. Das Arbeitsverhältnis ist zunächst von beiden Seiten monatlich kündbar . . . Im Falle bewiesener Tüchtigkeit würde sich an die Probedienstleistung Ihre Uebernahme in die diätarische Beschäftigung anschließen . . . Das Aufrücken aus der diätarischen Beschäftigung in die etatsmäßigen Stellen kann sich nur innerhalb der durch den Etat gezogenen Grenzen . . . vollziehen." . . . Ich bemerke noch, daß Ihre Beibehaltung zur Probedienstleistung davon abhängig ist, daß die bei Ihrem Dienstantritt auf Ihre Kosten (5 M.) stattfindende Untersuchung durch den Vertrauensarzt des Amtes Ihre Dienstfähigkeit ergibt."

Ende Mai wurden trotzdem 58 Hülfsarbeiter entlassen. Die Kündigungsschreiben lauten:

Der Präsident des kaiserlichen Statistischen Amtes. — Berlin W. 10, Lützowufer 6/8, den 30. Mai 1906.

J. N. I. A. 2840.

Infolge einer im kaiserlichen Statistischen Amte mit Rücksicht auf die durch den Etat gezogenen Grenzen vorzunehmenden Organisationsänderung muß die Zahl der nicht etatsmäßig angestellten Diätare und Hülfsarbeiter verringert werden. Ich sehe mich aus diesem Grunde veranlaßt, Ihr Arbeitsverhältnis mit dem kaiserlichen Statistischen Amte unter Einhaltung der in Ihrem Einberufungsschreiben vorgesehenen monatlichen Frist zu kündigen, so daß Ihr Austritt mit Ende des Monats Juni erfolgen wird.

In einem weiteren Schreiben sucht der Präsident des Statistischen Amtes die Ansicht zu zerstreuen, daß an Stelle der Entlassenen weibliche Kräfte eingestellt werden sollen. Der Wortlaut geht dahin:

Der Präsident des kaiserlichen Statistischen Amtes. — Berlin, den 1. Juni 1906.

I. A. 2907.

Sofort!

Wie den Herren Personalreferenten bekannt geworden, ist unter den zur Kündigung gekommenen Bureauhülfsarbeitern, welche Militäranwärter sind, die irrtümliche Ansicht verbreitet, daß ihre Kündigung mit Rücksicht darauf erfolgt ist, daß in ihre Stellen Hülfsarbeiterinnen eingezogen werden sollen. Ihre Kündigung ist vielmehr auf Grund des seitens des Herrn Staatssekretärs des Innern genehmigten organisatorischen Umgestaltung der handelsstatistischen Abteilung und insbesondere im Hinblick darauf geschehen, daß die Stellen der entlassenen Militäranwärter durch die in Kraft tretende Neuorganisation tatsächlich in Wegfall kommen und daher von Militäranwärtern im Rahmen des Etats nicht mehr besetzt werden können. Die gegen Tagegeld und tägliche Kündigung zur Einberufung gelangenden Arbeiterinnen sind für solche mechanischen Arbeiten bestimmt, die nur von weiblichen Personen in der Weise geleistet werden können, wie dies nach Quantität und Qualität im Rahmen der neuen Organisation gefordert werden muß. Für diese Art der mechanischen Arbeiten hat sich die Beschäftigung von männlichen Hülfsarbeitern, auch der in letzter Zeit einberufenen Militäranwärter (also steht's in dem amtlichen Schreiben) nicht bewährt. Durch die Einberufung der Arbeiterinnen wird die Zahl der schon bisher den Militäranwärtern vorbehaltenen etatsmäßigen Stellen nicht verringert und daher nicht berührt. Im übrigen gebe ich bekannt, daß ich bemüht sein werde, durch Anfragen bei den dem Reichsamt des Inneren nachgeordneten Aemtern für die gekündigten Militäranwärter, soweit dies möglich sein wird, eine Einberufung zur Beschäftigung zu vermitteln. Den gekündigten Militäranwärtern wird die Notierung beim Amte auf ausdrücklichen Wunsch belassen und es wird darauf Bedacht genommen werden, daß sie im Bedarfsfalle bei eintretenden Vakanzen vorweg berücksichtigt werden. van der Borght.

Dieses Schreiben beweist das, was der Präsident des Statistischen Amtes zu bestreiten sucht: ob in die Stellen der Entlassenen leider billigere weibliche Kräfte einrücken oder ob an Stelle der Entlassenen infolge einer Umänderung in der Organisation weibliche Kräfte zur Beschäftigung gelangen, ist in der Tat Mus wie Mine. Daß neue, weibliche oder männliche Hülfskräfte neben den vorhandenen notwendig sind, sollte man bei der Vielgestaltigkeit der Aufgaben des Statistischen Amts annehmen, nicht aber eine Massenentlassung erwarten.

Bei der Bewilligung des Etats des Reichsamts des Inneren im Mai 1906 ist von der für das Statistische Amt im November 1905 ausgeworfenen Summe nichts gestrichen. Etatsrücksichten können also nicht maßgebend gewesen sein. Mangel an Arbeit liegt auch keineswegs vor: es ist im Gegenteil auf vielen Gebieten auf die späteren statistischen Erhebungen vertröstet; wir erinnern an das Gebiet der Arbeitslosenversicherung, der Versicherung der Witwen und Waisen, des Schutzes der Heimarbeiterinnen, an die Ausdehnung der Krankenversicherung insbesondere für das platte Land, an eine Darstellung der Lage der ländlichen Arbeiter und Kleinbauern usw. Die jetzige plötzliche Entlassung von 58 Hülfsarbeitern ist nicht nur gegen die Entlassenen ein Akt größter Unbilligkeit und Härte, sondern ist auch ein bezeichnender Beitrag dafür, daß im Reichsamt des Inneren ein völliger Stillstand auf allen sozialpolitischen Gebieten eingetreten ist.

Gerichts-Zeitung.

Berechtigte Verweigerung der Teilnahme an den Amtsgeschäften einer Voreinschätzungskommission.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin hatte am 24. März 1904 beschlossen, den Eigentümer Meyhofer für drei Jahre des Rechts der Teilnahme an der Verwaltung und Vertretung der Gemeinde für verlustig zu erklären und ihn um ein Achtel höher zu besteuern, weil er es grundlos verweigert habe, die Pflichten eines Mitgliedes der Voreinschätzungskommission, als das er gewählt worden war, zu erfüllen. M. focht den Beschluß durch Klage beim Bezirksausschuß an und rechtfertigte seine Weigerung damit, daß es ihm unmöglich sei, mit dem Barbier Lehmann in derselben Kommission zusammen zu wirken. Er verwies auf einige Bestrafungen L.s (Beleidigung des Klägers hundert Mark, und dreißig Mark wegen strafbaren Eigennutzes, begangen gegen den Kläger als seinen Hausherrn). Außerdem berief sich Kläger darauf, daß Lehmann einen Offenbarungseid geleistet habe, als er einem von ihm geschwängerten Mädchen Alimente (100—120 Mark) zahlen sollte. — Der Bezirksausschuß wies die Klage Meyhofers ab und führte aus: Es komme hier in Betracht § 50 Absatz 2 des preußischen Einkommensteuergesetzes, wo bestimmt sei: „Wegen Annahme und Ablehnung der nach den Vorschriften dieses Gesetzes stattfindenden Ernennungen und Wahlen finden die Bestimmungen der §§ 8 und 25 der Kreisordnung vom 18. Dezember 1872 sinngemäße Anwendung." Also könnte Kläger die Teilnahme an den Geschäften der Voreinschätzungskommission nur aus den Gründen des § 8 der Kreisordnung verweigern. Das wären: „Anhaltende Krankheit; Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen; das Alter von 60 Jahren; die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes; sonstige besondere Verhältnisse, welche ... eine gültige Entschuldigung begründen." Der Grund, der den Kläger von den Sitzungen der Kommission und ihren Geschäften ferngehalten habe, bestehe nach Annahme des Gerichts lediglich in den persönlichen Differenzen mit einem anderen Kommissionsmitgliede, dem Barbier L., und das falle nicht unter die erwähnten Gründe; auch nicht unter die „sonstigen Verhältnisse, welche eine gültige Entschuldigung begründen". Persönliche Differenzen mit anderen seien damit nicht gemeint. Da eine grundlose Weigerung des Klägers, sein Ehrenamt auszuführen, vorliege, so hätte nach § 25 der Kreisordnung in Verbindung mit § 50 des Einkommensteuer-Gesetzes durch die Gemeindevertretung (hier Stadtverordneten-Versammlung) über den Kläger jene angefochtene Strafe verhängt werden können.

Kläger legte beim Oberverwaltungsgericht Berufung ein. Dieses erhob Beweis durch Einholung der Akten in Sachen Lehmann. Die Akten bestätigten die schon oben mitgeteilten Tatsachen. Das Gericht hob darauf dieser Tage das Urteil des Bezirksausschusses auf und setzte den angefochtenen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Für die Frage, ob Kläger berechtigt war, als Mitglied der Voreinschätzungskommission seine Tätigkeit in dieser zu verweigern, seien maßgebend die Bestimmungen des § 8 der Kreisordnung, die noch in Kraft seien und nach § 50 des Einkommensteuergesetzes hier sinngemäß Anwendung zu finden hätten. In materieller Hinsicht sei aber das Oberverwaltungericht anderer Ansicht als der Bezirksausschuß, indem es die persönlichen Verhältnisse zwischen dem Kläger und einem anderen Kommissionsmitgliede Lehmann für eine ausreichende Entschuldigung dafür ansehe, daß Kläger sich weigerte, in die Kommission einzutreten. Der Kläger sei, wie die Akten auswiesen, vom Barbier Lehmann grob beleidigt worden, wofür Lehmann die hohe Strafe von 100 M. getroffen habe. Das Gericht halte den Kläger für berechtigt, sich zu weigern, in einer Kommission mit einer Person zusammenzuarbeiten, die ihn so beleidigt habe.

Ein abgefaßter Coupémarder.

Am 17. April gegen elf Uhr nachts lungerte auf dem Bahnhof Börse ein junger Mensch umher, der bald die Aufmerksamkeit eines Kriminalschutzmannes der Bahnhofskontrolle erregte. Als ein Zug einfuhr, sah der Verdächtige in die einzelnen Coupés hinein, bis er in einem Abteil einen anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden Mann entdeckte, der sanft in Morpheus Armen ruhte. Im letzten Augenblick sprang der junge Mensch in das Coupé hinein, bemerkte hierbei aber nicht, daß der Kriminalschutzmann in ein Nebenabteil eingestiegen war. Als der Zug die Station verlassen hatte, begann der „Fledderer" seine Arbeit. Nachdem er sich durch Kitzeln mit einer Feder überzeugt hatte, daß sein Opfer den Schlaf des Gerechten schlief, begann der Dieb, dem Schlafenden mit einer Schere die Hosentaschen aufzuschneiden. In demselben Moment sprang der „Schlafende" auf, packte den Fledderer an der Kehle und drückte ihn auf die Sitzbank nieder. Zugleich sprang der Kriminalschutzmann aus dem Nebenabteil hinzu und war nicht wenig erstaunt, in dem schlafenden Arbeiter einen Kollegen, den Kriminalschutzmann Busdorf, zu entdecken, der in dieser Verkleidung auf den „Fledderer fang" ausgegangen war. Der Festgenommene entpuppte sich als der bereits vorbestrafte Friedrich Walter. Aus der Haft vorgeführt mußte sich W. gestern vor der vierten Strafkammer verantworten. Das Urteil gegen ihn lautete auf neun Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust.

Von der Haftpflicht der Stadtgemeinde beim Straßenbau.

Die Stadtgemeinde Krossen a. O. beabsichtigte im Jahre 1904 die Pflasterung des Fischergäßchens. Im Mai befand sich die Straße in dem Zustande, wie er gewöhnlich vor einer Pflasterung zu sehen ist, und zwar ragte ein Wasserhydrant zirka 10 Zentimeter über das Straßenniveau hervor. Als diese Straße eines Abends im Mai ein Bürger Schulze durchschritt, kam er über den Hydranten zu Fall und machte daraufhin die Stadtgemeinde für die Folgen der Verletzungen aus diesem Unfall verantwortlich. Die Beklagte wendete ein, daß die betreffende Straße nicht zu den verkehrsreichen gehöre und der Kläger bei einiger Aufmerksamkeit das angebliche Hindernis hätte bemerken müssen. Kläger will im Augenblick des Unfalles auf seine Taschenuhr gesehen haben.

Das Landgericht wie auch das Kammergericht zu Berlin nehmen an, daß die Beklagte für den Unfall zu haften habe, nach § 823 B. G.-B., sofern sie ein Verschulden treffe. Letzteres wird ebenfalls für erwiesen angesehen. Das Kammergericht führt u. a. aus: In Uebereinstimmung mit dem Vorderrichter ist anzunehmen, daß durch den hervorragenden Hydranten der Verkehr gehindert und gefährdet wurde, und daß die Beklagte, als sie den Zustand schuf, grob fahrlässig gehandelt hat. Der Umstand, daß die Gasse noch nicht gepflastert war, entschuldigte sie nicht. Der Wassertopf konnte bis zur Pflasterung niedriger gelegt werden. Wollte sie ihn aber so anlegen, um unnötige Arbeit zu sparen, so mußte sie den Platz umzäunen und abends beleuchten. Ein Mittel wäre die Abdachung durch Bretter gewesen. Die Aufstellung eines über den Damm hervorragenden Gegenstandes, über den Menschen stolpern oder stürzen können, erscheint als ein hohes Verschulden, bei dem die Unaufmerksamkeit des Klägers, der die Uhr aus der Tasche gezogen hatte und nicht auf ein solches Hindernis zu rechnen brauchte, nicht in Betracht kommen kann. Fahrlässigkeit des Klägers kann nicht angenommen werden und ist somit die Verurteilung der Stadt begründet.

Das Reichsgericht erkannte dieser Tage auf Zurückweisung der Revision.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

— **A. M., Fichtestraße.** Sie sprechen am zweckmäßigsten mit dem Rektor der Ihnen zunächst liegenden Schule. Die Lage der Schule ersehen Sie aus dem zweiten Teil des Adreßkalenders. — **Reinickendorf 75.** 1. Das Umschreiben der Wirtschaft auf die Ehefrau ist zulässig. Es geschieht am besten notariell. Wenn die Umschreibung aber erfolgt, wie Sie es beabsichtigen, um drohende Gläubiger eventuell zu benachteiligen, so ist die Umschreibung, auch wenn sie notariell oder gerichtlich erfolgt, ungültig und kann strafbar sein. 2. Soweit ersichtlich, sind Sie keineswegs zur Erstattung der von der Armendirektion aufgestellten Forderung verpflichtet. Rechtlich ist der Sohn erst dann zur Unterstützung seiner Eltern verpflichtet, wenn dies möglich ist, ohne seinen eigenen und seiner engeren Familie standesmäßigen Unterhalt zu beeinträchtigen. Zur Erstattung von der Armendirektion verauslagter Kosten ist weder der Unterstützte noch sein Verwandter in Preußen nach zutreffender, aber bestrittener Rechtsansicht verpflichtet. — **A. F. 70.** 1. Sie können Ihre Forderungen beim Amtsgericht einklagen. 2. Ja. — **O. B. 10.** Zu solchen Angaben sind Sie nicht verpflichtet. Wieviel zum Lebensunterhalt gelassen werden muß, hat von Fall zu Fall das Gericht zu entscheiden. — **F. R. M. 30.** 1. Ja. 2. Die Reklamationsfrist ist wahrscheinlich längst verstrichen. Die Frist und die Behörde, an die zu reklamieren ist, ist in der Einschätzung angegeben. 3., 4., 5. Nein. Auch wenn über Ihre Reklamation noch nicht entschieden sein sollte oder wenn Sie die Frist versäumt haben, steht es Ihnen frei, eine Eingabe an den Magistrat (Steuerdeputation) mit dem Antrag zu richten, unter den von Ihnen geschilderten Verhältnissen Ihnen einen Nachlaß oder Aufschub zu gewähren. — **Dissident, Hochstraße.** Jede Leiche wird dort angenommen. Der Anspruch der Kirchengemeinde auf Ausauf ist bestritten. — **E. B.** Die betreffenden Gesellschaften finden Sie im 2. Teil des Adreßkalenders. — **O. R. 1867.** Derartige allgemeine Bestimmungen gibt es nicht. Was Sie wahrscheinlich meinen, finden Sie im Quartierleistungsgesetz und in den Diätats von den Gefängnisverwaltungen. — **R. R. 12.** Ja. — **O. K. 80.** 1. Ist die von Ihnen dargelegte Kündigungsfrist vereinbart, so ist die Kündigung der Herrschaft verspätet. Sie hat Lohn und Kost zu zahlen. 2. Sollten Sie am Ersten entlassen werden, so müßten Sie vor der Anstrengung der Klage beim Amtsgericht sich an den Amtsvorsteher mit dem Antrage wenden, die Herrschaft zu veranlassen, Sie wieder aufzunehmen. Erst nach fruchtlosem Ausfall des polizeilichen Sühneversuches ist der Weg der gerichtlichen Klage einzuschlagen. — **A. B.** Uns nicht bekannt. — **Rat 10.** Die Kündigung gilt nach der herrschenden Rechtsprechung, ebenso eine etwaige Steigerung. — **E. S. 60.** 1. u. 2. Soweit ersichtlich, hat der Chef recht. Wenden Sie sich an die Krankenkasse des Beschäftigungsortes. 3. Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse, Prinzenstraße 66, bei Hintz. — **O. D. 30.** Nein. — **Tempelhof A. K.** Verjährung liegt nicht vor, daher ist zu zahlen. — **M. 144.** Sie können Strafantrag wegen Verletzung Ihres Gebrauchsmusterrechtes sowie wegen Beleidigung an die Staatsanwaltschaft richten. — **F. R. 17.** 1. Die Frist könnte bis zu 6 Monaten dauern, setzen Sie sich mit dem Standesbeamten in Verbindung. Sind Sie nicht Preuße, so müssen Sie auch ein Zeugnis Ihrer Heimatsbehörde beibringen, daß Ihrer Heirat nach dortigem Gesetz ein Hindernis nicht im Wege steht. — **K. 200.** 1. und 2. Ja. 3. Ja, falls aus dem Inhalt des Testaments nichts Gegenteiliges vorliegt. — **O. R.** Nein. — **W. K. 45. F. J. 48.** Nein. — **F. W. 69.** 1. und 2. Nein. Die Schulden eines Minderjährigen, Darlehnsschulden, Bürgschaftsschulden und dergleichen sind ungültig, falls sie nicht nach vollendeter Großjährigkeit ausdrücklich anerkannt werden. 3. Keineswegs. — **F. 62.** Falls nicht etwa Ihr Mietsvertrag gegenteiliges enthält, darf Ihrer Amsel das Pfeifen nicht untersagt werden. — **E. G. 35.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — — **Ebertstr. 2.** Berliner Feuerwehr: 1. Anfangsgehalt 1200 M., alle drei Jahre 100 M. Zulage, Höchstgehalt 1600 M. (nach zwölf Jahren). 2. Bewerber möglichst Bauhandwerker, möglichst jung (doch erst nach Militärdienst). 3. Branddirektor Reichel, Lindenstr. 41. — **F. B. 1881.** Durch andere eingeworfene Fensterscheiben muß der Wirt wieder einsetzen lassen, falls nicht der Mietsvertrag das Gegenteil zuungunsten des Mieters bestimmt. Die in Berlin gebräuchlichen Mietsverträge enthalten solche gegen Mieter ungünstige Vorschrift. — **E. Sch. 26.** Nein, es kann nur die höhere Rente gezahlt werden. — **Hommel.** Teilen Sie bestimmt mit, welche Sie betreffende Frage Sie beantwortet zu sehen wünschen, falls die allgemeine Auseinandersetzung Ihnen nicht genügte. — **H. R. 36.** Falls die Unbrauchbarkeit der Zähne vom Gericht angenommen wird, würde der Zahnarzt zur Rückzahlung verpflichtet sein. — **Josef Sch.** 1. Nein. Beschweren Sie sich bei der Schuldeputation. 2. Leider ja. — **W.** Nein. — **P. L. 12.** Wenden Sie sich an den Leiter der Ihnen zunächst gelegenen Fortbildungsschule. — **W. D. 769.** Ein Rechtsanspruch steht der Frau leider nicht zu. — **H. M. K. 001.** Der Anspruch bis zum 8. Juni ist bevorrechtigte Forderung. Für die spätere Zeit haben Sie volles Gehalt vorweg zu verlangen. Wird das Gehalt nicht gezahlt, so steht Ihnen wiederum ein Anspruch auf den Rest als bevorrechtigte Forderung und außerdem das Recht zu, wegen Nichtzahlung die Arbeit zu verlassen. — **P. O. R. 7.** 1. Die Sache ist leider rechtskräftig entschieden, es hätte der Vater innerhalb einer Woche als Nebenkläger auftreten und Berufung einlegen müssen. 2. und 3. Eine Klage auf Geldzahlung an Stelle der Naturalien erscheint unter den von Ihnen geschilderten Umständen für den Altsitzer nicht aussichtslos. Zwecks Anstellung der Klage ist es ratsam, sich das Armenrecht bewilligen zu lassen. — **R. E.** 1. Ja. 2. Es ist eine angemessene Zeit zu bewilligen; über die Angemessenheit ist im Streitfalle vom Gericht zu entscheiden. — **W. M. 37.** Soweit ohne Einsicht in den Vertrag ersichtlich, sind nicht Sie, sondern Ihre Schwägerin Eigentümer geblieben. Aber auch wenn Sie Eigentümer geworden sein sollten, würde eine Klage wenig Aussicht auf Erfolg haben. — **Ch. H. B. M.** Eine weitere Adresse als New York ist uns nicht bekannt. — **Bruderbund.** Nicht der Verein als solcher, wohl aber die Mitglieder des Vereins könnten vielleicht mit Aussicht auf Erfolg klagbar werden. — **F. G. 101.** 1. Ja. 2. Nein. — **Non plus ultra.** Darüber hinaus gibt es nichts. — **K. B. G. D. 300.** 1. Es wird weiter gepfändet. 2. Mitbieten ist in der Regel überflüssig. 3. Sie müßten dem Gerichtsvollzieher eventuell von neuem einen Auftrag zur Pfändung erteilen oder den Schuldner zwecks Leistung des Offenbarungseides laden, wenn Sie der Ansicht sind, daß er noch pfändbare Gegenstände hinter sich hat. — **H. R. Pankow.** 1. Davon ist uns nichts bekannt. 2. Auskunft über Auswanderungsangelegenheiten erhalten Sie in der amtlichen Auskunftsstelle Schellingstr. 4. — **A. J. 91.** 1. Ja. 2. An den Magistrat Abteilung für Invalidenversicherung, Kölnischer Park. Sie können den Antrag dort auch zu Protokoll geben. 3. Die Höhe hängt von der Höhe der geleisteten Beiträge ab.

Neues populär-wissenschaftliches Prachtwerk

Der Mensch und die Erde

Die Entstehung, Gewinnung und Verwertung der Schätze der Erde als Grundlagen der Kultur

Herausgegeben von **Hans Kraemer** in Verbindung

mit mehr als vierzig der bedeutendsten Fachmänner des In- und Auslandes.

Von dem Bestreben geleitet, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zum Gemeingute des deutschen Volkes zu machen, führt der Verlag in diesem neuen populär-wissenschaftlichen Werke größten Stils

die Erde und ihre Schätze im Dienste der Menschheit

den Lesern in fesselnder, reich illustrierter Darstellung vor Augen. Um dieses gewaltige, in ähnlicher Form bisher noch niemals behandelte Gebiet menschlicher Tätigkeit zu erschließen, haben sich bedeutende Fachmänner zur Durchführung des weitschauenden Planes vereinigt; Meister volkstümlicher Sprache, entwerfen sie in gründlichen Ausführungen

ein umfassendes Bild der praktischen Arbeit des Menschen

von den primitiven Anfängen der Vorzeit bis zu den Höhen der neuzeitlichen Kultur.

Was die Erde auf ihrer Oberfläche trägt, was sie in ihrem Innern birgt, was sie in stetem Wechsel täglich aufs neue hervorbringt, und was der Mensch aus diesen in verschwenderischer Fülle gebotenen Schätzen zu schaffen wußte — all dies bildet den Inhalt von **„Der Mensch und die Erde“.**

In seinem Programm umfaßt das Werk demgemäß die gesamten Produkte der Erde: die Lebewelt in Form von Tieren und Pflanzen, die beweglichen Elemente Feuer und Wasser und die starren, im Schoße der Erde gefesselten anorganischen Produkte des Werdeprozesses der Erde, die der Mensch allmählich gelernt hat mit allen Mitteln der Technik aus den verborgenen Tiefen, in denen sie seit Hunderttausenden von Jahren schlummerten, ans Tageslicht zu ziehen, um aus ihnen die stolzesten und wichtigsten Träger der modernen Kultur zu machen. So bietet denn „Der Mensch und die Erde“ eine **auf der Grundlage der Ergebnisse der modernen Naturwissenschaften aufgebaute Kulturgeschichte der Menschheit in Wort und Bild.**

Diese gewaltige Fülle unentbehrlichen Wissensstoffes, wie sie noch selten geboten wurde, gelangt in **musterhaft übersichtlicher Gruppierung** und in durchaus gemeinverständlicher Form zur Darstellung.

Weit über 4000 Illustrationen, bunte Beilagen und Karten

sowie zahlreiche Extra-Beigaben in unserem bewährten eigenartigen System der Darstellung

führen in sorgfältigster Auswahl alles Wichtige vor Augen und bringen in der Wiedergabe von meist sehr seltenen Darstellungen eine Fülle des wertvollsten wissenschaftlichen und kulturhistorischen Bildmaterials zur Veröffentlichung.

Der Mensch und die Erde

erscheint in vierzehntägigen Lieferungen à 60 Pfg. Das Werk kann auch in Ganzleder-Prachtbänden à 18 Mk. bezogen werden.

In jeder Buchhandlung liegt die erste Lieferung zur Ansicht aus. — Prospekte gratis.

Berlin W. 57. **Deutsches Verlagshaus Bong & Co.**

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seddinsee. (Endstation der „Stern“-Dampfer)

Hermann Peter. Telephon: Grünau No. 39.

Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferstege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Pflege Deinen Teint mit „Posenda“

kohlensäurehaltiges, antiseptisches, herrlich duftendes, preisgekröntes patentamtl. geschütztes **Toilette-Pulver.** Jugendlich aristokratisches Aussehen! Staunend weißer Teint. Keine Röte — gelbe Flecken — Runzeln — Sommersprossen! — Pickel — Mitesser! — Macht das Wasser weich. Tausendfach bewährt und als geradezu ideales **Mittel** bezeichnet. **Wirkung frappant!** Für Damen u. Herren unentbehrlich, 1 Original-Pack 25 Pfennig.

Niederlagen in Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Wo nicht zu haben, direkt von der 727L*

Chemischen Fabrik „POSENDA“, G. m. b. H., Posen O. 240.

Täglich von der **Michaelbrücke** große **Dampfer-Extrafahrten** mit Musik

nach dem beliebten **„Woltersdorfer Schloß“.** Fahrpreis hin u. zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf. Abfahrt vorm. 9 Uhr, nachm. 2 Uhr **nur** von der **Michaelbrücke.** — An Sonnabenden u. Sonntagen sind noch Dampfer dortselbst zu vermieten. 14062*

Jedes **Jenensia-Rad** ein Meisterwerk deutscher Technik.

Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!

Sozial-Räder zu 65.—, **Sozial-Luxus-,** mit Freilauf, zu 100.—,

Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23. R. Groskurth, Berlin C., **Münzstr. 23.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

Turmstraße 76. **Lachmann & Scholz** Ottostraße 1.

Warenhaus.

Um die durch das ungünstige Wetter angesammelten überaus großen Vorräte nach Möglichkeit zu räumen, beginnen wir bis auf weiteres mit einem

Saison-Räumungs-Verkauf.

Diese Woche: Extra-Preise für **Kleiderstoffe, Spitzen, Kurzwaren.**

Doppelte Rabatt-Marken*) geben wir **Dienstag, Mittwoch, Donnerstag.**

*) Wenige Artikel ausgenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Am morgigen Zahlabend wird die Broschüre: „Gegen Volksverdummung“ an die Mitglieder gratis verteilt.

Köpenick. Laut Beschluß der letzten Wahlvereinsversammlung erhalten diejenigen Vorwärtsleser, welche Mitglied des Wahlvereins und von der Maiaussperrung noch betroffen sind (A. E.-G. und F. Spindler) den „Vorwärts“ ab 1. Juni gratis zugestellt. Die Ausgesperrten mögen sich nun beim Genossen Wolk melden.

Hermsdorf. Zu dem am Mittwoch, den 13. Juni, im Forsthaus stattfindenden Diskutierabend werden die Genossen ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Zur Ausgabe gelangen die neuen Mitgliedsbücher. Zwecks Kontrolle sind die alten Bücher mitzubringen.
Der Vorstand

Schmargendorf. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 13. Juni, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Wirtshaus Schmargendorf“, Barnemünderstr. 6, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem Vortrag des Genossen Brückner-Berlin über: Die neue Krankenkassennovelle. Pünktliches Erscheinen jedes Genossen ist erforderlich. Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Heute abend 8½ Uhr bei Barth, Prinz Heinrichstraße, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung. 2. Wahl einer Schiedskommission. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Abrechnungen. 5. Verschiedenes. 6. Speditionsangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Spandau. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß heut abend in allen Bezirken Zahlabend stattfindet.
Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Eisenbahnfahrt vierter Klasse.

Wer auf der Eisenbahn noch nie in der vierten Klasse fuhr, der kann sich schwer eine Vorstellung davon machen, wie weit dort der Mangel an Bequemlichkeit geht und zu welcher Marter eine längere Fahrt in einem Wagen dieser Klasse werden kann. Es gibt Leute, die es noch niemals nötig hatten, eine Eisenbahnfahrt vierter Klasse zu probieren. Und es gibt andere, die sich noch nie in ihrem Leben etwas Besseres als die vierte Klasse leisten konnten. Diese Viertklassigen haben wieder keinen rechten Begriff davon, wie bequem sich's diejenigen machen dürfen, die in der glücklichen Lage sind, tiefer in ihr Portemonnaie hineinfassen zu können. Schon die dritte Klasse, deren Wagen wahrlich nicht luxuriös ausgestattet sind und noch lange kein Uebermaß von Behaglichkeit gewähren, erscheint wie ein Himmel dem, der aus der Hölle der vierten Klasse floh.

Das ist der Klassengegensatz auf der Eisenbahn! Er wirkt wie ein Gleichnis des großen Gegensatzes der Klassen, der durch die ganze Gesellschaft geht und all unsere sozialen Zustände beherrscht. Die Reisenden der zweiten oder gar der ersten Klasse kennen die vierte Klasse nur von außen. Sie betrachten das Bild, das sie bietet, höchstens mal im Vorbeigehen. Ein plumper Wagen in häßlichem Grau mit einer spärlichen Zahl kleiner Fenster — und dahinter ein sich drängendes Gewimmel von Gestalten aller Art! Es wird dem Betrachter nicht schwer, bei diesem Anblick an einen Stall zu denken, in dem das Schlachtvieh hineingepfercht wurde. Die Zweit- und Erstklassigen wenden sich mit einer flüchtigen Empfindung leisen Grauens ab — oder schütteln wohl auch in stiller Verwunderung den Kopf über das, was ihr Auge da drinnen bemerkt. Sie begreifens nicht, wie Menschen „so fahren können“. Und so können auch die oberen und obersten Klassen unserer vom Kapitalismus regierten Gesellschaft es nicht begreifen, wie die unteren und untersten Klassen „so leben können“. Sie schütteln verwundert den Kopf, wenn ein Zufall sie auf den Hof einer vielstöckigen Mietskaserne führt. Sie wenden sich voll Grauen ab, wenn sie einmal in die stickige Luft einer Arbeitsstube, in den betäubenden Lärm einer Werkstatt hineingeraten.

„Der Mensch gewöhnt sich an alles!“ Damit beruhigen die Glücklichen sich, die „so was nicht nötig haben“. Wer es von 6 oder 7 Uhr morgens bis 11 oder 12 Uhr nachts in einem Eisenbahnwagen vierter Klasse aushalten will, der muß sich allerdings in seinem Leben schon an manches gewöhnt haben. Und bei der Behandlung, die die Eisenbahnverwaltungen dem Reisenden vierter Klasse zuteil werden lassen, ist dafür gesorgt, daß der Viertklassige nicht leicht aus der Gewohnheit herauskommt. In dem Pfingstverkehr, den wir nun wieder hinter uns haben, waren wieder 'mal die zum Personentransport eingerichteten Viehwagen zur Mitbenutzung hervorgeholt worden. Für die Reisenden vierter Klasse sind sie ja immer noch gut genug. Auf dem Schlesischen Bahnhofe wurde ein nach dem Osten gehender Zug, der solche Wagen führte, bei der Abfahrt von den Zuschauern mit spöttischem Muh und Mäh begleitet. Die Insassen hatten vorläufig noch Humor genug, in diesen Abschiedsgruß lustig mit einzustimmen. Zwölf Stunden später dürfte ihnen anders zumute gewesen sein.

Ein Freund unseres Blattes, der wohl zu den Anspruchsvollen gehört, schildert uns eine solche Eisenbahnfahrt vierter Klasse, die er nach Pfingsten auf der Rückreise von Allenstein nach Berlin zu erdulden hatte. Dabei erzählt er von einem besonderen Umstand, der vielleicht manchem Unbeteiligten komisch vorkommen wird, von einem im Wagen befindlichen Klosett, dessen Tür — zugenagelt war. Auch die Wageninsassen amüsierten sich zunächst über die fürsorgliche Weisheit, die das zustande gebracht hatte, aber allmählich fanden sie, daß das vernagelte Klosett eigentlich sehr wenig komisch war. Unser Gewährsmann fügt hinzu, während der Fahrt seien am Tage und in der Nacht Männer und Frauen samt den Kindern auf die Plattform hinausgegangen, um dort trotz der Gefahr für Gesundheit oder Leben ihre Notdurft zu verrichten. Es fährt sich so gemütlich auf der Eisenbahn, nicht wahr?

Vermutlich wird die preußische Eisenbahnverwaltung antworten mit der Frage, wer denn früher auf die Idee gekommen sei, für einen Eisenbahnwagen vierter Klasse ein Klosett zu verlangen. Das ist allerdings wahr. Es gab eine Zeit — da galt so etwas nicht 'mal für die dritte Klasse als notwendig. Ja, so sind die Menschen, sie werden immer anspruchsvoller und wollen alle Klassenunterschiede verwischen.

Die Tagesordnung der Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag, den 14. Juni, enthält folgende Beratungsgegenstände: Vorlage zur Kenntnisnahme, betreffend den Uebergang einzelner Zweige der Wohlfahrtspolizei auf die Stadtgemeinde Berlin; Vorlage betreffend die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten für kranke Kinder in den städtischen Krankenanstalten; Vorlage betreffend den Erwerb der Grundstücke Neue Roßstr. 14 und 10 zum Zweck der Verbreiterung der Wallstraße zwischen Neue Grün- und Inselstraße; Vorlage betreffend den Ankauf des Grundstücks Unionstr. 5 für Gemeindeschulzwecke; Vorlage betreffend den speziellen Entwurf zum Neubau von Gemeindedoppelschulen an der Greifenhagenerstraße nördlich der Ringbahn, in der Sonnenburgerstraße und in der Christburgerstraße; Vorlage betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes der städtischen Gaswerke; Vorlage betreffend die Bewilligung einer Unterstützung für die notleidenden Deutschen Rußlands und für die durch den Ausbruch des Vesuvs geschädigten Hilfsbedürftigen; Vorlage betreffend das spezielle Projekt einer Feldbahn auf dem Rieselgute Buch.

Bei den Frühjahrsumzügen zwischen Berlin und seinen Vororten ist diesmal wieder noch deutlicher als sonst die Erscheinung hervorgetreten, daß Berlin mehr Bewohner an die Nachbargemeinden abgibt, als es von dort empfängt. In den Monaten März und April, die alljährlich dem Stadtgebiet Berlin einen besonders lebhaften Bevölkerungsaustausch mit den Vororten bringen, sind diesmal (nach den eingegangenen Meldungen) zusammen 15 336 Personen von den Vororten nach Berlin zugezogen, aber 22 611 von Berlin nach den Vororten weggezogen. Will man von der Unvollständigkeit der Meldungen absehen, so ergibt sich für diese beiden Frühjahrsmonate ein Wegzugsüberschuß von 7275 Personen. Doch dürfte diese Zahl noch zu gering sein; denn unvollständig sind besonders die Wegzugsmeldungen. Gegenüber denselben Monaten des Vorjahres sind diesmal 662 Personen weniger aus den Vororten zugezogen, aber 658 mehr nach dort weggezogen, so daß der Wegzugsüberschuß sich wieder um 1320 erhöht hat. Im März und April vorigen Jahres waren (immer nach den Meldungen) zusammen 15 998 Personen von den Vororten nach Berlin zugezogen und 21 953 von Berlin nach den Vororten weggezogen, so daß der Wegzugsüberschuß sich auf 5955 stellte.

Zur Gründung eines Schwangerenheims, verbunden mit einer Rettungswache für Mütter, erläßt der Bund für Mutterschutz einen Aufruf.

Neues Teilnehmerverzeichnis für die Umgestaltung des Berliner Fernsprechnetzes. Von dem Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen in Berlin und Umgegend wird am nächsten Freitag, den 15. Juni, eine neue Ausgabe verteilt. Infolge der Vermehrung der Anschlüsse ist das Buch jetzt auf nicht weniger als 1104 Seiten angewachsen. In den Vorbemerkungen wird vor allem die Neugestaltung des Berliner Fernsprechnetzes berücksichtigt. In nächster Zeit, heißt es darin fettgedruckt und durch Striche hervorgehoben, wird für die Vermittelungsanstalten 6, 6a und 9 ein neues Vermittelungsamt 6, Körnerstr. 7—10, und für die Vermittelungsanstalten 7 und 7a ein neues Vermittelungsamt 7, Palisadenstr. 90, in Betrieb genommen werden. Die Teilnehmer an den Vermittelungsanstalten 6, 6a und 9 bezw. 7 und 7a werden unter ihrer bisherigen Anschlußnummer an die neuen Vermittelungsämter 6 bezw. 7 geschaltet werden. Es hat sich jedoch aus betriebstechnischen Gründen nicht vermeiden lassen, einer Anzahl die Grundgebühr zahlender Teilnehmer beim Vermittelungsamt 7 nach Inbetriebnahme des neuen Amtes andere Anschlußnummern zuzuteilen. In dem neuen Teilnehmerverzeichnis sind bei den in Betracht kommenden Anschlüssen beide Anschlußnummern in Bruchform angegeben, und zwar die alte Anschlußnummer über, und die neue Anschlußnummer unter dem Bruchstrich, z. B. $7.\frac{1027}{13565}$. Nach Eröffnung des Betriebes bei dem neuen Vermittelungsamt 7, die noch bekanntgegeben wird, erhalten die unter dem Bruchstrich angegebenen Anschlußnummern Gültigkeit. Oeffentliche Sprechstellen sind neu eingerichtet auf den Postämtern 27 und 43 in Berlin sowie bei den Postagenturen Heinersdorf und Borsigwalde. Neue Fernsprechautomaten gibt es beim Telegraphenamt in der Börse sowie bei den Postämtern 33, 118, Westend und Berlin 80 in Wilmersdorf.

Um Selbstentzündungen aufgestapelter Preßkohlen zu vermeiden, müssen die Preßkohlenstapel, worauf das beteiligte Publikum besonders hingewiesen wird, auf je 2 Meter Länge Ventilationskanäle in ihrer ganzen Tiefe und Höhe erhalten. Diese Kanäle lassen sich leicht dadurch herstellen, daß zwei Preßkohlen mit 6 Zentimeter Zwischenraum als Läufer und über dieselben gleichfalls zwei Preßkohlen mit demselben Zwischenraum als Binder und in der gleichen Weise durch den ganzen Stapel flach hingelegt werden, und zwar dergestalt, daß dadurch nicht nur ein senkrechter Luftkanal, sondern auch zwei sich kreuzende horizontale Kanäle gebildet werden. Die durch letztere stattfindende Lufterneuerung erscheint geeignet, Selbstentzündungen der Preßkohlen zu hindern.

Von großem Interesse für das Publikum dürfte eine Neueinrichtung sein, die gestern in dem neuen Kriminalgericht in Kraft getreten ist. In dem Vorraum des Mittelgebäudes, Hauptportal IV, Turmstr. 91, ist eine Briefannahmestelle für die Landgerichte I, II und III und für die Schöffengerichte Berlin-Mitte, Berlin-Tempelhof, Berlin-Schöneberg und Berlin-Wedding eingerichtet. Die bei dieser gemeinschaftlichen Annahmestelle abgegebenen Briefschaften, Strafanzeigen, Eingaben 2c. werden kostenlos an die betreffenden Behörden weiterexpediert. Eine bemerkenswerte Neuerung, die eine große Bequemlichkeit für das Publikum bedeutet, besteht darin, daß bei dieser Briefannahme nicht nur wie bisher ausschließlich auf Strafsachen bezügliche Briefschaften angenommen werden, sondern auch die für die Zivilabteilungen der erwähnten Gerichte bestimmten Sendungen. Ausgeschlossen sind hierbei nur Grundbuch- und Testamentssachen. Um diese Zivilprozeßangelegenheiten in kürzester Zeit an die in Frage kommenden Behörden gelangen zu lassen, ist ein besonderer Eilbotenverkehr von dem Moabiter Kriminalgericht nach den übrigen Gerichtsstellen eingerichtet worden, so daß nun Briefe, die am Vormittag aufgegeben, noch an demselben Tage vorgelegt werden. Briefschaften, die nach zwei Uhr nachmittags abgegeben werden, gelangen schon am nächsten Morgen vor acht Uhr in die Hände der Adressaten.

Zwei Kinder verbrannt.

Ein erschütterndes Brandunglück, bei dem zwei Kinder im zartesten Alter den Tod fanden, spielte sich in der Nacht zum Sonntag in der Camphausenstraße 5 ab. Dort wohnt seit einem halben Jahre der Restaurateur Oskar Beermann, der im Vorderhause eine Stehbierhalle betreibt und im ersten Stock des rechten Seitenflügels eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung inne hat. Seine Familie besteht aus Frau und vier Kindern im Alter von acht Wochen bis vier Jahren. Während nun die beiden jüngsten Kinder bei den Eltern in der Stube schliefen, hatten der dreijährige Kurt und der vierjährige Albert ihre Schlafstätte in der Küche. Diese beiden Knaben waren gegen 8 Uhr abends gebadet und zu Bett gebracht worden. Als um 1 Uhr früh die Schankwirtschaft geschlossen war, sah der Vater nach den schlafenden Kindern in der Küche, ohne dabei etwas Verdächtiges zu bemerken. Früh 6 Uhr wollte er die Küche betreten, doch drang ihm beim Oeffnen der Tür dicker Qualm und starke Hitze entgegen. Hülferufend eilte er in die Wohnstube zurück und brachte mit Hülfe seiner Frau die beiden jüngsten Kinder zu einer Flurnachbarin. Als dann erschreckte Hausbewohner in die Küche stürmten, bot sich ihnen ein herzzerreißender Anblick dar. Unmittelbar neben der Tür lag der kleine Kurt halb verkohlt als Leiche. Seine Haut war an zahlreichen Körperstellen geplatzt. Der unglückliche Knabe hatte also noch versucht, der ihm drohenden Gefahr zu entrinnen, hatte aber nicht vermocht, die Tür zu öffnen und war dann, vom Rauch betäubt, niedergesunken. Sein Brüderchen lag im Bett und gab noch schwache Lebenszeichen von sich, weshalb man ihn schleunigst nach dem Urbankrankenhause schaffte. Kurz nach seiner Einlieferung verstarb er indes auch an der erlittenen Rauchvergiftung. Die inzwischen herbeigerufene Feuerwehr löschte den Küchenbrand, der in der Hauptsache den Fußboden und einige Möbelstücke erfaßt hatte, in kurzer Zeit ab. Es wird vermutet, daß das Feuer durch den Schornstein entstanden ist, doch sind die Ermittelungen hierüber noch nicht abgeschlossen. Die beiden Leichen wurden nach dem Schauhause gebracht. —

Von dem zum Tode verurteilten Raubmörder Hennig ist jetzt beim Landgericht zu Potsdam eine 16 Seiten lange Revisions-Rechtfertigungsschrift eingegangen. Hennig hat sich nicht damit begnügt, seinem Verteidiger allein die Abfassung der Schrift zu überlassen, sondern machte sich im Untersuchungsgefängnis zu Moabit selber dabei, eine solche auszuarbeiten. Er arbeitete verschiedene Tage daran und ließ sich dazu mehrere Rechtsbücher kommen. Nachträglich ist Hennig noch eingefallen, daß er einen Punkt nicht aufgeklärt habe und er sandte deshalb noch einen Nachtrag an das Gericht ein. Um Gültigkeit zu haben, mußten diese Hennigschen Selbstarbeiten von seinem Verteidiger legalisiert werden.

Um das Virchow-Denkmal. Gestern fand im Rathause eine Sitzung der Kommission zur Vorberatung der Entwürfe für das Virchow-Denkmal statt; es handelte sich dabei um die Aenderung des Denkmalsentwurfes von Fritz Klimsch. Die Ansichten gingen in der Kommissionssitzung, der unter anderen Oberbürgermeister Kirschner und die Professoren Waldeyer und Posner beiwohnten, sehr auseinander, eine Einigung konnte nicht erzielt werden. So mußte die Sitzung resultatlos vertagt werden.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Sonntag abend auf dem Gesundbrunnen. Durch die Koloniestraße war eine leere Droschke gefahren und eine größere Anzahl spielender Kinder baten den Kutscher, doch eine Strecke mitfahren zu dürfen. Der Rosselenker wollte den Kleinen eine Freude bereiten und ließ sie in die Droschke hineinklettern. Als der Wagen überfüllt war, hingen sich noch einige Kinder hinten und an der Seite fest, um auch mitfahren zu können. Während der Fahrt geriet der zehnjährige Schüler Richard Geißler, Koloniestr. 71, plötzlich mit den Beinen in die Radspeichen und wurde mehrere Male mit herumgeschleudert. Auf die Angstrufe der Kinder hielt der Kutscher an und befreite den Kleinen aus der entsetzlichen Lage. G. hatte doppelte Beinbrüche sowie schwere innere Verletzungen erlitten und wurde in fast hoffnungslosem Zustande in das städtische Kinderkrankenhaus eingeliefert.

Schwere Folgen hat ein Ueberfall gehabt, welchem in der gestrigen Nacht der 21jährige Zuschneider Paul Schönebeck aus der Greifswalderstr. 228 zum Opfer gefallen ist. Der junge Mann war am Sonntagabend mit seinem Freunde Gustav Kasche in der Gastwirtschaft von Gülle in der Greifswalderstr. 214 gewesen und hatte sich gegen Mitternacht auf den Heimweg begeben. Nicht weit vom Elternhause entfernt wurde Sch. plötzlich von zwei vorübergehenden unbekannten Personen ohne irgend welche Veranlassung angerempelt. Als er sich dies höflich verbat, griff einer der Fremden in die Tasche, holte ein Messer hervor und stach die Klinge dem ahnungslosen jungen Menschen tief in den Hinterkopf. Hierauf entflohen die gefährlichen Burschen. Sch. wurde von seinem Freunde in einer Droschke nach der Unfallstation in der Keibelstraße gebracht und begab sich, nachdem er dort die ersten Notverbände erhalten hatte, nach seiner Wohnung. Als ihn die Mutter gestern morgen wecken wollte, erfaßten ihre Hände einen erstarrten Toten. Sch. war in der Nacht gestorben. Jedenfalls ist infolge der Schädelverletzung ein Gehirnschlag eingetreten und hat dem jungen Leben ein jähes Ende bereitet. Die Leiche ist von der Polizei beschlagnahmt worden. In den Tätern ermittelte die Kriminalpolizei zwei Brüder und verhaftete sie gestern nachmittag.

Verhaftung von acht Kupferdrahtdieben. Die fortgesetzten Diebstähle an Kupferdraht, wodurch sowohl die Postverwaltung als auch Privatgesellschaften schwer geschädigt wurden, haben jetzt wenigstens teilweise ein Ende gefunden. Es ist den Polizeibehörden gelungen, nicht weniger als acht gefährliche Drahtdiebe unschädlich zu machen. Drei Täter entfallen auf Grunewald, deren Verhaftung einem auf der Streife befindlichen Polizeibeamten gelang. Im Besitze der Burschen befanden sich noch große Mengen Metallhülsen, Drähte usw. Man glaubt bestimmt, daß man in den dreien jene Täter festgenommen hat, die vor einigen Tagen in der Berlinerstraße in Wilmersdorf nicht weniger als 92 Fernsprechleitungen durchgeschnitten haben. Außerdem konnten noch fünf Kupferdrahtdiebe durch die Lichtenberger Polizei verhaftet werden. Es sind alles „Gelegenheitsarbeiter“ aus Lichtenberg und Rummelsburg, die in letzter Zeit durch Beraubung elektrischer Anlagen, Telephondraht- und Bleiröhrendiebstähle erheblichen Schaden angerichtet haben. Unangenehme Folgen dürfte die Verhaftung der fünf Diebesgesellen noch für mehrere Produktenhändler haben, welche als Hehler in Betracht kommen.

Fünf Segel- und Ruderboote kenterten vorgestern nachmittag auf der Südseite des Müggelsees, wobei die Insassen, insgesamt fünfzehn Personen, in Lebensgefahr gerieten. Das auf dem Wasser kreuzende, nach Rahnsdorf gehörige Motorboot „Müggelsee“ leistete in allen Fällen Hülfe. Es gelang dem Führer und der Bemannung des Bootes, die fünfzehn Verunglückten zu retten und auch vier der gekenterten Fahrzeuge ins Schlepptau zu nehmen. Die Unglücksfälle sind zum Teil durch ungeschickte Segelführung, zum Teil durch die Unvorsichtigkeit der Ruderer herbeigeführt worden. Bei zwei weiteren Bootsunfällen auf der Kleinen Müggel griff die Mannschaft der Rettungsstation helfend ein, und auch in diesen Fällen gelang es, die sämtlichen ins Wasser Gestürzten zu retten, bevor sie ernsteren Schaden genommen hatten.

Aus der Selbstmordchronik. Traurige Ueberraschungen wurden dem Metalldrücker P., Skalitzerstr. 58, und dem Arbeiter L., Köslinerstraße 9, zuteil, als sie am Sonnabendabend heimkehrten. P. fand seine 38jährige Ehefrau auf ihrem Bette zur Leiche erstarrt vor. Vor dem Bette standen zwei geleerte Bierflaschen und ein Fläschchen, das noch einen kleinen Rest Salzsäure enthielt. Mit dem Bier hatte sich die Lebensmüde zu ihrer unseligen Tat wahrscheinlich Mut antrinken wollen. Aus Furcht vor dem Arzte war die Unglückliche in den Tod gegangen. Sie war im höchsten Grade nervenleidend und sollte sich deswegen in ärztliche Behandlung begeben. Hiergegen sträubte sich Frau P. jedoch mit aller Gewalt und zog es schließlich vor, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. — Als der Arbeiter L. am Sonnabendabend seine Wohnung betrat, bot sich ihm auf dem Korridor ein erschütternder Anblick. Seine Frau hatte sich am Türpfosten erhängt und war bereits tot. Sie hatte sich ebenfalls eines

Nervenleidens wegen das Leben genommen. — Eine traurige Aufklärung hat jetzt das Verschwinden des Bauarbeiters Karl Meister gefunden. M. ist gestern am Nordhafen als Leiche aus dem Wasser gelandet worden. Arbeitslosigkeit hat ihn angeblich in den Tod getrieben. — Die Leiche eines unbekannten Selbstmörders ist in der gestrigen Nacht an der Fruchtstraße aus der Spree geborgen worden. Der Tote hat schon längere Zeit im Wasser gelegen und anscheinend den besseren Ständen angehört. — Mit dem Modegift Lysol hat sich in der vergangenen Nacht das 15jährige Hausmädchen Maria St., das bei einem Frl. Sch. am Lützow-Ufer 36 in Stellung war, das Leben genommen. Als nachts gegen 1 Uhr die Herrschaft des jungen Mädchens heimkehrte, drangen aus dessen Zimmer röchelnde Töne. Die verschlossene Tür wurde gewaltsam geöffnet und sterbend fand man die St. auf dem Bette vor. Auf Anordnung des von der Unfallstation am Zoologischen Garten hinzugerufenen Arztes wurde die jugendliche Selbstmörderin in das Elisabethkrankenhaus gebracht, starb aber bald nach ihrer Einlieferung. Das Motiv zu der unseligen Tat ist angeblich auf unglückliche Liebe zurückzuführen.

Pferd und Wagen gestohlen wurden dem Gastwirt Iwert, der eine größere Menge Lebensmittel eingekauft hatte und mit seinem Fuhrwerk an der Köpenickerstraße hielt, um daselbst noch eine Besorgung zu erledigen. In der Zwischenzeit wurde das Gefährt entführt, und als der Gastwirt eine Viertelstunde wieder die Straße betrat, war das Fuhrwerk verschwunden. Die sofort benachrichtigte Polizei ermittelte Pferd und Wagen am Kottbuser Damm, wo es unbeaufsichtigt auf der Straße stand. Die Ladung war jedoch eine Beute der Spitzbuben geworden.

Gesperrt. Der nördliche Damm der Seestraße zwischen Guinea- und Amrumerstraße wird behufs Umlegung vom 11. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Auf einer Fahrt von Lippehner- bis Hochmeisterstraße ist am Sonntag eine Notenmappe mit vier Liedern des Arbeiter-Sängerbundes und 100 Billetts des Arbeiter-Sängerfestes in Friedrichshagen (Billettnummern von 7101—7200) in einer Kraftdroschke (Landauer) zurückgelassen worden. Der Droschkenführer wird gebeten, die Sachen bei Otto Saß, Lychenerstr. 119, abzugeben.

Der Kassierer des zweiten Reichstags-Wahlkreises hat am Sonntag auf seiner Tour in der Steinmetzstraße ein Damenjackett gefunden, das er dem Verlierer gern abgeben möchte. Derselbe soll sich melden bei Gustav Schmidt, Bülowstr. 52, IV. Aufg. parterre.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 13. Juni, 7½ Uhr, veranstaltet der königl. Musikdirektor Bernhard Irrgang in der St. Marien-Kirche ein Orgelkonzert mit Orchester unter Mitwirkung von Frau Erna v. Storch (Sopran), Herrn königl. Kammermusiker Paul Treff (Cello) und dem Orchester des Brandenburgischen Konservatoriums. Leitung: Herr Bruno Wittel, Musikdirigent am königl. Schauspielhause. Es kommt u. a. das Orgelkonzert in g-moll mit Orchester von Rheinberger zum Vortrag. Der Eintritt ist frei.

Vorort-Nachrichten.

Friedrichsfelde.

Ein nettes Stückchen hat sich kürzlich unsere Steuerverwaltung geleistet. Der Rentenempfänger B., ein alter, seit vielen Jahren arbeitsunfähiger Mann, welcher noch seiner ebenso alten vollständig bettlägerigen Ehefrau aufzuwarten hat, hatte schon vor einem Jahre eine Aufforderung zur Steuerzahlung erhalten. Da die Leute Armenunterstützung bezogen, wurde auf erfolgten Einspruch die Steuer niedergeschlagen. Nun hieß es aber, die Leute sollten Vermögen haben und deshalb wurde die Armenunterstützung wieder eingestellt. Tatsächlich sollen die alten Leute für ihre eventuelle Beerdigung sich eine Kleinigkeit zurückgelegt haben, die aber seit einiger Zeit, trotz Unterstützung der Kinder, aufgebraucht ist. Ein erneutes Gesuch um Armenunterstützung ist bisher nicht beantwortet worden, dafür aber erschien wiederum — der Steuererheber!

Natürlich konnte er nichts bekommen, denn wo nichts ist, kann auch der Steuererheber nichts holen. Aber bezeichnend für die Einschätzungsverhältnisse am Ort bleibt dieses Vorkommnis jedenfalls.

Reinickendorf.

Achtung! Gewerbegerichtswahl! Heute Dienstag, den 12. Juni, nachmittags von 5—7 Uhr, findet in Reinickendorf die Gewerbegerichtswahl statt. Der 1. Bezirk (Westen) wählt in A. Müllers Restaurant, Scharnweberstr. 14 und der 2. Bezirk (Osten) in A. Leders Schützenhaus, Residenzstr. 1/2. Wahlberechtigt ist jeder 25 Jahre alte in Reinickendorf wohnende bezw. beschäftigte Arbeiter. Als Wahllegitimation dient für die in Reinickendorf Beschäftigten eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde oder die letzte Steuerquittung. Formulare zu diesen Bescheinigungen sind bei den Werkstattvertrauensleuten, sowie im Rathaus, Zimmer 11, zu haben. Es ist unbedingte Pflicht, daß jeder in Reinickendorf wohnende bezw. beschäftigte Arbeiter die Gelegenheit benutzt, die Rechtsprechung über die aus seiner Beschäftigung entspringenden Streitigkeiten in die Hände solcher Männer zu legen, die auch volles Vertrauen der Arbeiter verdienen. Unsere Genossen haben folgende Kandidaten aufgestellt:

Für den 1. Bezirk (Westen): Dreher **Karl Räthke**, Scharnweberstr. 134; für den 2. Bezirk (Osten): Klempner **Emil Lüders**, Nordbahnstr. 33; Maurer **Ernst Hirsch**, Amendestr. 104; Bauarbeiter **Otto Hornburg**, Hoppestr. 24.

Arbeiter! Parteigenossen! Erfüllt Eure Pflicht, indem Ihr der obigen Kandidatenliste zum Siege verhelft!

Wilmersdorf.

Das hiesige Lokalblättchen, die „Wilmersdorfer Zeitung" will sich einer Aenderung unterziehen und ein „unabhängiges Lokalblatt für freien Meinungsaustausch" werden. Es gibt offen zu, daß der von ihm bisher gelieferte politische Inhalt zum Teil immer veraltet gewesen sein und um den Wünschen nach Verbesserung Rechnung zu tragen und den lokalen Teil mehr auszubauen, soll das Blättchen nicht mehr täglich, sondern zweimal wöchentlich erscheinen. Sicherlich ein erheblicher Fortschritt! Jetzt wird natürlich, wie jeder Laie verstehen wird, auch der lokale Teil bei einem zweimaligen Erscheinen in der Woche genau so veraltet sein, als der politische es immer schon war. Jedenfalls hat das Konsortium, das nach Behauptungen, die in einem Lokalverein kürzlich aufgestellt wurden, über den Inhalt des Blattes bestimmte, die Hoffnung aufgegeben, aus dem Blättlein etwas Vernünftiges zu machen.

Das Fell des Bären soll verteilt werden, noch ehe der Bär erlegt ist. Am 22. Juni wollen Delegierte der verschiedenen Vereine Wilmersdorfs zu einer Vorbesprechung der für die Stadtverordnetenwahlen zu ergreifenden Maßnahmen zusammentreten. Offenbar handelt es sich darum, sich zu verständigen über die in Frage kommenden Kandidaten und deren Verteilung auf die einzelnen Bezirke. Hoffentlich machen unsere Parteigenossen durch eine intensive Wahlagitation den Herren Gegnern durch ihre Rechnung einen großen Strich, indem sie bessere Erfolge erzielen als bei der letzten Gemeindevertreterwahl.

Treptow-Baumschulenweg.

Ein trauriger Vorfall hat sich am Sonnabendnachmittag in der Kiefholzstr. 188 abgespielt. Nach einem voraufgegangenen Familienstreit hat die Frau des Brauereiarbeiters Wicke versucht, durch Trinken von Schwefelsäure ihrem Leben ein Ende zu machen. Der zur ersten Hülfeleistung herbeigerufene Arzt ordnete die sofortige Ueberführung nach dem Britzer Krankenhause an, wo die Bedauernswerte hoffnungslos daniederliegt.

Lankwitz.

Damit die Religion dem Volke erhalten werde, wurde in Lankwitz gestern vormittag eine Kirche — Dreifaltigkeitskirche ist sie getauft — eingeweiht. Die Frommen mußten sich diesmal mit der Gegenwart des Prinzen August Wilhelm aus dem kaiserlichen Hause begnügen.

Ober-Schöneweide.

Heute nachmittag 5 Uhr findet in der Schulaula eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Interpellation unserer Genossen betreffend das Polizeiaufgebot anläßlich der Maiaussperrung.

Oranienburg.

Totgequetscht. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Sonnabend nachmittag in der chemischen Fabrik „Germania" in Oranienburg. Der 62jährige Arbeiter Barsekow benutzte einen hydraulisch betriebenen Lastenaufzug, um sich nach der zweiten Etage des Fabrikgebäudes zu begeben, vermochte jedoch, mit der Einrichtung des Fahrstuhls nicht genügend vertraut, denselben nicht wieder zum Stehen zu bringen. Er wurde infolgedessen zwischen der Platte des Aufzuges und der Decke festgeklemmt und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er wenige Minuten später denselben erlag.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit der Beleuchtung des Luisenplatzes und des Brandenburger Tores, die eine Verbesserung durch Vermehrung der jetzigen zwei elektrischen Bogenlampen erfahren sollen. Es wird beschlossen, die provisorisch aufgestellten beiden Lichtmasten aus Holz durch eiserne zu ersetzen, deren Kosten zusammen 780 M. betragen. Der zweite Teil dieses Magistratsantrages, der die Vermehrung der elektrischen Bogenlampen in der Umgebung des genannten Platzes (Alte Luisenstraße und Allee nach Sanssouci) fordert, wird zur näheren Prüfung an die Beleuchtungskommission zurückverwiesen. Da die Kosten (3800 M.) für diese im Interesse des Verkehrs wünschenswerte elektrische Beleuchtungsanlage bis auf 1300 M. bereits bewilligt sind, so handelt es sich hier wohl mehr um einen kleinen „Kompetenzkonflikt" zwischen den verschiedenen Instanzen. Daß zwei beteiligte Stadträte über eine Magistratsvorlage so verschieden „informiert" sind, daß ihre Ausführungen allgemeine Heiterkeit erwecken, läßt allerdings auf ein sehr „kollegiales" Verhältnis schließen. — Die hierauf zur Beratung stehende Errichtung einer Volksbadeanstalt wurde auf dem schleunigsten Wege erledigt: Ueberweisung an einer gemischte Kommission. Wenn die Sache so weiter geht wie bisher, dann kann diese Frage bald ihr 25jähriges Jubiläum feiern; denn seit 23 Jahren beschäftigt sich die Stadt schon mit diesem Projekt einer Volksbadeanstalt, das nicht leben und nicht sterben kann. — Schneller wurden die lokalen Klagen über die in „schlechtem Geruche" stehende Kläranlage in der Neuen Luisenstraße beseitigt. Zur Beseitigung der üblen Ausdünstungen, durch die sich die in die Havel geleiteten geklärten Abwässer namentlich an warmen Tagen bemerkbar machen, werden 7000 M. bewilligt. — Die bereits in Angriff genommene Regulierung der Kaiser Wilhelm- und Hohenzollernstraße wird einer Sonderkommission überwiesen, die die Projekte für die gärtnerischen Anlagen usw. prüfen soll. In der nächsten Sitzung soll diese Vorlage, die einen Kostenaufwand von 223 000 Mark (inkl. Anliegerbeiträgen) erfordert, endgültig erledigt werden. — Eine längere Debatte zeitigte die geplante Errichtung einer Eisfabrikationsanlage auf dem Schlachthofe. Die Anregung zu dieser Anlage haben die Schlächter gegeben, die durch die im letzten Winter äußerst schwache Gewinnung von Natureis ebenso vor einer Kalamität stehen, wie die Gastwirte, Krankenhäuser usw. Die Gesamtproduktion von jährlich zirka 14 000 Zentnern Eis wurde auf die Dauer von fünf Jahren einem hiesigen Unternehmerkonsortium verpachtet. Der Preis beträgt 60 Pf. pro Zentner. Wohl aus Angst vor dem hierbei zutage tretenden „Gemeindesozialismus" führten die Stadtverordneten Herrmann II und Friedrich entgegen einer ganz vernünftigen Anregung des Stadtv. Froelich (Reichstagsabgeordneter) über Festsetzung der Wiederverkaufspreise durch die Generalvertriebsstelle aus, daß dem freien Spiel der Kräfte der Monopolinhaber kein Zwang angetan werden solle. Das heilige Recht des unbeschränkten Profits siegte denn auch. Bewilligt wurden dann noch die Mittel zur notwendigen Vergrößerung des Elektrizitätswerkes. Die Kostensumme von 350 000 M. soll durch Anleihe gedeckt werden. — Ebenso schnell wurde die Vorlage betreffend die Tieferlegung der Kanalisationsheberleitung in der Teltower Vorstadt erledigt. Die Kosten betragen 6500 M. Ferner die Anlage eines Wasserdruckständers bei der Berliner Brücke, um den dort haltenden Droschkenkutschern usw. das nötige Wasser für ihre Pferde zu liefern. Kosten: 300 Mark.

Damit war die ausnahmsweise kurze Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt; sie dauerte nur 1½ Stunde und zeigte vielfach schon die ersehnte „Ferienstimmung".

Vermischtes.

Düsseldorf, 11. Juni. Hier wurde der Polizeisergeant Döhmen wegen Verleitung zum Meineid verhaftet.

Aus der Untersuchungshaft entlassen wurde der Tischlergeselle Fritz Hetsch aus Bornstedt, welcher am Abend des dritten Pfingsttages mit dem Zigarrenhändler Max Vierkant aus Potsdam in Streit geriet, im Verlauf dessen er dem Vierkant mit seinem Spazierstock über den Kopf schlug, worauf derselbe tot umfiel. Die Affäre, die verschiedentlich als ein Mord dargestellt wurde, hat bei der gerichtlichen Untersuchung ergeben, daß nicht einmal ein Totschlag vorliegt, denn durch die Obduktion wurde festgestellt, daß der Tod Vierkants auch durch starken Alkoholgenuß, der bei dem vorhergehenden Aerger einen Blutandrang nach dem Kopfe herbeiführte, hervorgerufen sein kann. Die Untersuchung dauert fort.

Ueber die Herkomerfahrt liegen folgende weitere Unglücksnachrichten vor: Wien, 10. Juni. Bei der Fahrt auf der Semmeringstraße erlitt beim Passieren einer Kurve in der Nähe von Schottwien Wagen Nr. 8 Radbruch. Der nachfolgende Wagen Nr. 11 fuhr den Wagen Nr. 3 an und erlitt hierdurch einen Rad- und Achsenbruch. Der nachfolgende Wagen Nr. 51 wollte ausweichen und fuhr in die Böschung. Hierbei erlitt er eine Beschädigung des Vordergestells. Sämtliche 3 Wagen dürften die Fahrt aufgeben. Verletzt wurde niemand.

Velden, 11. Juni. Hier wurde ein Mann von einem der an der Herkomerkonkurrenz teilnehmenden Wagen überfahren und leicht verletzt.

Innsbruck, 11. Juni. An den gefährlichsten Stellen des Zirler Berges sind von Eisenbahnsoldaten Feldtelephonapparate aufgestellt worden, um Unfälle, die sich bei der Herkomerfahrt etwa ereignen sollten, rasch melden zu können.

Ueber einen schweren Eisenbahnunfall wird aus St. Goarshausen amtlich berichtet: Heute früh um 1 Uhr 15 Minuten fuhr der Güterzug 6701 in St. Goarshausen bei der Einfahrt infolge Nichtbeachtung des auf Halt stehenden Einfahrtsignals in den rangierenden Güterzug 7258. Ein Bremser des Güterzuges 6701 wurde getötet, ein Zugführer, ein Bremser und ein Lokomotivführer wurden leicht verletzt. Beide Hauptgleise sind gesperrt. 26 Wagen sind entgleist und stark beschädigt worden. Zum Teil wurden die Wagen durch Feuer zerstört. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Ueber einen Eisenbahnunfall, der sich am Sonnabend bei Stralsund ereignete, wird amtlich gemeldet: Sonnabend nachmittag 6¼ Uhr wurden auf Haltepunkt Voigdehagen der Nordbahn der Rottenführer Stoffregen und Fräulein Seeger aus Elmenhorst vom Zuge 228 überfahren. Fräulein Seeger war unter der geschlossenen Schranke des Wegeüberganges von Voigdehagen durchgekrochen, lief kurz vor dem Zuge trotz warnender Zurufe über das Gleis und fiel auf dieses. Stoffregen wollte sie retten und wurde dabei ebenfalls von der Lokomotive erfaßt.

Eine Familie vergiftet. In dem Gotha benachbarten Dorfe Apfelstädt, am Nordabhang des Thüringer Waldes, hat sich der Aufsehen erregende Fall der Vergiftung einer Familie durch Arsenik ereignet. Der Besitzer des Gasthofs zum „Weißen Roß", namens Ritter, der seit längerer Zeit verwitwet ist, bereitete am Freitag für seine Hausgenossen das Mittagsmahl bestehend aus Erbsen und Schwarten. Um die Erbsen recht weich zu bekommen, pflegte er ihnen nach bekannter Weise einige Messerspitzen kohlensaures Natron beizumengen. Auch am Freitag fragte er das Dienstmädchen nach dem „weißen Pulver" und machte davon den gewohnten Gebrauch. Der Knecht des Hauses, der vor den übrigen Hausgenossen sein Mittagessen einnahm, verspürte alsbald ein heftiges Unwohlsein, dem aber keine Bedeutung beigelegt wurde. Es setzten sich darauf der Wirt, dessen Bruder, das Dienstmädchen, der Einwohner Hartung aus Apfelstädt und eine am Ort weilende Frau Euchler aus dem Nachbardorf Wölfis zu Tisch. Auch diese fünf Personen erkrankten alsbald an auffälligen Symptomen unter qualvollen Schmerzen. Man rief aus Wandersleben einen Arzt telephonisch herbei. Als dieser am Freitag abend eintraf, fand er den 79jährigen Einwohner Hartung bereits als Leiche. Als am Sonnabend vormittag die Gerichtskommission aus Gotha eintraf, stand man zunächst vor einem Rätsel. Der Wirt wollte nicht mit der Sprache heraus. Schließlich ließ er sich herbei, das weiße Pulver zu holen, das er in der Meinung, es sei Natron, den Erbsen beigemengt hatte. Die beiden beamteten Aerzte, welche der Kommission angehörten, stellten alsbald fest, daß das Pulver Arsenik war. Am Sonnabend mittag ist auch der 63jährige Bruder des Wirtes den Folgen der Vergiftungen erlegen. Die übrigen Personen liegen schwer krank danieder, doch ist Hoffnung auf Erhaltung ihres Lebens vorhanden.

Feuersbrunst. Southampton, 10. Juni. Eine Feuersbrunst in den Docks zerstörte ein großes Lagerhaus und mehrere Waggons der Eisenbahn, das Dampfboot „Trenu" wurde beschädigt; der Schaden wird auf über eine Million Pfund Sterling geschätzt.

Dynamitexplosion. Lancaster (Pennsylvanien), 9. Juni. Heute ereignete sich in einer Dynamitfabrik bei Pequea eine Explosion, durch welche die Fabrik zerstört, elf Personen getötet und fünf schwer verwundet wurden.

Neue Erdstöße werden aus Kalabrien gemeldet. Es liegen folgende Berichte vor:

Rom, 10. Juni. In Pizzo, Tropea, Messina und Reggio di Kalabria wurden heute früh Erdstöße wahrgenommen.

Monteleone (Kalabrien), 10. Juni. Letzte Nacht wurden hier zwei starke Erdstöße verspürt, durch die die Bevölkerung veranlaßt wurde, sich ins Freie zu flüchten. Schaden ist nicht entstanden.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Züllichau-Schwiebus-Crossen-Sommerfeld. Dienstag, den 12. Juni, abends 8½ Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. Abteilung I und III. Mittwoch, den 13. Juni, abends 8 Uhr: Abteilungsversammlung im Gewerkschaftshause (Saal 7).

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 37. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Das Fazit der letzten Reichstagssession. Von A. Bebel. — Eine ethisch-ästhetische Geschichte der Pariser Kommune. Von K. Kautsky. — Programm der Sozialrevolutionären Partei Rußlands. (Beschlossen auf dem Parteitag im Januar 1906.) — Die belgischen Kammerwahlen. Von Camille Huysmans. — Zum Abschluß des Kampfes um die preußische Volksschule. Von Heinrich Schulz. — Organisation für die theoretische Bildung der Arbeiterklasse. Von J. Stern. — Literarische Rundschau: Lic. Traub, Arbeit und Arbeiterorganisation. Von Georg Weill.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 12 des 16. Jahrganges zugegangen. Die Nummer hat folgenden Inhalt: Aufruf der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Aus dem Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905. I. Von g. h. — Henrik Ibsen. — Frauenwahlrecht und Sozialdemokratie in Holland. Von H. Roland-Holst. — Sechster Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Von W. K. — Vom Kampf um das Frauenwahlrecht in England. Von M. Beer-London. — Der Kampf um die Rente. Von E. G. (Schluß.) — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Mannheims. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Katzenstein. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Konferenz der in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Von Luise Zietz. — Frauenstimmrecht. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Feuilleton: Der Eisenbahnzug. Von Ferdinand v. Saar. (Gedicht.) — Der alte Jergil. Von Maxim Gorki. (Fortsetzung.) — Der Ziegelschlag. Von Ferdinand v. Saar. (Gedicht.)

Für unsere Kinder: Hammerlied. Von Ernst Klaar. (Gedicht.) — In der Ferienkolonie. — Junge Kätzchen. Von Ludwig Jakobowski. (Gedicht.) — Sepp, der Tunichtgut. Von Anton Fendrich. IV. — Schaf in der Schur. Von Anna Maria Biel. (Gedicht.) — Vom kleinen Watteflöckchen. Von Elisabeth Hartmann-Harder. (Fortsetzung.) — Ein Ringelreihen. Von Anna Maria Biel. (Gedicht.)

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Der **„Wahre Jacob"** hat soeben die 12. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Väterchens Zukunft" und „Jeder Preuße ist vor dem Gesetz gleich", sowie die weiteren Illustrationen „Die nationale Tat", „Nationale Steuerpolitik", „Die Diebin im Gefängnis und die Kleptomane im Sanatorium", „Der Rosenfreund", „Monolog in der Wiener Hofburg", „Die Technik im Dienste des Patriotismus", „Juristische Rechenaufgabe", „Der Konflikt am Sinai", „Der Friedensengel auf der Walze", „Der Rattenfänger von St. Petersburg" und „Eine Zurechtweisung". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Ibsen" von Edgar Steiger, „Der Hamburger Bismarck-Roland", „Zentrumslied", „Raub und Recht", „Auf hohem Gerüst" von H. Böttcher, „An den Oberst a. D. von Wartenberg" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Poesie und Prosa noch die satirischen Feuilletons „Koloniale Heilstätten" und „Steuerpolitisches", sowie die Novelle „Webers Honigmonden". Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, IIa 54—61, IIIa 50—53, IVa 44—50, engl. Bullen- 0,00, dän. Bullen- 0,00, holl. Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 85—90, IIa 70—80, IIIa 60—68. Hammelfleisch Ia 72—77, IIa 64—70. Schweinefleisch 62—68. Kaninchen per Stück 0,00. Hühner, alte, Stück 1,80—2,80, junge, per Stück 0,60—0,90. Tauben, junge 0,40—0,60, alte 0,35. Enten, prima, per Stück 1,80—3,75, Hamburger, junge, per Stück 2,30—3,25. Gänse, junge, per Pfd. 0,60—0,70, per Stück 3,00 bis 4,50. Hechte 118—124. Schleie 120—131. Bleie 0,00. Aale, groß 0,00, mittel 117—122, klein 74, unsort. 83—98. Plötzen 0,00. Flundern, pomm. I, p. Schock 3,00—6,00. Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel, per Kiste 2—4, do. klein, per Kiste 0,00. Bücklinge, holl. per Wall 0,00. Kieler 2,00—4,00, Stralf. 3,00—4,00. Aale, groß, p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, kl. 0,50 bis 0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 0,00, Elb- per Kitte 0,00. Sardellen, 1902er, per Anker 76,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 23,50, kleine 8,00, unsortiert 13,00—14,00. Eier, Land-, per Schock 3,50, frische 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 105—109, IIa 100—105, IIIa 95—100, abfallende 90—95. Saure Gurken, Schock 3,75—4,25 M., Pfeffergurken 4—4,25 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Dabersche 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00, Malta 0,00, Sommer-Malta 11—12, franz. 0,00, ital. 6,00—8,00, ungar. 3,50—4. Spinat, per 100 Pfd. 12,50—17,50, Karotten 2—4. Mohrrüben, per Schock-Bd. 3—3,50. Kohlrabi, per Schock 1,00 bis 1,50. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Rhabarber, Hamb., per 100 Bd. 0,00, Bergedorfer 0,00. Radieschen, per Schock 0,75. Salat, per Schock 0,75—1,25, Gubener, per Schock 0,00. Spargel I, per Pfd. 0,30—0,40, II 0,20—0,25, III 0,05—0,15, Beelitzer I 0,38—0,50, II 0,20 bis 0,30, III 0,10—0,18. Bruchspargel 0,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 70—110. Schoten, Beelitzer, per 100 Pfd. 17—25, Gubener 12—18. Pfefferlinge per Pfd. 0,35—0,40. Kirschen, ital., per 100 Pfd. 18—28, franz. 40—50, Gubener 15—20, Werdersche 20—24, schles. 10—16, Heidelberger 0,00. Erdbeeren, per 100 Pfd. 30—40, franz., per Pfd. 0,45—0,50, Beelitzer, per Pfd. 0,30—0,60, Werdersche, per Pfd. 0,25—0,50, Dresdener, per Pfd. 1,00, hiesige, Wald- per Pfd. 0,60—1,00. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00—10,00, 360 Stück 6,75—9,00, 200 Stück 6,50—9,00, 420 Stück, klein 7,00.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. Juni 1906.

Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit leichten Regenfällen und schwachen nordöstlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 12. Juni.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Neues Operntheater. Der Freischütz.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Neues. Orpheus in der Unterwelt.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Militärstaat.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Das Lumpengesindel.
Lessing. Die Teufelskirche.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Zentral. Nanon.
Lustspielhaus. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia. Bis früh um Fünfe!
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Der Weg des Märtyrers.
Wintergarten. Tortajada. Spezialit.
Passage. Willy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns

Berliner Theater.

Gastsp. des Neuen Operetten-Theaters aus Hamburg (Direktor Max Monti).

Die lustige Witwe.

Anfang 8 Uhr.

Ab 16. Juni finden die Aufführungen von „Die lustige Witwe" im Lessing-Theater statt. — Sonnabend, 16. Juni: Gastspiel Maria Pospischil.

Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr.

Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.

Ein idealer Gatte.

Morgen:

Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater

(Kroll). Anfang 7½ Uhr.

Der Freischütz.

Sonnabend, den 16.: Gastspiel d'Andrade, Lilli Lehmann und Bella Alten: **Don Juan.**

Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.

Sommerspielzeit 1906.

Hoffmanns Erzählungen.

Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.

(Operette). 8 Uhr:

Nanon. Operette in drei Akten.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorher:
Die Verlobung bei der Laterne.

Apollo-Theater.

Das große Spezialitätenprogramm:

Duo Paulus, Holländisches Duett. **Miß Carma,** Transformat.-Tänzerin. **Das blaue Bild** v. Paul Lincke. **Humpsti-Bumsti,** Recé und Privost. **La Matschiche,** Mexikanischer Tanz. **Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.**

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.

!Auf – in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.

Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen

Gottschalk Freikonzert

Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und Philo v. Trotha.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Tragikomödie in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Jugendliebe. Hierauf: Die Dienstboten.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugendliebe. Hierauf: Die Dienstboten.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshain 29/32.

Täglich:

Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.

Zum Schluß: **Die Sonntagsbraut.**

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).

Ob schön! **Im herrlichen Garten oder Saal:** Ob Regen!

Täglich: **Gr. Konzert,** neue Spezialitäten und **Ball.** Das größte und beste Programm Berlins.

U. a.: **La Matschiche!** mexikanischer Tanz, ausgeführt vom besten Tanzduett **Jeanette** und **Vallis. Erich Süßmilch,** bester Kunstschütze, **Robert und Bertram,** das berühmte Grotesk-Duett. **Josefine Delclseur,** das weibliche Unikum. **Die Wunder der Turnkunst: The tree Burtons** und **The Elrados,** komische Reckturner. **Die Teufelsmaler!! Franz Meißner?** der vorzügliche Humorist, usw.

Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.

Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: **Großes Konzert, Theater** und **Spezialitäten-Vorstellung.**

Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand 2c.

Urania Taubenstr. 48/49.

Täglich abends 8 Uhr:

Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Zoologischer Garten

Heute nachmittag 4 Uhr:

Monster-Konzert.

6 Kapellen des Gardekorps.
Feuerwerk × Illumination.
Eintritt 1 M., Kinder die Hälfte.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Der Weg des Märtyrers.

Schauspiel in 5 Akten von Horst Rolf. Anf. 8 Uhr. Morgen dies. Vorstellg.
Im Garten täglich:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5½ Uhr. Entree 25 Pf.

W. Hoacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Wenn schön: im Garten! Wenn Regen: im Saal!

Liebeslenz und Herbstesrauschen.

Singspiel m. Dir. Dill in d. Hauptrolle. Dazu die erstklassig. Spezialitäten!
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche 3 Uhr.

Das neue glänzende

Juni-Programm.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem

Abnormitäten-Programm.

Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.

Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Das glänzende Juni-programm.

Willy Prager

14

erstklassige Spezialitäten.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.

Täglich
das grandiose Juni-Programm.

Paul Coradini.

5 Minuten auf dem Meeresgrunde. **Nelly** und **Theo Alker,** Phänom. Kunsttaucherleistungen. U. v. a. m.

Die Gauklerin.

Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in sieben Bildern v. Reißlingen.
Anfang 4 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.

Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**

15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Volksstück in 3 Akten von Lindener.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)

Täglich:

Konzert, Theater u. Spezialitäten.

Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerst.: Gr. Brill.-Feuerwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.

Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Sonnabend, den 16. Juni:
Benefiz für **Paul Britton** zur Feier seiner **25jährigen** Mitgliedschaft bei d. Stettiner Sängern.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.

Täglich: **Amor von heute.**

Wehling, Humor. Varadi-Duett. Derrington-Family, Kunstradfahrer. Livèrs, Drahtseil. Die Einbrecher von New York, Pant. The Piccad. Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Achtung! **Achtung!**

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen

der Maurer sowie der Sektion der Putzer und der Gips- u. Zementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger.

Tages-Ordnung: 144/6

1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge auf Aenderung des Ortsstatuts. 3. Berichterstattung von der am 24. April stattgefundenen Bautenkontrolle. 4. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Regen Besuch erwartet — Die Zweigvereinsleitung.

Fliesenleger u. Hülfsarbeiter!

Heute, Dienstag, den 12. Juni, abends 8½ Uhr:

Gemeinsame Versammlung

der Fliesenleger und Hülfsarbeiter Berlins u. Umgegend
im „Neuen Klubhause", Kommandantenstr. 72.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Schlichtungskommission von der Verhandlung mit den Geschäftsvertretern vor dem Gewerbegericht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Alle Fliesenleger und Hülfsarbeiter, die sich als solche durch Organisationsbuch legitimieren können, haben Zutritt. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend erwartet recht zahlreichen Besuch
282/3 — Die Schlichtungskommission. J. A.: Herm. Pattlitz.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.

Der Garten ist eröffnet. Sonntg., Montg. Donnerst.
Hoffmanns Nordd. Sänger und **Tanzkränzchen.**
Entr. 30 Pf., mum. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.
Vom 16. Juni ab find. auch Sonnab. Soireeabende statt

Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.

Hermann Imbs.

Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Dobersteins Cristall-Palast,

Prinzenstr. 94.

Täglich: **Gesellschafts-Abend.**
Entree und Garderobe frei.
Jeden Donnerstag u. Sonnabend
Damen-Verein.
Jeden Sonnabend: **Extra-Ball.**

Armin-Hallen

Kommandanten-Straße 20.
Tel.: Amt I 8985.

Große und kleine Festsäle mit und ohne Theaterbühne, auch Sonnabende und Sonntage in diesem und im nächsten Jahre frei. 2268U*
8 Vereinszimmer.

Ausnahmepreise

für Juni, Juli.

A. B. Koch,

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Fernsprecher Amt 7, 3040.

Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an:

Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr.	75 Pf.
„ Ia Marienglück pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) .	78 Pf.
„ Ia Diamant (110 bis 120 Stck.)	80 Pf.
„ Ia Ilse u. Akw. pr. Ztr.	85 Pf.
„ Ia Anthrazit Cabs Z. 2,10 M.	

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Kinderwagen-Kuhlicke

nur Neue Königstr. 43, 1 Treppe. Ecke Alte Schützenstr., a. Alexanderplatz.

Kinderwagen, Kindersportwagen, Bettstellen pp. kaufen Sie nicht, bevor Sie meine Kataloge gesehen haben, gratis u. franko

---

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen
Berlin C., 6939U*
30. Linien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm u. weich am Körper

---

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 14. Juni, abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Außerordentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstag in Köln. 2. Diskussion und Verbandsangelegenheiten. 3. Wahl des Ausschusses.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
87/5 — Die Ortsverwaltung.

Westen und Südwesten.

Heute Dienstag, den 12. Juni, abends 8½ Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5/7:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Einladung zur Versammlung

am 14. Juni, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Arbeitervertreter im Reichsversicherungsamt. Referent: Kollege Leschhorn aus Pforzheim. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Versammlungen finden jeden zweiten Donnerstag nach dem 1. im Monat statt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
53/7 — Der Vorstand.
J. A.: Bernhard Jost, Vorsitzender, Fürstenwalderstr. 8.

Oeffentl. Versammlung

Mittwoch, den 13. Juni, abends 8½ Uhr, im 282/5
Königshof, Bülowstr. 37.
Herr Reichstagsabgeordneter

H. v. Gerlach:

„Die Dienstbotenbewegung u. die politischen Parteien".

Spar- u. Produktiv-Genossenschaft Gr.-Lichterfelde
(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).

Montag, 25. Juni 1906, abends 8 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
im Lokal Reisen, Chausseestr. 104.

Tages-Ordnung:
Halbjähriger Geschäftsbericht.
Anträge (§ 14 des Statuts).

Der Vorstand. 205/17*
Fr. Harring. Kaspar Wenzel.

1329L*

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** Mocquetts. Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

„Bellevue"

Woltersdorfer Schleuse.

Großer Saal für 800 Personen noch an einigen Sonnabenden und Sonntagen für Vereine frei. 1506L*

Das älteste

Rester-Geschäft

des S.-O. von

Wilhelm Mühlbach

empfiehlt zur Frühjahrssaison **Reste** zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Knaben-Konfektion zu anerkannt **billigsten Preisen.**
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

J. Baer

Badstr. 26, Ecke Prinz.-Alles

Herren- und Knaben-Moden. Berufskleidung. Elegante Paletots. Großes Lager in- und ausländischer Stoffe, zur Anfertigung nach Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise*

Billige Rohtabake.

Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

Roh-Tabak

Deli-Decker No. 6
hell, 2. Lge. Vollblatt, 325 Pf.
Java-Umbl. m. Einlage
leicht, wollig 105 Pf.
Uebers. Losgut
sehr blattig, ½ Umbl. 85 Pf.
Hermann Heineke,
Brunnenstr. 194.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.

Hierdurch diene den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Speicherarbeiter

Wilhelm Liebisch

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstagnachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

68/16 **Die Ortsverwaltung** Berlin I.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Richard Schmidt

am 30. Mai verstorben ist und am 3. Juni zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Ehre seinem Andenken!

87/6 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber, herzensguter Mann, der Schankwirt

Ernst Höfig

am Sonnabend infolge eines Schlaganfalles verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Invaliden-Kirchhof in der Scharnhorststraße statt.

Um stille Teilnahme bittet

die trauernde Witwe
Auguste Höfig geb. **Rettschlag,**
15142 Gartenstr. 62.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels **Albert Köhler** sagen wir allen Freunden, Bekannten und Vereinen sowie der Firma Armin Tenner unsern herzlichsten Dank.

Witwe **A. Köhler** nebst Kindern
23365 und Verwandten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines Mannes sage hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der A. E.-G. sowie den Verbandsmitgliedern und den Mitgliedern des Wahlvereins meinen herzlichsten Dank.

Ww. Anna Scheibner.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 110/9*
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Von der Reise zurück 23325
Dr. Toby Cohn.

Bilanz-Konto per 31. Dezember 1905
der
Möbelfabrik „Einigkeit"
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Aktiva.

An Kassa-Konto	4 675,38	M.
„ Fabrikations-Konto	4 520,—	„
„ Materialien-Konto	7 011,96	„
„ Utensilien-Konto	2 399,10	„
„ Maschinen-Konto	4 138,35	„
„ Werkzeug-Konto	1 808,25	„
„ Konto-Korrent-Konto	18 370,20	„
„ Bank-Konto	3 705,85	„
Zusammen	46 629,09	M.

Passiva.

Per Konto-Korrent-Konto		
1. Kreditoren	7 617,58	M.
2. Geschäftsanteile	330,—	„
„ Reservefondskonto	190,—	„
„ Spezial-Reserve-Konto	1 612,17	„
„ Darlehn-Konto	35 691,20	„
„ Reingewinn	1 155,—	„
„ Gewinn-Vortrag pro 1906	33,14	„
Zusammen	46 629,09	M.

Im Laufe des Jahres ist ein Genosse ausgeschieden; eingetreten ist kein Genosse. 23306

Die Zahl der Genossen betrug am 31. Dezember 1905: 11.

Die Haftsumme hat sich um 30 M. vermindert.

Die Gesamt-Haftsumme vorstehender 11 Genossen beträgt 330 M.

Der Vorstand:
A. Siebert. J. Stephan.

Das Wunder Berlins

sind die bekannten Konfektionshäuser

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

80 Chaussee-Straße 80

9 Rosenthaler Straße 9

Ecke August-Straße.

137 Große Frankfurterstr. 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chones Industrie-Palast

Herren-Anzüge, hochelegant. von **4,90** M. an

Herren-Paletots, das Neueste. von **5,60** M. an

Kinder-Anzüge in feinsten Ausführungen von **1,80** M. an

Hosen in allen erdenklichen Mustern von **57** Pf. an

Wir bitten genau auf die Firma

zu achten **-Blitz-** zu achten

Stempel-Fabrik von [8252*
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1,50 M.** an.

PINOL
Wirksamster Schutz gegen Schimmelbildung.
Sicherstes Mittel zur Trockenlegung feuchter Mauern, Wände und Keller.
Gebrüder Krayer, Mannheim
Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Vorzugs-Preise.

Nach dem Umzuge
für 10752*

Portieren

Plüsch-Portieren	2 Schals und ein Lambrequin zusammen	à 20, 12	und 9	M.
Tuch-Portieren		„ 15, 10	„ 6	„
Velvet-Portieren		„ 25, 15	„ 10	„
Brokat-Portieren		„ 18, 14	„ 12	„
Wollkrepp-Portieren		„ 12, 10	„ 7,50	„

Teppiche

Saal-	Zimmer-	Teppiche à 90, 65	und 50	M.
Salon-		Teppiche „ 65, 40	„ 30	„
Speise-		Teppiche „ 50, 30	„ 25	„
Wohn-		Teppiche „ 35, 25	„ 20	„
Herren-		Teppiche „ 25, 18	„ 15	„
Sofa-		Teppiche „ 14, 8	„ 6	„
Bett-		Teppiche „ 5, 2,50	„ 1,25	„

Außerdem große Posten zurückgesetzter **Steppdecken, Gardinen, Diwandecken** sowie vorjährige Muster in **Stores, Tischdecken, Läuferstoffen;** einzelne prima **Felle,** wollene **Schlaf- und Reisedecken** jetzt nach dem Umzuge zu wirklich **fabelhaft billigen Preisen.**

Teppichhaus
B. Hurwitz
Rotes Schloß
vis-a-vis dem National-Denkmal.

Witte's Waldschlößchen, Eichwalde, Kaiser Friedrichstraße 1.
Empfehle allen Vereinen und Gewerkschaften zu Ausflügen und Partien mein herrlich **am Wald gelegenes Lokal, 3 Minuten vom Bahnhof.** Großer Saal. × Schattiger Garten. × 2 Kegelbahnen. × Ausspannung. Sommerwohnungen und Zimmer. 2534b

Gesellschaftshaus Ostend
Memelerstr. 67. Inh. **Paul Litfin.** Tel. Amt 7, No. 1075.
Unterzeichneter erlaubt sich, seine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung zu bringen. Mein Saal mit Bühne und Nebenräumen 500 Pers., Tunnel 150 Pers. fassend, sowie Vereinszim. m. Pianino, in jeder Größe, stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung v. **Versammlungen, Vergnügungen, Hochzeiten u. Festlichkeiten,** auch **Sonntags,** z. Verfüg. **Paul Litfin.**

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. **M. Unger,** Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstrasse 213a.

Leihhaus
Berlin, Anklamerstr. 2
Charlottenburg, Friedrich-Karlplatz 12.
Hohe Beleihung von Gold-, Silbersachen u. Kleidungsstücken rc.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1509R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1542R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 263/3

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen drei Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaselongues 17, Schlafsofa 27, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, Garnitur 50, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 16, Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Neueste Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Eckhaus, Schönhauserallee. 1505R*

Fahrräder von 40,00 an. Sämtliche Zubehörteile, Reparaturwerkstatt, billig, gut ausgeführt. Köhne, Reichenbergerstraße 17. 1541R*

Kinderwagen, Bettstelle, seltene Gelegenheit, spottbillig, ausnahmsweise Teilzahlung. Hühn, Giebichstraße 48, Winterfeldtplatz. 130/1*

Gaskocherhand! Geschlossene Zweilochgaskocher 5,00. Einlochgaskocher 0,75. Gasbügelapparat 3,00. Dreiflammige Bronzegaskronen 6,00. Gaslampen 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1620R*

Restaurant, 1600 Mark, umständehalber zu verkaufen Dunckerstraße 10. 23195

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1507R*

Leihhaus Prinzenstraße 28, 1 Treppe, Ecke Ritterstraße. Verfallene Pfänder, Gelegenheitskäufe, Goldsachen jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig. *

Teppiche mit Fabrikfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Sarggeschäft, 17 Jahre bestehend, verkaufe wegen anderer Unternehmungen sofort preiswert. Kosin, Georgenkirchstraße 66. †141*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2176b*

Restauration, nahe einer großen Fabrik, ist größeren Unternehmens halber billig zu verkaufen. Auskunft Rügenerstraße 24, Spedition. †95*

Eckrestaurant mit guter Kundschaft, in der Nähe viel Neubauten, wegen Krankheit zu verkaufen. Näheres Jungstraße 29. †129

Herrenrad, gut erhalten, 45 M. Engelhardt, Badstraße 54, Aufg. III.

Grünkramgeschäft, Rolle, Holz und Kohlen, billig verkäuflich Braunsbergerstraße 12. †28

20—25 Halbe Bayrisch. 10½ Weißbier, Miete 1370 Mark, sofort umständehalber zu verkaufen Rominternerstraße 20. †29

Nähmaschinen. Zahle bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauer, Tilsiterstraße 90. †28*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ackerstraße 111, Warschauerstraße 67, Wienerstr. 1—6.

Teppich, Gardinen, Federbett, Plüschportieren, Steppdecken, Gaskrone, Plüschtischdecke billig. Hoffmann, Naunynstraße 52. 2348b

Federbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 132/4*

Monatsanzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Fürstenzeit. Nur Rosenthalerstraße 10. Kein Laden. Habe keine Filialen. 266/4*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 23315*

6,00—10,00 gutgeschrieben erhält Selbstkäufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1429R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2172b*

Handwäscherei. Wäsche jeder Art wird ohne scharfe Mittel sauber gewaschen. Freien getrocknet. Bettwäsche, Leibwäsche, 4 Servietten, Handtücher, Taschentücher 0,10, Abholung sofort. Frau Carow, Köpenick, Gartenstraße 9. 1623R

Ehrenerklärung. Die am 9. Juni 1906 abends ausgesprochenen Beleidigungen gegen Herrn und Frau Fahnert, Breslauerstraße 30, nebst Gästen nehme ich hiermit voll und ganz zurück. Erkläre dieselben als ehrliche und anständige Leute. Anton Klein, Breslauerstraße 31. 2342b

Küchenmöbel streicht billig Röntspies, Friedenstraße 97. 2334b

Vermietungen.

Wohnungen.

Zwei Stuben, Küche, Korridor zum 1. Juli zu vermieten Lippehnerstraße 29, Gartenhaus II. †28

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herren sofort, auch zum 15. dieses Monats, Tieckstraße 27, 2 Treppen links. 2344b

Möblierte Schlafstelle Herren Mariannenstraße 28, vorn III rechts.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Einflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Flickschneider, spottbillig, gutsitzend, schnell, geübt, Aenderungen, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundschaft. Ebert, Fruchtstraße 31, vorn. †28

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzendste Erfolge. Automobiltechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12. 208/2*

Schlossergesellen auf Gitter und Türen verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 1622R*

Tüchtige Vermutterfräser verlangt Münch, Kurstraße 38. 2333b

Zigarettenarbeiter gesucht, ohne 2,65 Mark, mit 3 und 3,50 Mark. Zigarettenfabrik „Tellus", Brunnenstraße 27 II. 2340b

Tüchtiger Dreher für Leitspindelbank gesucht. Friedrich Steinrück, Maschinenfabrik, Urbanstraße 115.

Schlosser auf Einpassen und Gitter, Wassertorstraße 65. †61

Farbigmacher verlangt Köpnickerstraße 21. †2

Grauputzer verlangt O. Müller, Samariterstraße 12. †129

Geübte Belegerinnen auf Goldleisten verlangt Werkmeister, Brunnenstraße 194. 2341b

Schürzen-Näherinnen sofort. Wölfel, Strahmannstraße 15 I. †28

Mädchen zum Anlernen und geübte Packerinnen gegen hohen Lohn gesucht. Muratti, Alexandrinenstraße 135. 4—5. 132/5

Zeitungsfrauen verlangt Kronenstraße 65. 2252b*

Zeitungsfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Tour Zimmerstraße. Meldungen Schützenstraße 22. 131/9*

Botenfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Schöneberg, Feurigstraße 12. 131/10*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Gesucht ein tüchtiger
Maschinen-Näher
für die Atlas-Wendemaschine „System Goodyear" für dauernd gute Stellung.
Simon & Co.,
2335b SO., Glogauerstr. 21.

Maurerpolier
mit Rüstzeug gesucht. Offerten an die Expedition dieser Zeitung unter P. 4. 15022*

Für den gewerkschaftlichen und provinziellen Teil der
„Rheinischen Zeitung"
wird **sofort** eine tüchtige Kraft gesucht. Meldungen mit Gehaltsansprüchen bis zum 20. Juni an **Fritz Rodeck,** Köln, Severinstr. 197—199.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Rixdorf.
Die Bautischlerei von **Kastner, Münchenerstraße 46,** ist wegen Differenzen gesperrt. 86)11*
Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Buchbinderverband
(Zahlstelle Berlin).
Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:
G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauerstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnstraße.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Netschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Puttkamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Naucksche Buchdruckerei, Stallschreiberstraße 5.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
Werner, Lindenstraße 3.
C. F. Walter, Baltstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 2a.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.
Schreiber & Co., Luckauerstr. 7.
Diese Betriebe sind gesperrt!
Vor Arbeitsannahme wird gewarnt!
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Buchbinderverband
Zahlstelle Berlin.
Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnieter!
In der **Kartonfabrik von Ad. Lesser,** Krautstraße, sind tarifliche Differenzen ausgebrochen.
Vor Arbeitsannahme wird gewarnt!
Erkundigungen sind auf dem Bureau, Engel-Ufer 15 II, Zimmer 21, einzuziehen.
24/11 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Die Firma **Aloys Suk,** Neanderstraße 4 (Neanderhof) ist für **Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen** wegen Differenzen gesperrt.
24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:
Für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter**
Franz Schulz, Frankfurter Allee 28.
Für **Korbmacher:**
Stralauer Glashütte.
Nähmaschinenfabrik Frister & Rossmann, Skalitzerstraße.
Lange, Boxhagenerstr. 5, vorn IV.
Für **Stellmacher** 85/1
Motorwagenfabrik **Gottschalk** in **Reinickendorf.**
Für **Bürstenmacher:**
Der Innungsnachweis, Brunnenstraße 154.
Für **Parkettbodenleger**
Die Firma **Pompluhn,** Zwischenmeister Petsch, Bau Niebuhrstraße 76, Siebeltstraße, Parzelle 2.
Bau **Bernd,** Schöneberg, Ebersstr.
Für **Einsetzer**
die Bauten der Firma **Kirchner** in **Grosenhain** (Zwischenmeister Zimmermann): **Marstallstraße 21; Boxhagen, Kopernikusstr. 5 u. 6; Kurfürstendamm 178; Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraßen-Ecke 12 k; Tempelhof, Dorfstraße,** Ecke Reinhardtstraße.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.